Die Politische Meinung

CORONA

Erste Einsichten und Erfahrungen

ZUM SCHWERPUNKT Norbert Lammert, Zu den politischen Folgen der Corona-Pandemie; Susanne Breit-Keßler, Dieter Breit, Über die Grenzen des Machbaren; Jutta Rump, Push für die Digitalisierung

INTERVIEW Jens Spahn über Schutzmaßnahmen und mehr europäische Souveränität in der Pandemie

ZWISCHENRUF Anna Margaretha Horatschek, „Gimme Shelter"; Joachim Kügler, Corona und die Folgen

KRISE KONKRET Janne Müller-Wieland, Olympionikin zu Hause

EINSICHTEN INTERNATIONAL Angelo Bolaffi, Italien zwischen Wiedergeburt und Katastrophe

LOCKDOWN LITERARISCH Burkhard Spinnen, Schreiben unter Corona

DIALOG Edda Schönherz, deutsch-deutsche TV-Legende, im Gespräch mit Axel Reitel

9 €, Nr. 563, Juli/August 2020, 65. Jahrgang, ISSN 0032-3446, www.politische-meinung.de

Reisen 2020: Fiebermessen am Mailänder Bahnhof, 3. Juni 2020.
Foto: © picture alliance / LaPresse / AP Photo / Claudio Furlan

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Die Schulferien haben begonnen. Einen Urlaub vom Virus wird es dennoch nicht geben. Man müsste schon zum Südpol reisen. Die Grenzöffnungen der letzten Wochen bieten eine eingeschränkte Reisefreiheit, aber noch längst keinen Ausstieg aus dem Corona-Verdruss. Lokale Ausbrüche lassen sogar die Furcht vor einer zweiten Welle wachsen.

Über Monate ging es notgedrungen um Selbstisolierung. Nun wird die Rückkehr aus der Isolation zu einem schwierigen Prozess. In der Weltkrise schlüge die Stunde der internationalen Gemeinschaft, doch schon vor der Pandemie stand es schlecht um sie. Fragmentierende Gegenkräfte glauben sich bestätigt und sind erfreut, dass selbst in Europa über Nacht Grenzbarrieren wiedererrichtet worden sind. Manch einer entdeckt gar ein Revival der Nationalstaaten, doch geht der pandemiegetriebene Umkehrschub zur Globalisierung offensichtlich auch über sie hinweg: Wer hätte gedacht, dass beispielsweise Niedersachsen einmal Reisebeschränkungen gegenüber Ostwestfalen aussprechen würden? So kleinteilig wie jetzt ist die Welt lange nicht gewesen.

In der Pandemie durchläuft die Globalisierung ein tiefes Wellental. Deutlich treten weltanschauliche Bruchlinien zutage, wie sie etwa die Begriffe „Grenzen“ oder „Offenheit“ markieren. Seit Erscheinen von Karl Poppers „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ vor 75 Jahren hielt man in den westlichen Demokratien Offenheit für einen positiven Leitwert, während sich der Gegenbegriff „Geschlossenheit“ mit totalitären Systemen verband und negativ konnotiert war. In der Beklemmung des Lockdowns stieg aber das Abgrenzungsbedürfnis wohl mindestens ebenso sehr wie die Sehnsucht nach mehr Außenwelt. Ist das Ideal der Offenheit womöglich nun selbst vor aller Augen an Grenzen gestoßen?

Die Christlich-Demokratische Union Konrad Adenauers und Helmut Kohls hat seit ihrer Gründung vor ebenfalls 75 Jahren Schlagbäume aller Art – zwischen den Konfessionen, zwischen Land und Stadt, zwischen den Nationen – beiseitegeräumt. Mit ihr ist Deutschland ein ebenso heimatbewusstes wie weltoffenes Land geworden. Heute, im weiter unvermeidlichen Rückzugsverhalten der Pandemie, gilt es einmal mehr, Wege ins Offene zu gestalten.

Angesichts der noch immer kaum auszulotenden Dimension des Krisengeschehens hat die Redaktion die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Bandes – teils sind sie der Konrad-Adenauer-Stiftung eng verbunden – gebeten, erste Einsichten und Erfahrungen zur Corona-Pandemie darzulegen. Auch sie waren zuletzt, wie alle, ein Stück weit „aus der Welt“ und entwickeln in ihren Texten Perspektiven für die sich wieder weitenden Horizonte.

INHALT

1 **EDITORIAL**

SCHWERPUNKT

Corona – erste Einsichten und Erfahrungen

16 **ZUSPRUCH UND ZUMUTUNGEN**
Norbert Lammert
Zu den politischen Folgen der Corona-Pandemie

26 **UNVERFÜGBARKEIT**
Susanne Breit-Keßler, Dieter Breit
Vom gescheiterten Versuch, die Grenzen des Machbaren zu bestimmen

36 **INTERVIEW: „WEITER AUFEINANDER ACHTGEBEN“**
Jens Spahn über Schutzmaßnahmen, besonnenes Verhalten und mehr europäische Souveränität in der Pandemie

48 **UND WO BLEIBT EUROPA?**
Frank Priess
Die internationale Staatengemeinschaft nach der Coronakrise

60 **MULTIVERSUM DER REALITÄTEN**
Christoph Klunker
Corona als Katalysator für ein verändertes Politikverständnis

66 **PUSH FÜR DIE DIGITALISIERUNG**
Jutta Rump
Veränderungen in der Arbeitswelt

77 **KRISE IN DER DEMOKRATIE – DEMOKRATIEKRISE?**
Klaus Stüwe
Ausnahmezustand und demokratischer Verfassungsstaat

90 **CORONA KOSMOPOLITISCH**
Domenica Dreyer-Plum
Von nationalen zu globalen Antworten

96 **„RES PUBLICA“**
Walter Schweidler
Der Staat ist die Sache der Bürger

Zwischenruf

22 **CORONA UND DIE FOLGEN**
Joachim Kügler
Ein leicht ironischer Zwischenruf eines Vergangenheitsexperten

55 **„GIMME SHELTER“ (THE STONES): COVID-19**
Anna Margaretha Horatschek
Die Corona-Pandemie erfordert einen radikalen Blickwechsel

72 **VIREN ALS WAFFEN**
Nikolaus Knoepffler
Eine politische Rahmenordnung für Biosecurity ist notwendig

Einsichten international

32 **ANDRÀ TUTTO BENE?**
Angelo Bolaffi
Italien zwischen Wiedergeburt und Katastrophe

45 **LINCOLNS PROPHEZEIUNG**
Elmar Theveßen
Donald Trump und die Coronakrise

83 **AFRIKANISCHE LÖSUNGEN**
Christoph Plate
Vom speziellen Umgang mit der Pandemie

Krise konkret

41 **DEM MENSCHEN ANSEHEN GEBEN**
Schwester Theresa-Maria Neuhaus
Krankenhausseelsorge in der Coronakrise

86 **WIE IM KRIEG?**
Faisal Hamdo
Die Sicht eines syrischen Kriegsflüchtlings

101 **VON 100 AUF 0**
Janne Müller-Wieland
Olympionikin zu Hause

Lockdown literarisch

104 **„NACHSPIELZEIT“**
Burkhard Spinnen
Schreiben unter Corona

Dialog

108 **„DU BIST HIER NICHT BEIM FERNSEHEN“**
Die deutsch-deutsche TV-Legende Edda Schönherz im Gespräch mit Axel Reitel

Erinnert

116 **UNFREIWILLIGE VERWANDTE**
Hans Maier
Über Nachkriegsliteratur und -politik in Deutschland

Gelesen

120 **HALBWISSEN UND UTOPIE**
Wolfgang Tischner
Pikettys voluminöse Studie argumentiert auf defizitärer Faktenbasis

126 **AUS DER STIFTUNG**

128 **FUNDSTÜCK**

Die Krise vor der Haustür

Normalerweise reist der Berliner Fotograf Sebastian Wells zu den Krisenherden in der Welt. Seit Beginn der Pandemie fotografiert er „vor der eigenen Haustür“. Aus dem Beobachter ist ein Betroffener geworden, der versucht, ein irritierendes Geschehen zu verarbeiten.

„Man sieht die Gefahr nicht. Man muss sie sich die ganze Zeit vorstellen“, sagt Sebastian Wells. In einer Art Fototagebuch dokumentiert er den veränderten Alltag in der Pandemie. In Bildern der Leere, Einsamkeit und Separierung wird das unsichtbare Virus dann doch sichtbar. Eine Misstrauensstimmung scheint durch, ebenso der Respekt voreinander.

© Sebastian Wells / OSTKREUZ

Corona

Erste Einsichten und Erfahrungen

Wirtschaftspolitische Sichtweisen werden ab August unter blog.politische-meinung.de besondere Beachtung finden.

DHL

JAKO

ZUM
AUFZUG
ZUM UG + OG
SATURN
T·K·M

Rom
1.171 km

Zuspruch und Zumutungen

Zu den politischen Folgen der Corona-Pandemie

NORBERT LAMMERT
Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Nein, es besteht keine akute Gefahr, dass unsere parlamentarische Demokratie durch ein Virus dahingerafft wird. Unser Staat und unsere Gesellschaft befinden sich zwar seit Frühjahr 2020 im Ausnahmezustand, denn die Corona-Pandemie hat zu bislang kaum vorstellbaren Einschränkungen des öffentlichen Lebens geführt, auch wenn mittlerweile vorsichtige, schrittweise Lockerungen stattfinden. Eine „demokratische Zumutung" nannte Bundeskanzlerin Angela Merkel die zeitweilige Begrenzung von Grundrechten und die Kontakteinschränkungen. Über Wochen blieben kommerzielle Flugzeugflotten am Boden, Kindergärten und Schulen blieben ebenso geschlossen wie Theater, Kinos und Restaurants, viele Betriebe und Unternehmen haben ihre Arbeit reduziert oder eingestellt.

Auch am politischen Leben ist die Pandemie nicht spurlos vorbeigegangen. Parteitage mussten abgesagt werden, Parlamente mit verringerter Besetzung tagen, Ministerräte und internationale Konferenzen durch Telefon- oder Video-Formate ersetzt werden. Aber eine existenzielle Bedrohung für unsere Demokratie ist nicht entstanden. Wir können und sollten auf die Stabilität unseres politischen Systems in Deutschland vertrauen. Entgegen allen Unkenrufen und manchen Verschwörungstheorien erweist sich auch das föderale System der Bundesrepublik als der Krise gewachsen – das zeigt nicht zuletzt der Vergleich mit autoritären wie mit zentralistischen Staaten. Zu unserer Demokratie gehören eine kritische Berichterstattung, unabhängige Gerichte und engagierte Bürgerinnen und Bürger, die natürlich auch in Krisenzeiten Entscheidungen und beschlossene Maßnahmen der Bundesregierung oder der jeweiligen Landesbehörden hinterfragen und debattieren. Wenn die Steigerung von Aufgeregtheiten, von begründeter Besorgnis und verständlicher Verärgerung gelegentlich zu Überreaktionen führt, mag das zwar lästig sein, aber in Anbetracht der außergewöhnlichen Situation ist es kaum vermeidbar und sicherlich kein Alarmsignal für die Demokratie.

Neben den unmittelbaren Folgen wird die Pandemie mittel- und langfristige Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und womöglich unser politisches System haben. Auch wenn viele Entwicklungen derzeit nicht abzusehen sind und die Ungewissheit, die vielleicht das zentrale Charakteristikum dieser Krise ist, uns weiterhin begleiten wird, sollten wir uns schon jetzt Gedanken darüber machen, wie die Pandemie und unser Umgang mit ihr unser Land politisch und gesellschaftlich verändern wird, und dabei voreilige Schlussfolgerungen vermeiden.

DIE STUNDE DER EXEKUTIVE

Es ist eine bemerkenswerte, aber keine überraschende Entwicklung, dass in Zeiten einer außerordentlichen Krise die Zustimmungswerte für die Bundesregierung so gut sind wie schon lange Zeit nicht mehr. Nach dem „Krisenbarometer" der Konrad-Adenauer-Stiftung – einer Trendumfrage, die seit dem 30. März 2020 die Dynamik im Meinungsklima der Corona-Pandemie analysiert – sagten zwischen Ende März und Ende Mai durchweg mehr als 60 Prozent der Befragten, dass sie großes oder sehr großes Vertrauen in die Bundesregierung haben. Ende April lag dieser Wert zeitweise sogar bei fast 80 Prozent.

Nur um diese Werte einzuordnen: Noch im Jahr 2019 kamen empirische Untersuchungen zu dem Schluss, dass das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und seine Institutionen zur Problemlösung stark abgenommen hat und dass die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen selten so groß war. Laut einer Umfrage von infratest dimap im Frühjahr 2019 war

mehr als ein Drittel nicht mit der praktizierten Demokratie in Deutschland zufrieden; 50 Prozent der Befragten trauten den etablierten Parteien nicht zu, die Herausforderungen der Zukunft lösen zu können, sondern setzten auf neue Parteien oder Bewegungen. Zu einem ähnlichen Schluss kam auch eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, wonach das Vertrauen in die politische Stabilität im Jahr 2019 im Vergleich zu 2015 von 81 Prozent auf 57 Prozent abgerutscht ist. „Zwei Drittel der Bevölkerung sind über die Entwicklung von Politik und Parteien besorgt. Sie haben den Eindruck von Führungslosigkeit und Planlosigkeit. […] Allmählich unterminiert die Unzufriedenheit mit der Regierung auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt", diagnostizierte Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach in November 2019 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung.* Das ist ein starker Kontrast zu den aktuellen Zustimmungswerten der Regierung.

Dieses Phänomen ist allerdings bekannt: In Zeiten der Krise schlägt die Stunde der Exekutive. Sie kann ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen und imponiert den Bürgerinnen und Bürgern damit. Ein Teil der Erklärung für die hohen Zustimmungswerte dürfte dabei auch der Tatsache geschuldet sein, dass die Bevölkerung ein berechtigtes Interesse und den nachvollziehbaren Wunsch hat, dass die Aktivitäten der Regierung Erfolge zeitigen und sie die Krise in den Griff bekommt. Gewöhnlich verpuffen diese Effekte jedoch schnell wieder.

Im Übrigen ist es auffallend, dass die CDU und CSU von dieser Entwicklung deutlich stärker profitieren als ihr Koalitionspartner: Bei der Sonntagsfrage zu den Bundestagswahlen lag die Union Ende Mai 2020 bei rund 40 Prozent; das ist ein Zuwachs von sieben Prozent im Vergleich zu den letzten Parlamentswahlen im September 2017 und beinahe doppelt so hoch wie am Tiefpunkt der Umfragen in der laufenden Legislaturperiode. Entgegen der Meinung von manchen Influencern verbindet ein beachtlicher Teil der Bürgerinnen und Bürger mit der Union offensichtlich mehr als mit anderen Parteien die Kompetenz, mit derartigen Krisen umgehen zu können.

PARLAMENTARISMUS UND POPULISMUS

Auch wenn es beruhigend scheint, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in einer schwerwiegenden Krise Vertrauen in die Regierung hat, darf nicht übersehen werden, dass der Bundestag signifikant weniger Vertrauen genießt. So zeigt das „Krisenbarometer" der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass etwa die Hälfte der Befragten dem zentralen Organ unserer Demokratie wenig oder gar nicht vertraut; insgesamt schwankten die Werte zwischen März und Juni von Woche zu Woche erheblich. Dieser Befund deckt sich schon eher mit den Ergebnissen der oben angeführten Umfragen aus dem Jahr 2019. Die Resultate weisen nicht erst neuerdings darauf hin, dass

bestimmte Regeln und Funktionsweisen unserer parlamentarischen Demokratie von einer deutlichen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern zunehmend in Zweifel gezogen oder für die angestrebte Lösung besonderer Probleme zur Disposition gestellt werden. Im Fokus der Kritik steht dabei der Kern der repräsentativen Demokratie, wie er im Parlament institutionalisiert ist. Paradoxerweise hängt dies gerade mit der enorm ausgeweiteten Partizipation am politischen Diskurs zusammen: Über die Sozialen Medien, aber auch durch neue Formen der Partizipation – beispielsweise durch Bürgerbegehren oder Mitgliederentscheide in den Parteien – kann der Einzelne direkt politische Geschehnisse kommentieren oder unmittelbar beeinflussen. Das befördert die Individualisierung und Entinstitutionalisierung von Einfluss und Erwartungen, die mit den gegenwärtigen Ansehensverlusten von Parlamenten korrespondieren, wie Philip Manow in seinem neuen Buch „(Ent-)Demokratisierung der Demokratie" erklärt. Populisten greifen diese Entwicklung geschickt auf – sie sind in aller Regel nicht offen antidemokratisch, aber erklärte Gegner von repräsentativ-demokratischen Institutionen wie dem Parlament. Die Wahlerfolge der Populisten im letzten Jahrzehnt spiegeln deshalb die tief sitzenden Akzeptanzprobleme unserer parlamentarischen Demokratie wider.

ERWARTUNGEN UND ERZÄHLUNGEN

Somit ist nicht zu erwarten, dass sich diese Problematik in Luft auflöst, sondern es ist vielmehr zu befürchten, dass der Populismus mittelfristig eher von der Pandemie profitiert. Zu verlockend erscheinen bei komplexen Fragestellungen die einfachen Antworten der Populisten. Deglobalisierung, Renationalisierung und Abschottung – das sind die vermeintlichen Patentlösungen, die von vielen populistischen Parteien und Bewegungen in Europa propagiert werden. Das gilt im Rahmen der Corona-Pandemie in verstärktem Maße. Denn wir befinden uns längst im „Kampf der Narrative", in der Auseinandersetzung, welches Erklärungsmodell, welche „Geschichte" am überzeugendsten Sinn aus dieser Krise machen kann und die Deutungshoheit gewinnt. In diesem Zusammenhang werden die Populisten erklären, dass die Globalisierung, Ausländer und offene Grenzen die Ursachen für die Ausbreitung der Pandemie sind. Sie werden fordern, Grenzkontrollen aufrechtzuerhalten; sie werden nicht müde werden, darauf zu hinzuweisen, dass die Europäische Union (EU) in der Anfangsphase der Pandemie keine überzeugende Figur machte; sie werden Ressentiments und Vorurteile schüren, und sie werden auf den vermeintlich überforderten Staat und die Eliten schimpfen, von denen sie gleichwohl die Lösung der Probleme erwarten. Das ist ebenso durchschaubar wie kurzsichtig.

Dieser aktuellen Stimmung sind historische Erfahrungen entgegenzuhalten. In Demokratien wird gezweifelt, gestritten und debattiert; es wird

um Entscheidungen gerungen, und es werden Kompromisse geschlossen. Manche Entscheidungen werden korrigiert, weil es neue Erkenntnisse und/oder neue Mehrheiten gibt. Sind das nachteilige Faktoren im Kampf gegen die Pandemie? Nachweislich nicht, denn den Bürgerinnen und Bürgern zugewandte, demokratische Regierungen sind langfristig die besseren Krisenmanager – nicht, weil in Demokratien alle Entscheidungen immer richtig und sofort zielführend sind; aber auf der Basis von unterschiedlichen Interessen gemeinsam verbindliche Entscheidungen zu formulieren, das ist ein gutes Korrektiv gegen voreilige Festlegungen und nachhaltige Irrtümer.

DIE PANDEMIE HÄLT UNS DEN SPIEGEL VOR

Mit Blick auf die internationale Ebene hat die Pandemie einmal mehr gezeigt, dass der Multilateralismus, verstanden als ein auf Vereinbarungen und Verträgen beruhendes Regelsystem, in der Krise steckt. Neu ist diese Erkenntnis nicht, aber dass nicht einmal der hohe Problemdruck eines sich rapide global ausbreitenden Virus die Staatenwelt zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bringen konnte, ist bedenklich: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen war unfähig, sich auf eine Resolution und eine international abgestimmte Vorgehensweise zu einigen. Auch die Europäische Union hat sich vor allem in der Anfangsphase der Pandemie nicht als handlungsfähig gezeigt. Die Grundfreiheiten im Binnenmarkt wurden von heute auf morgen zurückgefahren; Deutschland und elf andere Mitgliedsstaaten haben ihre Grenzen geschlossen; zum Teil wurden Ausfuhrverbote auch gegenüber Partnerländern erteilt. Allzu schnell zeigten sich die Grenzen der viel beschworenen europäischen Solidarität.

Doch gerade jetzt sollte einleuchten, dass wir international koordinierte, multilaterale Antworten brauchen, um derartige Herausforderungen in den Griff zu bekommen. Am besten funktioniert das in institutionellen Foren, wo sich Kommunikationskanäle und auch Wege der Entscheidungsfindung eingespielt haben – wie in der Europäischen Union, aber auch in internationalen Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation. Denn wer jetzt zu Recht darauf hinweist, dass die Globalisierung die Ausbreitung der Corona-Pandemie begünstigt hat, darf nicht unterschlagen, dass die Globalisierung eben auch zu ihrer Eindämmung und Bekämpfung beiträgt.

Der Soziologe Andreas Reckwitz schrieb im Juni 2020 in der *ZEIT:* „Wir erleben nicht den Anfang vom Ende, nicht das Ende der Epoche von Globalisierung, Digitalisierung und Liberalisierung, sondern womöglich das Ende vom Anfang, von der hyperdynamischen Anfangsphase der Spätmoderne.“ In diesem Sinne und entgegen manchen Hoffnungen wie Befürchtungen, dass sich die Welt radikal verändern wird, vermute ich, dass sie nach der Überwindung der Corona-Pandemie nicht fundamental anders aussehen

wird als davor, sondern dass die gegenwärtige Krise eher bestehende Trends wie das Erstarken des Populismus und die zunehmende Infragestellung des Multilateralismus verstärkt und beschleunigt.

Die Pandemie hält uns den Spiegel vor. Manches muss in der Tat anders, jedenfalls besser werden: die Ausstattung und personelle Verstärkung der Gesundheitsdienste, die Verfügbarkeit von Medikamenten und Schutzausrüstungen, die Verringerung der strategischen Abhängigkeiten durch hochkomplexe Lieferketten, der verlässliche und unverzügliche Austausch relevanter Informationen. Wir sollten daher aufmerksam betrachten, was sich gerade vor unseren Augen abspielt, und die richtigen Schlussfolgerungen ziehen, um das zu ändern, was uns an unserem Spiegelbild missfällt. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist dafür eine besondere Chance – und eine ebenso große besondere Verantwortung.

Corona und die Folgen

Ein leicht ironischer Zwischenruf eines Vergangenheitsexperten

JOACHIM KÜGLER
Geboren 1958 in Weismain, Inhaber des Lehrstuhls für Neutestamentliche Wissenschaften, Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Als Bibelwissenschaftler befasse ich mich professionell mit Texten, die jahrtausendealt sind, bin also eher Spezialist für die Vergangenheit. Hinsichtlich der Gegenwart bin ich dagegen ein Laie. Trotzdem ist es vielleicht nicht nur meine *Déformation professionnelle,* die mir die Vergangenheit als etwas erscheinen lässt, was leichter zu verstehen ist als die Gegenwart. Das Problem mit der Gegenwart ist: Wir wissen zu viel, und wir haben keinen Überblick. Wir sind im Gegenwärtigen verwickelt, und es gibt keinen Turm, auf den man steigen könnte, um sich einen Überblick zu verschaffen. Deshalb behelfen sich Gegenwartswissenschaften damit, dass sie die Komplexität der Wirklichkeit reduzieren. Die Demoskopie etwa tut dies, indem sie auswählt und eben nicht *alle* Deutschen interviewt, sondern 1.000 – mit möglichst reduzierten Fragen. Würde man dagegen alle auffordern, ohne Einschränkungen zu sagen, was sie vom Leben halten, dann wäre schon die Dokumentation eine Herausforderung, von Analyse und Deutung einmal ganz zu schweigen. Damit wäre man dann genau bei dem, was Gegenwart ausmacht: Wir wissen zu viel und verstehen zu wenig.

Vergangenheit ist dagegen viel übersichtlicher. Je weiter wir zurückgehen, desto mehr Informationen sind verloren gegangen. Die existierenden Quellen sind regional, zeitlich, kulturell und sozial extrem eingeschränkt. Selbst bei einer Kultur wie dem alten Ägypten, die über etwa drei Jahrtausende außergewöhnlich gut dokumentiert ist, ist die Fülle der Quellen über weite Strecken auf wenige Kontexte beschränkt – vor allem auf Kult und Begräbnis – und mit der ägyptischen Oberschicht verbunden, die knapp ein Prozent der Bevölkerung ausmachte. Die übrigen 99 Prozent sind im Dunkel des Vergessens verschwunden, haben kaum Spuren ihres Denkens, Fühlens und Handelns hinterlassen. Das ist aus der Perspektive eines Menschenbilds, das den Armen und Machtlosen die grundsätzlich gleiche Bedeutung zuschreibt wie den Eliten, natürlich höchst bedauerlich, aber für die Analyse ist diese Begrenzung der Quellen ein Glücksfall. Je weniger wir wissen, desto besser können wir analysieren und interpretieren.

Zudem macht das Fehlen lebender Zeitzeugen die ältere Vergangenheit zu einem Paradies des Verstehens, denn die alten Ägypterinnen können eben keine Demonstration veranstalten, um sich über die unzureichende und ungerechte Darstellung ägyptischer Frauen in der entsprechenden Forschungsliteratur zu beschweren. Und für den bibelwissenschaftlichen Bereich ist es natürlich auch praktisch, dass weder der Prophet Jesaja noch Jesus oder Paulus der wissenschaftlichen Rekonstruktion ihrer Biographie und der Darstellung ihrer Botschaft widersprechen können. Wie gesagt – Vergangenheit ist einfacher als Gegenwart.

DIE ZUKUNFT IST EIN UN-DING

Die Zukunft hat mit der Vergangenheit gemeinsam, dass es sie nicht gibt. Sie unterscheidet sich als Noch-nicht-Wirklichkeit aber von der Vergangenheit als Nicht-mehr-Wirklichkeit dadurch, dass sie auch keine Spuren und Erinnerungen hinterlassen hat, die es ermöglichen würden, sie zu rekonstruieren, wie partiell auch immer. Schon der Spruch „Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus“ ist eigentlich Unsinn, denn die Schatten müssten ja aus der Zukunft in die Gegenwart zurückgeworfen werden, damit wir etwas erkennen könnten von der Zukunft, von der Wirklichkeit, die nicht ist, und von der wir auch nicht wissen können, wie sie sein wird.

Nun gibt es selbstverständlich Versuche, aus bestimmten Faktoren der Gegenwart abzuleiten, wie die zukünftige Wirklichkeit aussehen könnte. Etwa nach dem Motto: „Wenn wir weiter so viel Kohlendioxid in die Atmosphäre blasen, dann wird sich das Klima so erwärmen, dass …“. Solche Hochrechnungen und Modellbildungen sind wichtig, aber die Klimaforschung weiß, dass sie damit nicht die

Zukunft abbildet, denn ein einziger Meteoriteneinschlag könnte alles anders kommen lassen. Trotzdem müssen wir, insbesondere die politisch Denkenden und Handelnden, ein Bild von der Zukunft entwerfen, denn unser gegenwärtiges Handeln muss ja stets versuchen, negative Folgen, die naturgemäß in der Zukunft liegen und also noch nicht existieren, zu vermeiden. Das ist selbstredend umso einfacher, je enger unser Handeln mit erfahrungsgedeckter Naturgesetzlichkeit zusammenhängt. Wenn ich vom Dach eines Hochhauses springe, dann werde ich sterben. Solche überschaubaren Strukturen des Tun-Ergehen-Zusammenhangs halten uns normalerweise davon ab, trotz roter Ampel über die Kreuzung zu fahren oder lebendige Bienen zu essen, wobei es natürlich immer Ausnahmen gibt. So verlangt es „wahre Männlichkeit“ manchmal, gegen die Vernunft zu handeln, und auch „wahre Weiblichkeit“ kann zu Schuhen nötigen, die die Füße ruinieren. Durchschnittlich handeln wir aber nach solch vernünftigen und plausiblen Erfahrungswerten und kommen damit ganz gut durch das Leben.

Wir sind auch nicht enttäuscht, wenn alles halbwegs gut ausgeht und unsere Alltagsklugheit Katastrophen vermeiden hilft. Bei einer Epidemie ist das mitunter ganz anders. Die Gefahr ist weniger konkret, nicht sichtbar. Und die notwendigen Isolationsmaßnahmen machen auch das Leid der Kranken und der Sterbenden unsichtbar. Da kommen Einzelne schon auf die Idee, zu fragen: „Wo bitte ist denn die Seuche?“ Die Epidemiologie spricht vom Präventionsparadox. Wenn die Vorsichtsmaßnahmen erfolgreich sind, werden die Sicherungsmaßnahmen als unnötig und übertrieben hart kritisiert. Es ist deshalb kein Wunder, wenn der Protest gegen die Einschränkungen des Lebens in der Coronakrise gerade dann laut wird, wenn sich die Lage entspannt und Einschränkungen gelockert werden.

„Hygiene-Demos“ sind aber nicht das wahre politische Problem. Die eigentliche Herausforderung ist die Notwendigkeit, für die Gesamtbevölkerung Konsequenzen zu ziehen, ohne genau zu wissen, was die Folgen des eigenen Handelns sein werden. Das gilt grundsätzlich – vor, während und nach der Coronakrise. Weil die Gegenwart unübersichtlich ist und die Zukunft noch nicht ist, bleibt die Frage, was „nach Corona“ kommt, streng genommen eine unbeantwortbare Frage, auf die die Politik dennoch eine Antwort finden muss.

POLITIK ALS VERSUCH, DIE ZUKUNFT ZU GESTALTEN

Eine Frage beantworten zu müssen, auf die es eigentlich keine Antwort gibt, erscheint als Paradox. Dieses politische Zukunftsparadox ist aber nur ein scheinbares. Gerade nämlich, weil es die Zukunft noch nicht gibt, ist sie ein politisches Gestaltungsfeld. Es gibt keine zwangsläufigen Lehren und Folgerungen aus einer solchen Krise. Es ist nicht die Pandemie selbst, aus der etwas Bestimmtes folgt, sondern wir entscheiden mit unseren Deutungen und Schlussfolgerungen darüber, welche Zukunft „nach Corona“ kommt. Dieses „Wir“ ist in der Demokratie (und auch im globalen Spiel der Mächte) keine einheitliche Größe, sondern eine Vielzahl von Interessen und Sichtweisen, die darum ringen, die Deutungshoheit über dieses Großphänomen zu erlangen,

um damit ihre politischen Pläne zur Wirklichkeit werden zu lassen. Um zu dieser Debatte – als Gegenwartslaie – etwas beizutragen, gestatte ich mir, ein paar Aspekte zu nennen, aus denen man Folgerungen ziehen könnte.

Vorratshaltung ist altmodisch, aber sinnvoll. Wir haben uns Vorratshaltung abgewöhnt, weil wir jederzeit alles geliefert bekommen können, so die Maxime vor der Pandemie. Wenn Lieferketten zusammenbrechen oder Hysterie künstliche Verknappung erzeugt, kann kluge Bevorratung eine Zeit lang unangenehme Folgen abfedern. Wer gar nichts vorrätig hat, steht im Ernstfall dumm da. Das gilt für Klopapier ebenso wie für Autoteile und Beatmungsgeräte.

Politik als Erklärungsgeschäft. Prävention kann nicht gelingen, wenn nicht wenigstens die allermeisten mittun. Da dieses Mittun auch Dinge betrifft, die staatlich nicht kontrollierbar sind, kommt es darauf an, möglichst viele einzubeziehen und zu überzeugen. Entscheidungen erklären, komplexe Sachverhalte verständlich machen und Solidarität erwecken ist mühsam, zeitaufwendig, aber unumgänglich. Auch nach der Pandemie? Zum Beispiel bei Windrädern?

Vielfalt ist ein Vorteil! Zwar haben manche autoritären Staaten, obwohl wir die echten Zahlen nicht kennen, die Pandemie anscheinend ganz gut bewältigt, aber das ist wohl doch eher die Ausnahme. Generell sind Vielfalt und Machtteilung ein Vorteil. Zwar herrscht auch im Qualitätsjournalismus oft eine Sehnsucht nach Einheitlichkeit, die in Föderalismusverachtung („Flickenteppich“, „Kleinstaaterei“) mündet, aber dem sollte man nicht nachgeben. Geteilte Verantwortung und die Möglichkeit, regional differenziert reagieren zu können, sind ein enormer Vorteil. Gerade in schlecht regierten Staaten zeigt sich, dass es ein Vorteil ist, wenn der Populist an der Spitze nicht alles im Griff hat. Ohne andersdenkende Verantwortliche auf regionaler Ebene wären in Brasilien und den USA die Opferzahlen noch höher. Vielleicht gelingt uns „nach Corona“ ein freundlicherer Blick auf die föderale Grundstruktur unseres Landes?

Der Staat als Kirche? Dem Theologen fällt auf, wie hoch die Erwartungen an den Staat sind. Nicht nur für die große Gruppe der Areligiösen scheint er inzwischen eine Art Heilsanstalt zu sein, die das Leben gegen alle Gefahren zu sichern und gelingendes Leben zu garantieren hat. Das ist beängstigend – weniger, weil damit Kirchen weiter an Bedeutung verlieren, sondern weil die religiöse Aufladung des Staates noch nie zu mehr Frieden und Glück führte. Gerade die Kirchengeschichte zeigt, wie absolute Erwartungen an Institutionen zu absolutem Freiheitsverlust und zur Tyrannei der Heuchler führt. Kann es gelingen, utopische Erwartungen an den starken Staat wieder einzufangen?

Helden? Kassiererinnen, Pflegekräfte, Reinigungspersonal – in der Krise als systemrelevant entdeckt und zu Helden erklärt. Werden sie nach der Krise wieder vergessen oder zukünftig heldengerecht bezahlt?

Unverfügbarkeit

Vom gescheiterten Versuch, die Grenzen des Machbaren zu bestimmen

SUSANNE BREIT-KESSLER
Geboren 1954 in Heidenheim an der Brenz, Oberkirchenrätin und Regionalbischöfin für München und Oberbayern i. R., stellv. Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, stellv. Vorsitzende Kammer für Öffentliche Verantwortung (EKD), Vorsitzende des Bayerischen Ethikrates.

DIETER BREIT
Geboren 1961 in Augsburg, evangelisch-lutherischer Theologe, Pfarrer, Kirchenrat und Beauftragter der Bayerischen Landeskirche für die Kontakte zu Staatsregierung und Landtag und für Europafragen.

Die Coronakrise stellt uns vor medizinische und ökonomische, vor allem aber vor ethische Herausforderungen. Das persönliche und gesellschaftliche Leben hat ungewohnte Einschränkungen erfahren. Die Freiheit, auszuwählen aus einer Vielfalt an Möglichkeiten der Lebensgestaltung, ist längst noch nicht wiederhergestellt. Das verlangt seelische Kraft. Es braucht Bewältigungsstrategien, um klarzukommen mit Angst, mit der Ungewissheit, die einem auch Fachleute wie die Virologen nicht nehmen können.

Manche, und nicht nur junge Leute, lebten in den schwierigen Wochen des Lockdowns nach der sprichwörtlich gewordenen Devise aus der Kinoadaption von Frederick Forsyths Spionageroman *Der Schakal*: „Crisis, what crisis?“ Krise, welche Krise? Sie saßen Seite an Seite auf Parkbänken, feierten abends Partys am See oder in Studentenwohnheimen und fanden Corona aufregend, weil sie irrtümlich glaubten, unbesiegbar zu sein. Währenddessen wurden in anderen Ländern Militärlastwagen mit Leichensäcken zu den Krematorien gefahren.

Andere kommen nicht klar mit Kontakteinschränkungen und übersetzen ihre Panik in Lautstärke und Aggression. Kriminologen und Psychologen erahnen einen Anstieg von Gewalt in Familien. Man muss noch hellhöriger sein als sonst, um gegebenenfalls einzuschreiten. Es ist erschreckend, welche Folgen Hilflosigkeit zeitigt, das Gefühl, sich nicht mehr frei bewegen zu können. Erschreckend auch, dass dieses Gewaltpotenzial nicht nur virulent, sondern auch latent immer schon da ist.

Wer spürt, dass er die Kontrolle über sein Leben verliert, dass es im Letzten unverfügbar ist, der kann das fröhlich leugnen oder mit Wut und Schlägen reagieren. Verschwörungsphantasien sind eine weitere Chance, sich und anderen den Blick auf Realitäten zu verstellen. Bill Gates, die Juden, eine dunkle Weltregierung – nichts ist absurd und blöd genug, um als hasserfüllte, antisemitische, rassistische Abwehr der eigenen irrationalen Ängste zu dienen. Manchmal sollen es die Tiere sein, die mit Corona zurückschlagen, weil wir sie so peinigen.

Die Versuchung ist groß, sofort alle Fakten herauszuziehen, um den Gegenbeweis anzutreten. Aber so wenig man junge Leute rational vom Feiern und manche Männer mit Druck von Gewaltausübung abhalten kann, so wenig leicht gelingt es, Anhänger unsinniger Verschwörungstheorien zu überzeugen. Sie sind verunsichert von der Situation, in der sie leben. Sie haben kein Vertrauen zu gesellschaftlichen Institutionen und können mit Widersprüchlichkeiten schlecht umgehen. Düstere, simple Erklärungen geben ihnen – leider – Sicherheit.

VERSINKEN IN GEBLÜMTER SINNSTIFTUNG

Niemand kann in dieser Welt alles erzwingen. Diese eigentlich vernünftige Einsicht produziert gelegentlich auch ein pseudo-intellektuelles Versinken in geblümter Sinnstiftung. Irgendwas wird man schon aus Corona lernen, vielleicht, dass die Welt untergeht und dafür Neues „aufblühen will“. Die Welt wird eine andere sein. Vielfach wird vermutet, dass alle zu besseren Menschen mutieren. Oder die Pandemie wird zu einem „Glücksfall der Geschichte“ erklärt, weil sie neben Schlimmem auch viel Gutes hervorgebracht habe.

Dieser Umgang mit Ängsten reklamiert die Deutungshoheit über die Lage für sich selbst und nimmt andere Menschen in ihrer Not überhaupt nicht ernst. Das ist unfassbar zynisch. Was tun? Es ist sinnfrei, die tatsächliche Krise

zu leugnen, sie mit nicht vorhandenem Sinn zu verzieren oder aggressiv und albern zu werden. Es geht darum, wahrzunehmen, was ist. Nicht flüchten – standhalten. Dabeibleiben und aushalten. Schwer genug. Krisen wie Corona, eine Binsenweisheit, bringen Gutes und Schlechtes im Menschen zum Vorschein.

Da ist die Dame, die den Geschäftsführer sprechen will, weil sie nur ein Paket Toilettenpapier mitnehmen darf. Oder die Raubritter, die Atemschutzmasken so verteuern, dass man den Steigerungssatz kaum mehr ausrechnen kann. Der Mann, der die Verkäuferin im Bäckerladen als „lächerliche Person“ bezeichnet, weil sie auf zwei Meter Abstand besteht. Aber es geschieht auch Großes: Obdachlose bekommen Lebensmittel an zentralen Stellen ausgehändigt. Renommierte Köche bereiten Essen für Pflegepersonal zu. Kinos setzen Filme zum Preis einer Kinokarte ins Netz. Künstler geben Konzerte zum Streamen. Und da ist der Kampf in Forschung und Medizin um Menschenleben, die unfassbare Hingabe in der Pflege, freundliche Bedienung im Geschäft, tatkräftige Politik in unserem Land, präzise Berichterstattung, Menschen, die zupacken, die sich anrufen und schreiben, die füreinander beten und miteinander von Balkonen singen. Es bleibt dabei: Diese Krise braucht kein Mensch. Aber sie legt offen, dass wir selbst gebraucht werden. Beherzt, diszipliniert und mündig.

DASEIN IST STETS GEFÄHRDET

Dazu gehören nicht die Behauptungen, selbst die Welt endgültig zum Besseren hin verändern zu können. Damit erliegt man erneut der Täuschung, die Dinge vollständig kontrollieren und bestimmen zu können. Sie verführt letztlich nur zum oberflächlichen Ethisieren, statt sich ernsthaft mit der Unverfügbarkeit des Lebens auseinanderzusetzen. Man müsse nur global gerecht und verantwortlich denken, heißt es – als ob das helfen würde, alle Not und jedes Elend auszuschalten.

Natürlich ist ethisches Verhalten auch in der Krise gefordert. Aber durch das Nachplappern moralischer Allerweltsweisheiten wird kein einziges Menschenleben gerettet. „Seien wir ehrlich, Leben ist immer lebensgefährlich“, hat Erich Kästner gesagt. Das Dasein ist stets gefährdet. Erst auf der Basis dieses tiefen Wissens ist es sinnvoll, zu handeln – die Grenzen unserer Möglichkeiten und die Horizonte vor Augen, zu denen Menschen voller Leidenschaft zum Helfen aufbrechen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier formulierte: „Und ich würde mir wünschen, dass wir alle uns auch nach der Krise daran erinnern, was Sie für diese Gesellschaft tun.“ Das wiederum ist zu wenig. Das ist viel zu viel Konjunktiv, Abstraktion und Unbestimmtheit: würde wünschen … erinnern … nach der Krise. Da braucht es einen Imperativ, eine Forderung,

ein Versprechen mit zeitlich definierten Konkretionen. Alles andere bleibt im zeitlos Richtigen stecken. Vertrauen auch in die Demokratie wird nur durch Klarheit gestärkt.

Zu solcher Klarheit gehört die Einsicht, dass die Freiheit, die wir bislang gelebt haben, immer auch Freiheit ist, zu verzichten. Auf das, was uns und anderen schadet. Ohne immer zu wissen, ob dieser Verzicht auf Schritt und Tritt zum gewünschten Erfolg führt. Die Politik in Deutschland war bislang erfolgreich mit ihren Überlegungen und Entscheidungen in Corona-Zeiten. Dennoch hat es viele Todesopfer gegeben – jedes von ihnen ein zu betrauernder Verweis darauf, dass wir selbst bei größter Klugheit nicht alles in Händen haben.

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder hat Corona als „Charaktertest für die Gesellschaft“ beschrieben. Das ist treffsicherer, als wieder einmal von Chancen zur Entschleunigung oder Besinnung zu sprechen. Zum humanitären Charaktertest gehört, fürsorgliche und solidarische Distanz zu den Mitmenschen einzunehmen. Diese gelegentlich mühsame Übung hilft für die Zeiten „danach“, wann immer sie sich einstellen werden. Oberflächliche, distanzlose Nähe hat schon immer geschadet. Aufrichtige Nähe nie.

Bis Corona besiegt ist, wenn überhaupt, belegen öffentliche Debatte und privater Austausch latente Klärungsbedarfe und Tiefenschichten der Verunsicherung, die nicht ignoriert werden dürfen: Womit ist in der Krise weiterhin oder erneut zu rechnen? Worauf kann man sich verlassen? Woran kann man sich orientieren, auf welche Rahmenbedingungen des Lebens muss man sich einstellen? „Auf Sicht fahren“ ist ein treffliches Bild, wenn die Fahrbedingungen gleichsam durch Nebel oder Schneefall eingeschränkt sind.

KOMMUNIKATION IM AKUT-MODUS

Wer auf Sicht fährt, braucht ein Navigationssystem. Wir müssen mit reduzierter Geschwindigkeit und erhöhter Vorsicht eine fremde Strecke zurücklegen, aber wir haben das Fahrziel adressiert und lassen uns davon leiten. Bewusst zu machen sind Ziel, Eckdaten und Reichweite der Roadmap. Je länger die Krise Wachsamkeit von Politik und Gesellschaft verlangt, desto weniger darf Kommunikation vom Akut-Modus dominiert werden, sondern muss Partizipation und Zusammenhalt in gemeinsamer Verantwortung nachhaltig fundieren.

Dafür sind Grundeinsichten ins Gedächtnis zu rufen: Kommunikation in der Krise muss Vertrauen stiften und stabilisieren. Sie begnügt sich deshalb nicht mit Dekretierung, sondern beantwortet aktuelle und perspektivische Fragen. Sie erklärt, welche Fragen noch nicht beantwortet werden können – und weshalb. Sie legt vollständig offen, wie und warum Entscheidungen getroffen werden. Sie widersteht der Versuchung, Solidität und Präzision zu opfern, um Informationsbeschleunigungstrends zu bedienen.

Niemand braucht inflationäre Informationsvermehrung und Korrekturen im Tagestakt – das schürt Ängste und Besorgnis, sorgt dafür, dass Verschwörungsmythen neue Nahrung bekommen. Seriosität wird gestärkt durch Selbstdisziplin, durch ehrliches Einräumen ungeklärter Zusammenhänge und Indizes – und dann belastbare Expertise. Wissenschaft nimmt faktisch teil am politischen Diskurs. Ihr ist neben dem Bemühen um Exaktheit auch kommunikative Sorgfalt zuzumuten.

Die Gesellschaft wird lernen müssen, mit dem Virus zu leben. Das ist alles andere als einfach, weil es ein „Leben wie vorher" nicht mehr geben wird. Es ist notwendig, zu klären: Gibt es Einschränkungen, die für lange Zeit hingenommen werden müssen, und zwar auch dann, wenn sonst eine Rückkehr in die ehedem gewohnte Normalität schrittweise ermöglicht wurde? Bedeutet das „Lernen" die Einstellung auf einen Trial-and-Error-Prozess, in dem Einschränkungen gelockert oder Lockerungen zurückgefahren werden?

Es muss darüber gesprochen werden, ob und wie es Einzelnen und der Gesellschaft möglich sein könnte, nur unter Vorbehalt verlässlich zu planen. Das Einüben in Frustrationsindolenz fällt zumal Kindern, Jugendlichen und jungen Leuten schwer, die bislang ein anderes, mit viel Rücksicht auf sie und enormer Empathie gestaltetes Leben gewohnt sind. Ist es denkbar, durch Verzicht auf risikoaffine Aktivitätsbereiche wie etwa Großveranstaltungen sicherzustellen, dass auf eine „andere" Normalität langfristig Verlass ist?

MIT DEM VIRUS LEBEN?

Individual- und sozialpsychologisch ist entscheidend, dass das „Lernen, mit dem Virus zu leben", nicht als Metapher der Ohnmacht, der Einschränkung und des Zwanges von außen, sondern als ermutigende Option rücksichtsvoller Lebensgestaltung erkennbar wird: Wir werden das Dasein zuversichtlich gestalten und wissen, was wir als junge, erwachsene und ältere Menschen dafür tun müssen und wollen. Es ist unverzichtbar, dass die Generationen aufeinander achthaben, um der Unverfügbarkeit des Lebens zu begegnen.

Mit dem Virus konstruktiv zu leben, benötigt behördliche Maßnahmen, die transparent und verlässlich Bevorratung betreiben – von Masken, Medizin und Schutzkleidung. Der Frohsinn, mit dem nach dem Ende des Kalten Krieges alle Lager für solche Vorsorge abgeschafft wurden, ist zu Ende. Die Abhängigkeit von Ländern wie China und Indien wird deutlich – und die fatale Lust, alles nur dort zu kaufen, wo es am billigsten ist. Eine Haltung, die die Gesellschaft schleunigst ablegen muss, wollen wir souverän global gerecht denken.

Nicht fehlen darf die permanente Verständigung darüber, was unter keinen Umständen aufgebbar ist: Der Schutz der Menschenwürde ist und bleibt Fundamentalnorm des Rechtsstaats. Das gesamte staatliche Handeln

ist daran zu messen. Gerade in der Krise, in der die mit der Menschenwürde untrennbar verknüpfte Autonomie des Einzelnen eingeschränkt wird, muss in der Kommunikation dieser Einschränkungen die stete Erinnerung an den Kerngehalt der Menschenwürde wahrnehmbar sein.

PANDEMIE ALS PARADIGMA

Wir können in dieser Welt nicht alles erzwingen. Erschreckt und fassungslos steht meine nach dem Krieg geborene Generation mitsamt den nachfolgenden vor dieser Tatsache – abgesehen von denen, die durch schwere Krankheiten und Verluste schon immer wussten, dass kein Tag in Normalität selbstverständlich ist. Alle aber hätten es wissen können, hätten sie ihr Augenmerk auf die Mehrheit der Menschheit gerichtet, die Armut, Epidemien, Hunger, Kriege und Naturkatastrophen zu ihrem „täglich Brot" zählen.

Die Pandemie ist Paradigma für globale Gefährdungen, die an keiner Grenze haltmachen. Todernst sollten wir nehmen, dass alle Menschen global aufeinander angewiesen sind. Und mit Zuversicht begreifen, dass Leben füreinander und miteinander möglich wird durch die Bereitschaft aller, die Unverfügbarkeit des Lebens auf sich zu nehmen und miteinander füreinander da zu sein. Gleich, was sonst geschlossen ist: Humanität hat durchgehend geöffnet.

Andrà tutto bene?

Italien zwischen Wiedergeburt und Katastrophe

ANGELO BOLAFFI
Geboren 1946 in Rom (Italien), Politikwissenschaftler und Germanist, ehemaliger Direktor des Italienischen Kulturinstituts Berlin.

„Das Undenkbare ist in unser aller Leben getreten, das Undenkbare ist möglich geworden" – so bringt der Schriftsteller Paolo Giordano, Autor des berühmten Essays „In Zeiten der Ansteckung", in lakonischer Klarheit die kulturelle und geistige Verlorenheit auf den Punkt, die wenige Wochen der Pandemie bewirkt haben. Sie haben Italien in die Knie gezwungen und an den Abgrund der humanitären Katastrophe gebracht. Genauso blitzartig, wie ein Virus unbekannten Ursprungs die Italiener dazu gezwungen hat, ihre Wahrnehmung der Realität zu ändern und ihr alltägliches Leben umzukrempeln, mussten die Bewohner des Belpaese die extreme Fragilität eines bereits durch den seit mehr als einem Jahrzehnt andauernden wirtschaftlichen Stillstand geschwächten Systems zur Kenntnis nehmen.

Es stimmt: Die Verbreitung von COVID-19 (ebenso wie die der Spanischen Grippe vor hundert Jahren) ist ein Phänomen, das den gesamten Planeten betrifft. Es hat Fragen zur Zukunft der Menschheit aufgeworfen und Zweifel an der trügerischen Illusion des Fortschritts als unaufhaltsames Wachstum dank der Allmacht der Technik und der unanfechtbaren Gewissheiten der Wissenschaft geweckt. Daher ist auch – wie in den 1920er- und 1930er-Jahren – die Diskussion über philosophische und ethische Themen wieder aktuell: Man spricht wieder über das „Unbehagen in der Kultur" und die Fragilität der kulturellen Identität des Westens. Jemand hat gesagt, dass mit dem Coronavirus das 21. Jahrhundert so begonnen habe wie das 20. Jahrhundert mit dem Ersten Weltkrieg – also ein weiteres „Zeitalter der Extreme"?

In Europa hat die Pandemie alle Nationen betroffen (wenn auch unterschiedlich schwer), im Gegensatz zur Finanzkrise 2007/08 und der darauf folgenden „Staatsschuldenkrise" – die Pandemie hat nicht zwischen den Bürgern Europas unterschieden. Trotzdem wurden wir Zeugen des Wiederauflebens tiefer Divergenzen zwischen den Nationen des Alten Kontinents und von Kontrasten voller Ressentiments und Argwohn, genährt durch alte Vorurteile und Groll. Wir wurden Zeugen von Konflikten, denjenigen nicht unähnlich, die ein Jahrzehnt zuvor während der Eurokrise die Länder Nordeuropas gegen die Länder Südeuropas gestellt hatten. Es kam sogar zu einem Konflikt zwischen Italien und Deutschland mit noch größerer Heftigkeit als in der Vergangenheit und Momenten ungewöhnlicher Schärfe.

Weshalb? Die Erklärung liegt darin, dass der durch die Pandemie verursachte Schock zwar *symmetrischer* Natur war, also alle betroffen hat, die Konsequenzen und das Leid in den einzelnen Ländern jedoch nicht gleich waren. Sie waren *asymmetrisch* aufgrund der unterschiedlichen Staatsverschuldungen und Strukturschwächen der Wirtschaft sowie der Mängel in den Sozialsystemen der einzelnen Länder. Unterschiede, die laut des ehemaligen italienischen Wirtschaftsministers Pier Paolo Padoan „ein starkes Risiko der Fragmentierung" darstellen, „das nicht nur Europa, sondern auch den Binnenmarkt und die wirtschaftlichen Fundamente des Integrationsprozesses bedroht".

DAS SCHWEIGEN EUROPAS

Gerade Italien hat in der Pandemie einen sehr hohen Preis an Menschenleben und Leid an Körper und Seele gezahlt. Es gab eine Zeit zwischen Mitte März und Mitte April, da schien das Land am Rande des Untergangs: Bergamo, eine der schönsten und geschäftigsten Städte der Halbinsel, hatte sich in ein riesiges Lazarett verwandelt, das in der Stille der Nacht durch die Scheinwerfer der Militär-Lkw-Kolonnen erhellt wurde, die die Särge mit den in völliger Einsamkeit in den Krankenhäusern verstorbenen Männern und Frauen zu den Friedhöfen transportierten. Während die ganze Nation sich verstört befragte, antwortete Europa mit eisigem Desinteresse, mit dem egoistischen Reflex „Rette sich, wer kann", der jede Nation dazu brachte, sich in den eigenen Grenzen einzumauern. Der Pandemie ist gelungen, was Nationalisten und Populisten erträumt, aber nicht verwirklicht hatten: die Aussetzung des Schengener Abkommens auf dem gesamten Kontinent. Das Schweigen Europas hat die öffentliche Meinung in Italien tief verletzt und der antieuropäischen (und antideutschen) Propaganda der nationalistischen Bewegungen neue Nahrung verschafft.

Zum Glück gab es eine politische Wende: Emmanuel Macrons Frankreich und Angela Merkels Deutschland haben die tödliche Gefahr für die Zukunft Europas erahnt und verstanden, dass es Zeit für einen Wechsel der Gangart war. Falls,

und hier ist das „Falls“ wichtig, sich Europa dazu entschließt, die durch die Pandemie verursachte wirtschaftliche Rezession solidarisch und koordiniert anzugehen, falls also der Pandemie-Schock aufgrund der außerordentlichen Gemeinsamkeit der Ziele einen Anstieg der Solidarität und Empathie unter den Europäern hervorrufen sollte, falls also, wie manchmal in der Geschichte, *ex malo bonum* entstünde, dann könnten wir uns vielleicht wirklich im Vorfeld eines dieser Schritte nach vorn befinden, die seit jeher den schwierigen Weg der europäischen Einigung kennzeichnen. Ist es denn nicht so, wie Jean Monnet gern wiederholt hat, dass „Europa nur mit Krisen vorankommt“?

HILFE UND SELBSTHILFE

Diese Krise kann ihr konstruktives Potenzial jedoch erst entfalten, wenn jeder seinen Teil beiträgt. Es würde nämlich auch nicht ausreichen, wenn die „genügsamen“ Länder Nordeuropas – allen voran Deutschland – zu der Überzeugung kämen, dass es in ihrem nationalen (politischen und wirtschaftlichen) Interesse ist, in die gemeinsame Zukunft Europas zu investieren und die ideologischen Fesseln mittlerweile überholter Positionen abzuschütteln. Notwendig wird auch sein, dass sich die von der Epidemie stärker betroffenen und daher zu Recht die Solidarität der anderen Europäer einfordernden Mittelmeerländer zur Reform verpflichten, insbesondere Italien, das ja nicht nur als erstes Land in Europa von der Epidemie betroffen war und in einen längeren und strikteren Lockdown als alle anderen Länder gezwungen wurde. Deshalb hat es mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts von minus 9,5 Prozent auch den größten wirtschaftlichen Schaden erlitten. Es handelt sich um den stärksten Rückgang seit der Einigung Italiens (1861), mit Ausnahme der fürchterlichen Jahre 1943/44 während des Zweiten Weltkriegs. Aufgrund dieses Schadens wird die Staatsverschuldung auf astronomische Höhen klettern und 160 Prozent übersteigen. Die Italiener haben – im Gegensatz zu den kursierenden Vorurteilen und Gemeinplätzen über ihre anarchische Veranlagung, sich nicht an Regeln zu halten – die von der Regierung angeordnete sehr lange Quarantänezeit mit Fassung und Disziplin ertragen und dabei eine erstaunliche Besonnenheit gezeigt. Sie haben sich gegenseitig von den Balkonen über den Plätzen und Gassen Mut gemacht und sich mit den Worten von Juliana von Norwich „All shall be well“ gewünscht: Alles wird gut.

Aber werden dieselben Italiener, die die Pandemie und ihre tragischen Konsequenzen mit quasi „nordeuropäischer“ Gelassenheit auf sich genommen haben, dieselbe disziplinierte Entschlossenheit an den Tag legen, wenn sie in den kommenden Monaten schwierige Entscheidungen treffen müssen? Entscheidungen, ohne die das Land zum irreversiblen Niedergang verurteilt würde, der die wirtschaftliche und produktive Stabilität des ganzen Europäischen Hauses infrage stellen wird? Die Pandemie und die dadurch verursachte sozioökonomische Krise haben Italien an einen Scheideweg geführt: die Entscheidung zwischen Wiedergeburt und Katastrophe. Während der langen Quarantänezeit haben sich die Italiener gegenseitig geschworen, dass „nichts mehr wie früher“ sein werde. Wirklich? Oder werden die alten Laster erneut stark, also die extreme Streitlust der politischen Kräfte und die parteiische Verteidigung von Partikularinteressen? Warten wir den Herbst ab, um die Antwort darauf zu erhalten und zu erfahren, ob die Coronakrise wirklich das Wunder vollbracht hat, die Italiener zum „Umbau Italiens“ zu bewegen. Wird es führende Politiker geben, die dieser Herausforderung gewachsen sind?

AM SCHEIDEWEG

In den 1340er-Jahren wurde Italien von der Pest heimgesucht. Ein Drittel der Bevölkerung erlag der Epidemie. Die italienischen Städte haben jedoch in bemerkenswerter Weise reagiert. Es wurden Lazarette eingerichtet und Sperrgürtel geschaffen. Venedig führte in den eigenen Dialekt das Wort *Quarantena* ein. In Florenz hat die von der Epidemie erschöpfte Bevölkerung eine öffentliche Lesung der *Göttlichen Komödie* verlangt (damals gab es ja noch kein Netflix, um der Quarantäne-Langweile zu entkommen!), die dann Giovanni Boccaccio anvertraut wurde. Der Autor des *Decamerone* war bereits bei den Einwohnern als Verfasser einer Biographie über Dante bekannt und auch, weil er drei Exemplare der *Göttlichen Komödie* mit der Hand geschrieben und eines davon seinem Freund Francesco Petrarca geschenkt hatte.

Dem Ende der „Schwarzen Pest“ folgte ein außerordentlicher wirtschaftlicher Wiederaufschwung von Florenz und Italien. Damals entstanden die Banken und das moderne Finanzwesen. Die enorme Erweiterung des Handelsverkehrs machte aus dem Italien der Stadtstaaten die reichste und schönste Nation der Welt (damals war Europa die Welt) – ein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt, der das künstlerische und kulturelle Wunder dieser Renaissance genannten Zeit genährt hat. Allerdings hat drei Jahrhunderte später eine weitere Pest-Epidemie, von der Alessandro Manzoni in seinem Roman *Die Verlobten* berichtet, das endgültige Abtreten Italiens von der historischen Weltbühne besiegelt. Auch wenn zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Staaten der Halbinsel noch die reichsten des Planeten waren (wenn sie auch politisch keinen Einfluss mehr hatten), war Italien drei Generationen nach der Renaissance ein unterentwickeltes Land, wie der Wirtschaftshistoriker Carlo Cipolla geschrieben hat. Es war hauptsächlich landwirtschaftlich geprägt, dominiert von einer Kaste mächtiger Großgrundbesitzer, die die kaufmännischen und verarbeitenden Kräfte besiegt hatten.

Dieser wirtschaftliche und soziale Stillstand dauerte Jahrhunderte an, bis im *Risorgimento* („Wiedererstehung“) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der italienische Nationalstaat entstand. „Ich möchte die Parallelität nicht stärker als nötig forcieren“, so Mario Draghi während einer seiner *Lectio magistralis* an der Universität von Ancona, „trotz der außerordentlichen Ähnlichkeit der von Cipolla herausgestellten Faktoren zur Erklärung der damaligen Krise und der Themen, über die wir heute diskutieren. Ich möchte nur andeuten, dass wir uns heute so wie damals an einem Scheideweg befinden könnten.“ Wenn das derjenige sagt, dessen Verdienst einst die Rettung des Euro war, dann können wir sicher sein, dass er recht hat.

Übersetzung aus dem Italienischen: Monika Eingrieber, Sulzburg

„Weiter aufeinander achtgeben“

Über Schutzmaßnahmen, besonnenes Verhalten und mehr europäische Souveränität in der Pandemie

JENS SPAHN
Geboren 1980 in Ahaus-Ottenstein, seit 2002 Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2005 bis 2009 Mitglied des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages, seit 2018 Bundesminister für Gesundheit.

Zwei Studien renommierter Forschungseinrichtungen aus den USA und Großbritannien kommen zu dem Ergebnis, dass es ohne den radikalen Lockdown allein in elf europäischen Staaten – darunter Deutschland, Italien, Großbritannien und Spanien – rund drei Millionen Corona-Tote mehr gegeben hätte. Also, alles richtig gemacht?

Jens Spahn: Niemand kann alles richtig machen in so einer Situation. Deutschland ist bisher im internationalen Vergleich sehr gut durch die Pandemie gekommen. Das hat mehrere Gründe: Wir hatten das Glück, nicht als Erste voll getroffen zu werden. So konnten wir uns auf die Epidemie ein Stück weit vorbereiten. Wir haben ein gutes Gesundheitssystem, ausreichend Intensivbetten und viele Labore zur Auswertung der Tests. Wir haben entschlossen gehandelt, als es darum ging, Intensivbetten frei zu räumen, mehr Tests möglich zu machen und das öffentliche Leben zum Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung runterzufahren. Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat den Ernst der Situation erkannt und wollte mithelfen. Viele haben ihr Verhalten schon an die Pandemie angepasst und sind zum Beispiel zuhause geblieben, bevor Maßnahmen in Kraft waren.

Foto: © picture-alliance / Kay Nietfeld

Die Corona-Einschränkungen sind in den letzten Tagen in einer zum Teil atemberaubenden Geschwindigkeit aufgehoben worden. Machen Sie sich Sorgen, dass die Bevölkerung zu leichtfertig werden könnte?

Jens Spahn: Ich erlebe die große Mehrheit der Bevölkerung als sehr besonnen während der Pandemie. Wir alle haben schwierige Wochen mit starken Beschränkungen erlebt. So ist es uns gemeinsam gelungen, die Infektionszahlen deutlich zu senken. Die konkrete Gefahr einer Infektion im eigenen direkten Umfeld geht damit zurück. Aber der Eindruck, das Virus ist weg, trügt. So ist es eben nicht. Das sehen wir an den massiven Ausbrüchen, die jetzt mit ganz unterschiedlichen Ursachen aus einzelnen Regionen bekannt werden. Wir müssen es dem Virus weiter möglichst schwer machen. Bilder von dicht gedrängten Menschen am Strand, im Park oder auf Demonstrationen machen mich besorgt. Wir haben gemeinsam viel erreicht. Jetzt haben wir es durch unser Verhalten selbst in der Hand, ob wir den schwierigsten Teil der Pandemie wirklich hinter uns haben. Wichtig ist, dass wir weiter aufeinander achtgeben.

Seit Mitte Juni sind die Grenzen zwischen Deutschland und seinen

Nachbarländern wieder geöffnet. Was empfehlen Sie den Deutschen für ihre Reisepläne in diesem Sommer? Was geht, was geht nicht?

Jens Spahn: Die Entwicklung der Infektionszahlen in fast allen europäischen Staaten erlaubt es, auch den Reiseverkehr in Europa wieder zuzulassen. Darauf haben viele Menschen gewartet und freuen sich jetzt auf ihren Sommerurlaub. Natürlich gilt die AHA-Formel auch im Urlaub: *A*bstand halten, *H*ygiene beachten, *A*lltagsmaske tragen. Außerdem sollte man sich vor der Abreise über die Bestimmungen im Urlaubsland informieren. Es gibt in diesem Jahr viele Möglichkeiten, Urlaub und Freizeit gut zu verbringen. Man kann wieder ins Ausland fahren, muss es aber nicht. Deutschland bietet viele Möglichkeiten für einen schönen Urlaub. Egal wo: Ausgelassene Partys mit sehr vielen Menschen wären verantwortungslos.

Am Anfang der Pandemie hat der Bund die Gegenmaßnahmen stark koordiniert, mittlerweile scheint jedes Bundesland seinen eigenen Weg zu gehen. Hat sich der Föderalismus in der Pandemie bewährt oder gibt es Verbesserungsbedarf?

Jens Spahn: Dass die Länder zum Teil unterschiedliche Ansätze haben, finde ich nachvollziehbar. Schließlich haben wir die größten Einschränkungen unseres Alltags und unserer Freiheiten seit Bestehen der Bundesrepublik erlebt. Der Föderalismus hat sich bewährt. Die Länder können auf ihre regionalen Besonderheiten viel gezielter reagieren, als es der Bund kann. Das haben wir gerade in den letzten Wochen erlebt, in denen es zu lokal begrenzten Ausbrüchen gekommen ist. Bund und Länder haben oft gemeinsame Beschlüsse gefasst, beispielsweise zu den Reiseregelungen, die dann von sechzehn Landesregierungen umgesetzt werden. Das ist effektiv. Gleichzeitig hat die Corona-Epidemie gezeigt, dass es Dinge gibt, die am besten einheitlich angepackt werden, etwa die Corona-Teststrategie oder die zentrale Beschaffung von Schutzausrüstung. Da braucht der Bund neue Kompetenzen.

In diesen Tagen ist die offizielle Corona-Warn-App des Bundes an den Start gegangen. Was erwarten Sie sich von dieser App? Was ist die Konsequenz, wenn sich nicht genügend Leute beteiligen?

Jens Spahn: Jede Nutzerin und jeder Nutzer machen einen Unterschied und erschweren es dem Virus, sich wieder stark auszubreiten. Die App ist kein Allheilmittel, sondern ein weiteres wichtiges Werkzeug, um die Infektionszahlen niedrig zu halten. Deswegen ist sie gerade in dieser Zeit wichtig, in der die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr unterwegs sind, reisen und vielen Menschen begegnen. Die App hilft, Kontakte im Umfeld von infizierten Personen schnell zu informieren und zum Testen einzuladen. Wenn dadurch mehr getestet wird, ist das umso besser.

In anderen Ländern, etwa in Frankreich, sind Corona-Warn-Apps schon länger verfügbar. Warum hat es in Deutschland so lange gedauert?

Jens Spahn: Die deutsche App war ein komplexes Projekt, an das wir beim Datenschutz, bei der Datensicherheit, der Anwenderfreundlichkeit und der Energieeffizienz sehr hohe Ansprüche gestellt haben. Das brauchte seine Zeit. Wir haben die fertige App umfangreich getestet, um sicherzustellen, dass sie in allen Alltagssituationen gut funktioniert. Der Aufwand hat sich gelohnt. Die Rückmeldungen sind sehr positiv und viele unserer europäischen Freunde schauen sich nun genau an, was wir da gemacht haben.

Eine einheitliche europäische Warn-App wird angestrebt. Wann wird sie kommen, und welche Vorteile kann sie bieten?

Jens Spahn: Unser Ziel ist eine App, die in möglichst vielen europäischen Staaten funktioniert. Deshalb arbeiten wir an einer europäischen Schnittstelle. Eine grenzüberschreitende App wird helfen, die Bürgerinnen und Bürger auch nach gefährlichen Kontakten im Ausland zu warnen und so die Pandemie weiter einzudämmen.

Die Testkapazitäten sind in den letzten Monaten massiv erhöht worden. Welche Rolle können Massentests bei der Eindämmung der Pandemie spielen?

Jens Spahn: Seit Mitte Mai können von den Krankenkassen die Laborkosten für Tests übernommen werden, die ohne vorherige Krankheitssymptome durchgeführt werden. So kann in Krankenhäusern und Pflegeheimen nun präventiv getestet werden. Solche Reihentests sollen möglichst früh aufdecken, ob es in einer Einrichtung bislang unentdeckte Infizierte gibt, die weitere Bewohner, Patienten oder Mitarbeiter anstecken können. In Schulen und Kitas können alle getestet werden, wenn zuvor ein COVID-19-Fall aufgetreten ist. Auch können alle Kontaktpersonen von Infizierten getestet werden. Diese Teststrategie dient dazu, Infektionsketten möglichst frühzeitig zu durchbrechen und die Epidemie weiter einzudämmen.

Wann rechnen Sie mit der Entwicklung eines Impfstoffes gegen COVID-19 und wie soll die Versorgung in Europa sichergestellt werden?

Jens Spahn: Wir bündeln jetzt unsere Kräfte in Europa. Wir haben uns mit Frankreich, Italien und den Niederlanden zu einer Impfallianz zusammengeschlossen, um mögliche Impfstoffe für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu sichern. Dazu sind wir mit mehreren Unternehmen, die an aussichtsreichen Impfstoffen forschen, im Gespräch. Mit einem Hersteller gibt es bereits einen Vertrag über mindestens 300 Millionen Impfdosen für die ganze EU. Damit Impfstoffe sehr zügig in diesem oder im nächsten Jahr in großer Menge verfügbar sind, müssen die Produktionskapazitäten schon jetzt vertraglich gesichert werden.

Sollte ein Impfstoff zur Verfügung stehen, muss die Verteilung organisiert werden. Bei einer Bevölkerungszahl von rund 83 Millionen allein in Deutschland keine leichte Aufgabe. Gibt es bereits einen Impfplan, und welche Kriterien gibt es? Wer wird zuerst, wer zuletzt geimpft?

Jens Spahn: Ich habe die Impfkommission beim Robert Koch-Institut gebeten, zu empfehlen, welche Gruppen zuerst geimpft werden sollen. Dazu werden sicher

die Risikogruppen und das medizinische Personal gehören.

Was müssen Deutschland und Europa tun, um auf eine zweite Welle oder eine neuartige Pandemie in einigen Jahren möglichst gut vorbereitet zu sein?

Jens Spahn: Auf die erste Welle des Coronavirus war kein Land der Welt ausreichend vorbereitet. Wir haben daraus gelernt und etwa begonnen, die heimische Produktion von Masken zu fördern. Zudem legen wir eine nationale Reserve für Schutzausrüstung an. Für uns Europäer ist mehr Souveränität gerade in wichtigen Bereichen wie der Gesundheitsversorgung unverzichtbar. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass kritische Arzneimittel, Impfstoffe und Medizinprodukte in Europa produziert werden können. Gleichzeitig müssen wir unsere Reaktionsfähigkeit stärken. Das europäische Robert Koch-Institut, das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, benötigt mehr Mittel, mehr Information und mehr Durchschlagskraft. Über diese Punkte werde ich mit meinen europäischen Kollegen während der deutschen Ratspräsidentschaft sprechen. Aber die Wahrheit ist auch: Jede Krise ist anders. Wir werden immer flexibel auf eine solche Situation reagieren müssen.

Was haben Sie in der Pandemie am meisten vermisst, was ist Ihnen persönlich am schwersten gefallen? Und welche allgemeinen Einsichten für den Gesundheitsbereich können Sie bis jetzt aus den Erfahrungen mit der Pandemie ziehen?

Jens Spahn: Ich habe oft gedacht: Ich würde gerne mal wieder Freunde und Familie umarmen. Die persönlichen Kontakte haben mir sehr gefehlt. Was ich sehr positiv erlebt habe: In Deutschland steckt unglaublich viel Potenzial. Viele Bürgerinnen und Bürger sind stolz darauf, was wir gemeinsam geschafft haben. Es gibt ein neues Gemeinschaftsgefühl, eine große Hilfsbereitschaft, Flexibilität und Kreativität. Wir haben ein neues Wir-Gefühl entwickelt, und ich hoffe sehr, dass wir es uns erhalten.

Die Fragen stellte Ralf Thomas Baus am 16. Juni 2020.

Dem Menschen Ansehen geben

Krankenhausseelsorge in der Coronakrise

SCHWESTER THERESA-MARIA NEUHAUS
Geboren 1953 in Münster (Westfalen), seit fünfzehn Jahren hauptamtliche Seelsorgerin im Franziskus-Krankenhaus in Berlin.

Noch sehr genau erinnere ich mich an den Tag Ende Februar 2020, als die Nachrichten über eine „Viruswelle“, ausgehend von China, berichteten, die nach Europa zu uns herüberschwappt. Und sehr schnell kamen immer mehr Informationen über das Virus Corona ans Tageslicht, die uns alle sehr verunsicherten und ängstigten.

Mir kam die Bibelstelle aus dem Evangelium nach Markus vom Sturm auf dem Meer in den Sinn: „Plötzlich erhob sich ein heftiger Wirbelsturm, und die Wellen schlugen in das Boot, so dass es sich mit Wasser zu füllen begann. Jesus aber lag hinten im Boot auf einem Kissen und schlief. Sie [die Jünger] weckten ihn und riefen: ‚Meister, kümmert es dich nicht, dass wir zugrunde gehen?‘ Da stand er auf, drohte dem Wind und sagte zu dem See: ‚Schweig, sei still!‘ Und der Wind legte sich, und es trat völlige Stille ein. Er sagte zu ihnen: ‚Warum habt ihr solche Angst?

Habt ihr noch keinen Glauben?'" (Mk 4, 37–40). Denn wie ein heftiger Sturm, wie bedrohlich sich hoch auftürmende Wellen erschienen mir die Wege, nach denen vehement gesucht wurde, um die COVID-19-Pandemie einzudämmen. Einschneidende Schutzmaßnahmen wurden eingeleitet, die mit großem Einsatz umgesetzt werden sollten. Auch uns Ordensschwestern, wir sind sechs Franziskanerinnen, trafen die Anordnungen wie ein Paukenschlag, und ein erhebliches Maß an Unruhe musste bewältigt werden. Gottesdienstbesucher durften nicht mehr in die Kapelle. Aus anfänglicher Betroffenheit wurde Entschiedenheit, um für das Ende der Pandemie zu beten, denn als Schicksalsgemeinschaft sitzen wir alle in einem „Boot".

Was brauchen die Jünger? Glauben, Vertrauen, Hoffnung. Die Gewissheit, dass sie nicht allein sind, auch wenn sie den Eindruck haben, dass Jesus schläft – dass sie sozusagen von Gott und der Welt vergessen sind. Wenn Jesus sagt: „Warum habt ihr solche Angst, habt ihr noch keinen Glauben?", dann wirkt das zunächst wie eine Standpauke. Aber ich erkenne darin eher einen Auftrag an all die, die in Krisenzeiten begleiten: alle Pflegenden, Helfenden, Unterstützenden. Es ist der Auftrag, Angst zu lindern und Glauben zu stärken, Glauben im Sinne von Hoffnung und Vertrauen. Ein Zitat von Václav Havel gefällt mir in diesem Zusammenhang gut: „Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat – egal wie es ausgeht." Seelsorge stärkt Hoffnung!

Auch wenn die Möglichkeiten der Seelsorge unter den besonderen Hygieneregeln dieser Zeit sehr eingeschränkt wurden, waren in unserem Haus Gott sei Dank doch viele, viele Besuche und Gespräche möglich, die mir gezeigt haben, dass Seelsorge durchaus systemrelevant ist. Und eigentlich ist Seelsorge in dieser Zeit nichts anderes als das, was sie immer sein soll: Hoffnung spendend, Vertrauen stärkend, Zuversicht weckend, die innere Stabilität stützend. Hilfreich ist dabei ein Wort des Apostels Paulus: „Gott hat uns nicht einen Geist der Verzagtheit gegeben, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit" (2 Tim 1,6 f.).

Einige Beispiele von Begegnungen, die ich erlebt habe, erzählen von diesem Geist.

In meinem Bemühen als Seelsorgerin, die Belastungen der Menschen in der Klinik tragen zu helfen, nehme ich eine große Vielfalt der Ängste und Nöte wahr, die die Patienten und Mitarbeitenden umtreiben. Besuchsverbote, eine wesentliche Einschränkung für die Patienten, sind sehr schwer zu ertragen, auch für die Angehörigen, die nicht wissen, wie es ihren Lieben geht. Nicht jeder/jede hat Kontaktmöglichkeit über Medien wie Handy oder Laptop. So war ich an vielen Tagen und Wochen die einzige „Besucherin" der Patienten.

Eine Begebenheit geht mir noch nach: Ein sehr schwer erkrankter Mann litt so sehr darunter, seinen Kindern und Enkelkindern seit Beginn der Corona-Pandemie nicht nahe sein zu können, dass er innerlich daran zerbrach, keinen Lebensmut mehr hatte und unerwartet starb. Die Ehefrau bestätigte es, denn sie wusste nur zu gut, wie wichtig ihm die Familie war.

In einem anderen Fall erfuhr ein Mann vom Tod seiner Schwester; er konnte nicht zu ihr aufgrund seines Krankenhausaufenthalts, und auch danach gab es keine Chance, mit der Familie zusammen zu sein und miteinander zu trauern. So war es mein Dienst, ihn täglich zu begleiten in der unsagbar tiefen Trauer.

Eine jüngere Frau wurde auf unsere Palliativstation aufgenommen und wird wohl nicht mehr auf Hilfe hoffen können, denn durch die coronabedingte Verschiebung einer Operation in einer Spezialklinik erfuhr sie offensichtlich nicht die notwendige Behandlung. Nun braucht sie viel Unterstützung in verzweifelten Stunden auf dem letzten Abschnitt ihres Lebensweges. Ich darf in langen Gesprächen eine seelische Brücke bauen, um mittragen zu helfen.

Dann war da Frau R., die mir anvertraute, dass ihr eine große Operation bevorstehe und sie nun von starken Ängsten und Verunsicherungen geplagt sei. Sie war untröstlich, weil ihre Kinder und Freunde aufgrund der derzeitigen Situation nicht bei ihr sein konnten. Glücklicherweise konnte ich ihr einen Kontakt zu einer Patientin vermitteln, die eine ähnliche Operation gut überstanden hatte. Mein Auftrag war dann, ihr durch Gebet und intensive Begleitung durch die heftigen Angstattacken zu helfen. Ein großes seelisches Leid, wie sie immer wieder sagte, bestand darin, dass ihr der soziale Kontakt fehlte, was sie immer wieder weinend bedauerte und als sehr belastend empfand.

Eine schwer erkrankte ältere Frau wurde eingeliefert; ich begegnete ihrer Tochter, die mir ihr Leid klagte. Aufgrund der Einschränkungen und Besuchsverbote durfte sie die demenzkranke Mutter im Pflegeheim nicht besuchen – und nun war sie voller Aggression und Ärger, denn es war absehbar, dass die Mutter sterben würde.

In einem Aufenthaltsraum traf ich auf einen Patienten, der lange zu Hause isoliert war und in all den Wochen keinen Besuch bekam. Die eigene Familie befindet sich im Ausland. Er wurde auf der integrativen Schmerzstation aufgenommen und sagte wörtlich: „Ich bin überglücklich, hier wieder mit Menschen zusammen sein zu können." Auch er erlebt sozialen Kontakt als äußerst heilsam und geradezu schmerzlindernd.

Unterwegs auf einem Stationsflur begegnete mir eine junge Ärztin, die ihrem Unmut Luft machen musste: Schon durch das Jonglieren durch den öffentlichen Nahverkehr und die Herausforderungen im Krankenhaus in dieser Krisenzeit spüre sie, dass sie schmerzlich an ihre Grenzen stoße. Sie dankte für mein offenes Ohr.

Auf meinen Wegen durch die Krankenzimmer konnte ich oftmals auch erfahren, wie phantasievoll einige Patienten waren, um in irgendeiner Form die sozialen Kontakte aufrecht zu erhalten. So rief zum Beispiel ein älterer Herr seine Chormitglieder an, und in abwechselnder Reihenfolge wurde auch er angerufen.

Oftmals erhielt ich Anrufe von Kindern oder Enkelkindern, die mich baten, die kranken Familienangehörigen zu besuchen und Wünsche weiterzugeben oder auch einfach „Bote" für sie zu sein.

Ein Segen war es etwa auch für eine Frau, die mehrere schwere Operationen hinter sich hatte und lange Zeit zur Erholung brauchte. Sie ließ mich teilhaben an einer „Videokonferenz" mit der Familie daheim, die sich tageweise abwechselnd meldete. Diese Möglichkeit, die ja nicht allen zur Verfügung steht, habe ich als äußerst heilsam und hilfreich erlebt.

Die Schutzmaßnahmen dieser Zeit sind für sehr viele Menschen sehr belastend, für einige wirken sie sogar bedrohlich. Manche halten es daheim nicht mehr aus und wollen demonstrieren für ihre Freiheitsrechte.

In hohem Maße erfahre ich von vielen positiven Facetten dieser Schutzmaßnahmen und Einschränkungen, die sehr intensive Gespräche am Krankenbett bewirken. Immer wieder gibt es den Zuruf „Bleiben Sie gesund!“ oder „Gott schütze Sie und Ihre Lieben!“ oder „Geben Sie gut auf sich acht!“. Ich nehme sehr stark wahr, wie der Glaube an Gott, an die Dimension zwischen Himmel und Erde eine große Tragkraft hat, und das betrifft die Menschen unterschiedlichster Religionen und Konfessionen. Die Kranken erwarten von uns Seelsorgern ein Zeugnis unseres Glaubens, der Zuversicht und Hoffnung, ja sogar, dass es Wege aus der Krise gibt, dass wir Antworten haben auf die ungelösten Rätsel des menschlichen Daseins: Was ist der Mensch, was ist Sinn und Ziel unseres Lebens, was brauchen wir, was ist uns wichtig? Wohin geht der Weg? Woher kommt all das Leid?

So viel unsagbare Geheimnisse unserer Existenz, so viele Fragen, die jeden Menschen bewegen: am deutlichsten wohl in Krankheitsfällen und bei Ängsten vor Infektionen. Und ich fühle mich an die Geschichte vom Seesturm erinnert. Alles ist in Aufruhr, in Wallung geraten. Schwer auszuhalten! Jesus fragte sie: „Warum habt ihr solche Angst? Habt ihr noch keinen Glauben?“ Da kam jemand, der zumindest die Angst und die Not der Jünger gesehen hat, der sie ernst genommen hat. Und dadurch tritt Ruhe ein! In der zitierten Bibelstelle heißt es weiter: „Da ergriff sie große Furcht und sie sagten zueinander: ‚Was ist das für ein Mensch, dass ihm sogar der Wind und der See gehorchen?‘“ (Mk 4,41). Ein Mensch ist notwendig, der diese Not teilt, der aus der Wallung Ruhe werden lässt. Genau dazu möchte Seelsorge helfen. Seelsorge kann nicht den Tod abhalten. Aber Seelsorge kann helfen, mit solchen Situationen besser umzugehen.

Die Worte von Wolfgang Schäuble möchte ich nochmals in ihrer Aussage betonen: „Wenn es überhaupt einen absoluten Wert in unserem Grundgesetz gibt, dann ist das die Würde des Menschen. Die ist unantastbar. Aber sie schließt nicht aus, dass wir sterben müssen.“ Bei Seelsorge geht es darum, die Würde des Menschen auch in seiner Zerbrechlichkeit bewusst zu halten – dem Menschen Ansehen zu geben!

Ein Patient kam zu uns, nachdem schon einige Krisenwochen durchgestanden waren. Er berichtet von seinem Erleben, wie gut das Pflegepersonal sich mit der speziellen Situation arrangiere. Dabei würde es wohltuende Ruhe verbreiten, oft auch trotz zeitlichem Druck. Die überaus freundliche Zugewandtheit betitelte er sogar mit innerer Fröhlichkeit.

Mittlerweile sind viele Wochen einer überaus bewegenden Zeit vergangen, die ich zumeist als große Anspannung aller Mitarbeitenden und Patienten erlebt habe. Stationen mussten geräumt werden, und die Angst ging um: Wann wird der Höhepunkt der Pandemie erreicht sein, wann wird bei uns der große „Corona-Ansturm“ kommen?! Wird ein Ende absehbar sein, und wird es bald Hoffnung auf Lockerung geben? Im Krankenhaus erlebe ich ein sehr gutes Krisenmanagement-Team als äußerst hilfreich, wodurch Vertrauen und Rückhalt gegeben werden.

Seelsorge wirkt am besten, wenn sie eingebunden ist in ein multiprofessionelles Team. Seelsorge ist systemrelevant, nicht nur in Coronazeiten, denn Hoffnung brauchen Menschen zu jeder Zeit!

Lincolns Prophezeiung

Donald Trump und die Coronakrise

ELMAR THEVESSEN
Geboren 1967 in Viersen, Fernsehjournalist und Autor, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, seit 2019 Leiter des ZDF-Studios in Washington, D. C. (USA).

„Führung: Was immer passiert – Du bist verantwortlich. Wenn es nicht passiert – Du bist verantwortlich.“ Diese allzu wahren Worte könnten von einem großen Denker stammen. Donald Trump twitterte sie am 8. November 2013. Wenn man nun also Trumps eigenen Maßstab an seinen Umgang mit der Coronakrise anlegt, kann man nur zu einem Schluss kommen: Dieser amerikanische Präsident ist unverantwortlich. Es gibt kein besseres Beispiel, an dem sich die Gefährlichkeit dieses Mannes für sein Land und die ganze Welt so anschaulich erklären lässt, wie die Pandemie von 2020. In seinen Worten und Taten der ersten Jahreshälfte spiegeln sich die politischen, psychischen und menschlichen Defizite Donald Trumps in allen Facetten, von der fundamentalen Ablehnung jeder Art von Strategie und der krankhaften Sucht nach Anerkennung über seine fehlende Empathie, manchmal gar überbordende Menschenverachtung, bis zu seiner hanebüchenen Ignoranz gegenüber den medizinischen Fakten und den gesundheitlichen Notwendigkeiten zum Schutz der Menschen, die ihm qua Amt anvertraut sind.

Amerika erlebte einen Präsidenten, der immer alles besser wusste; der China mehr glaubte als den eigenen Geheimdiensten; der seinen Experten in den Rücken fiel und den Keil ins Land noch tiefer trieb. Donald Trumps Amtsführung tötete Menschen. Ich meine das nicht figurativ, sondern durchaus wörtlich, und schließe mich der Einschätzung von Professor Jack Goldstone an, den ich Ende März 2020 fragte, ob die Coronakrise so etwas wie Trumps 9/11 sei. Nein, antwortete mir der Politikwissenschaftler der George-Mason-Universität vor den Toren von Washington. Das hier sei katastrophaler als die Terroranschläge vom 11. September 2001. Damals seien ja „nur" 3.000 Menschen gestorben, die Wirtschaft „nur" zeitweise beschädigt worden: „Dies jetzt wäre für Trump eher wie eine Kombination aus der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre und dem Zweiten Weltkrieg."

NICHTS WAR UNTER KONTROLLE

Große Worte, aber leider passend. Wie ernst die Bedrohung war, hätte die Trump-Administration eigentlich viel früher wissen müssen, da die eigenen Geheimdienste CIA *(Central Intelligence Agency)* und NSA *(National Security Agency)* schon kurz nach dem Ausbruch der Seuche in China drastische Warnungen über die Gefahr durch das Virus an das Weiße Haus geschickt hatten. Wie diese Alarmmeldungen im Januar 2020 in den Wind geschlagen wurden, erinnert an das dramatische Versagen der Regierung von George W. Bush im Jahr 2001. Damals gab es eine Fülle von Hinweisen auf die bevorstehenden Anschläge vom 11. September, von denen aber die Verantwortlichen nichts wissen wollten. Die Verantwortung für das Versagen heute trägt vor allem Donald John Trump, und die Reihe der politischen Fehler in Bezug auf die Bedrohung durch eine weltweite Pandemie beginnt bereits viel früher.

Die Trump-Administration hatte den Pandemieplan aus der Obama-Zeit nicht ernst genommen und die Gelder für das globale Frühwarnsystem der Weltgesundheitsorganisation WHO drastisch gekürzt. Bei einer Pandemie-Übung von Bundes- und Bundesstaatsbehörden im Sommer 2019 wurden eklatante Defizite offenbar, die danach nicht behoben wurden. Im Herbst war Linda Quick, Expertin der US-Seuchenkontrollbehörde CDC *(Centers for Disease Control and Prevention)*, wegen des Handelskonflikts von ihrem Posten innerhalb der chinesischen Partnerbehörde abgezogen worden.

Im Januar versäumte es Donald Trump, am Rande der Unterzeichnung des Phase-1-Deals vom chinesischen Vizepremier in Washington Aufklärung zu verlangen. In den Folgemonaten war nichts unter Kontrolle, obwohl der US-Präsident das gebetsmühlenartig wiederholte. Er verglich die Krankheit mit der Grippe und schürte die Hoffnung, das Virus werde im warmen Wetter verschwinden. Er behinderte jede Art von Vorbereitung und strategischer Planung für das Management der Pandemie und der zwangsläufigen Wirtschaftskrise. Er gab die Schuld den Gouverneuren der Bundesstaaten, seinem Vorgänger Barack Obama, der Weltgesundheitsorganisation und China.

Er empfahl den Menschen die Einnahme von Desinfektionsmitteln und lebensgefährlichen Medikamenten, für die

er Millionen amerikanischer Steuerdollars verschwendete. Er befeuerte eine zweite Pandemiewelle durch die vorschnelle Wiedereröffnung der Wirtschaft und die Verharmlosung der damit verbundenen Risiken. Er rief zur „Befreiung" demokratisch geführter Bundesstaaten auf und bestärkte bewaffnete Rechtsextremisten, die in Michigan demokratisch gewählte Abgeordnete und die Gouverneurin einschüchtern wollten.

MEDIEN ALS VOLKSFEINDE

All das müsste eigentlich ausreichen, um an Donald Trumps Führungsfähigkeit und seiner Eignung für das Amt des amerikanischen Präsidenten zu zweifeln und endlich – nach mehr als dreieinhalb Jahren – seine Amtsführung nicht mehr als authentisch oder unorthodox zu beschönigen. Doch in den Folgewochen zeigte Trump offen, dass er eine ernsthafte Gefahr für die amerikanische Demokratie ist. Denn in der dreifachen Krise – Gesundheit, Wirtschaft und Rassismus – setzte er fast ausschließlich auf destruktive Maßnahmen und kaum auf konstruktive Lösungsvorschläge. Beispielhaft dafür steht seine Rückkehr in den Wahlkampf mit einer geplanten Massenkundgebung am 19. Juni 2020, ausgerechnet dem Tag, an dem in den USA das Ende der Sklaverei gefeiert wird, und ausgerechnet an dem Ort, an dem im Juni 1921 mehr als 300 Schwarze von einem weißen Mob ermordet wurden: Tulsa, Oklahoma. Nach zahlreichen Protesten verschob er die Veranstaltung um einen Tag. Wenn die erwartete Zahl von Teilnehmern erschienen wäre, hätte er bis zu 60.000 seiner Anhänger, die in großer Mehrheit das Tragen einer Maske ablehnen, der Ansteckung mit dem SARS-CoV-2-Virus ausgesetzt. Es kamen nur 6.200, die eine Rede zu hören bekamen, die mit Drohungen gegen Andersdenkende, Lügen und rassistischen Anspielungen angefüllt war.

Der Präsident der Vereinigten Staaten schürt Hass, indem er den politischen Gegner, die in überwältigender Mehrheit friedlichen Demonstranten und die Medien als Volksfeinde bezeichnet. Gleichzeitig untergräbt er mithilfe seines willfährigen Justizministers rechtsstaatliche Prinzipien, indem er in die Verfahren unabhängiger Gerichte eingreift und politisch motivierte Ermittlungen veranlasst. All das ist ein Angriff auf die amerikanische Demokratie im Sinne der Worte, die einer der größten US-Präsidenten einst ausgesprochen hat: „Ist es unvernünftig, zu erwarten, dass ein Mann, der besessen ist von seinem unschlagbaren Genie, gekoppelt mit einem Verlangen, das bis zum Äußersten geht, irgendwann einmal aus unserer Mitte aufsteigt? Wenn dieser kommt, dann braucht es Menschen, die miteinander einig sind, die an Regierung und Gesetzen hängen und die klug sind, um seine Pläne erfolgreich zu stoppen." So die Worte von Abraham Lincoln am 27. Januar 1838. Deshalb finden sich immer mehr mutige Republikaner, die sich gegen den gefährlichsten Präsidenten stellen, den Amerika seit Jahrzehnten hatte. Ob die demokratischen Kräfte erfolgreich sind, wird sich am 3. November 2020 zeigen. Die Seele der Nation steht auf dem Spiel.

Und wo bleibt Europa?

Die internationale Staatengemeinschaft nach der Coronakrise

FRANK PRIESS
Geboren 1957 in Wolfsburg, Stellvertretender Leiter Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Noch ist die Coronakrise nicht überwunden. Ihr zeitversetztes Auftreten verlängert sie, der weltweite Ausbruch ist in der Nachkriegszeit einmalig. Für Europäer waren solche Pandemien für lange Jahrzehnte weit weg, „so etwas“ passierte in Afrika und in Asien, aber doch nicht bei uns … Nun sind plötzlich wir das Problem. Sogenannte Entwicklungsländer schließen in Panik die Grenzen, es wird besonders desinfiziert, wo Europäer vorher beim Frühstück saßen, sogar Übergriffe werden bekannt, da sie auch als „Virenschleudern“ verantwortlich gemacht werden. Ausgrenzungserfahrungen machen aber auch Afrikaner in China oder Asiaten bei uns. Das wird nachwirken.

Auch unsere Lernperspektive und der Blick in andere Weltgegenden werfen Fragen auf. Obwohl bereits im Dezember 2019 asiatische Meldungen über das Virus vorlagen, nicht zuletzt aus Taiwan, dauerte es Monate, bis man in Europa begann, Maßnahmen zu ergreifen. Wäre, so fragten sich manche, ein solcher Zeitverzug auch entstanden, wenn das Virus zunächst in den USA zugeschlagen hätte? Unser Vergleich ist typisch der „alte Westen“: Ja, Deutschland steht besser da als andere europäische Länder und die USA, aber waren Südkorea, Taiwan, Singapur und vielleicht sogar die Volksrepublik China, wie sie selbst für sich beansprucht, nicht noch erfolgreicher bei der Bekämpfung, waren diese Länder nicht viel besser vorbereitet?

Nun ist das Bild alles andere als einheitlich. Westliche Demokratien – speziell die USA, Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien – liegen bei den Todeszahlen vorn und müssen andernorts als Beweis herhalten, dass Demokratien offenbar schlechter mit solchen Krisen umgehen können als straff geführte autoritäre Staaten. Wenn dann noch Populismus hinzukommt – dieser lässt sich außerhalb der gerade genannten Länder nicht zuletzt in Brasilien und Mexiko beobachten –, wird es problematisch. Wer nur anhand von Opferstatistiken Länder gegenüberstellt, ihre Größe, ihren Entwicklungsstand, den Zustand ihrer Gesundheitssysteme, den Armutsgrad in der Bevölkerung und ihre Wohnverhältnisse aber ignoriert, vergleicht Äpfel mit Birnen. Hinzu kommt, dass auch Südkorea und Taiwan demokratische Systeme aufweisen und die Krise offenbar gut bewältigen, was die System- und die Regionalfrage weiter kompliziert.

Und ist die Bilanz der autoritären Staaten wirklich positiv? China arbeitet stark und aggressiv am Narrativ, nach guter interner Krisenbewältigung nun anderen zu helfen – den Ausbruch der Krise verschweigt man lieber, und speziell fehlende Transparenz ist das große Defizit. Wie belastbar sind die Zahlen aus einem solchen System? Wenn keine freie Presse und keine offene Zivilgesellschaft offizielle Diskurse hinterfragen und selbst recherchieren dürfen, kann man nur offiziellen Angaben glauben – oder eben auch nicht. Dass der Ausbruch des Virus offenbar über Wochen verschleiert wurde – ob „nur“ durch örtliche Kader oder unter bewusster Beteiligung der obersten Führung –, müsste ebenfalls aufgearbeitet werden. Ähnliche Fragen stellen sich hinsichtlich Russlands.

USA UND CHINA ALS KRISENGEWINNER

Schnelles Krisenhandeln stärkt überall die Exekutiven, parlamentarische Kontrollen leiden, die Medien geraten unter Druck, keine Panik- und Falschmeldungen zu verbreiten – und welche das sind, entscheidet oft die Staatsführung, die eine unabhängige Kontrolle des eigenen Handelns fürchtet. Was darf staatlicher Zwang, wo wird er in Abwägung zu bürgerlichen Freiheitsrechten unverhältnismäßig – das wird auch in Deutschland diskutiert. In fragileren Demokratien könnte Demokratieförderung generell weiter in den Hintergrund rücken und der Wunsch nach vordergründiger Stabilität noch dominanter werden, mit weitreichenden Konsequenzen: „Learning to live

with despots“, formuliert es Stephen D. Krasner (*Foreign Affairs,* März/April 2020) und führt die Notwendigkeit der Kontrolle von Pandemien sowie nuklearer und biologischer Waffen als Beispiele an.

Vor allem der Datenschutz spielt dabei eine besondere Rolle – kein Novum der Coronakrise. Während in den asiatischen Staaten – auch in den demokratischen – wenig Vorbehalte bestehen, Gesundheitsdaten zusammenzuführen, *tracking apps* zu nutzen, Videoüberwachung und Gesichtserkennung zur Identifikation und Kontrolle möglicher Infizierter einzusetzen, regiert in Europa und speziell in Deutschland einmal mehr höchste Zurückhaltung. Über den Umgang mit der aktuellen Krise hinaus zeichnet sich ab, dass dieser unseren Kontinent im technologischen Zukunftswettlauf mit China und den Tech-Giganten aus den USA weiter zurückwerfen könnte. Daten sind der Rohstoff der technologischen Zukunft – da, wo sie in großem Umfang verfügbar sind, entstehen neue Lösungen unter Nutzung Künstlicher Intelligenz. Quantität zählt, wie man gut im aktuellen Buch *AI-Superpowers. China, Silicon Valley und die neue Weltordnung* von Kai-Fu Lee nachlesen kann. Nicht umsonst formuliert Siemens-Chef Joe Kaeser: „Vermutlich werden die USA und China gestärkt aus der Coronakrise hervorgehen.“

TECHNIKSKEPSIS RÄCHT SICH

Digitalisierung erfährt durch die Coronakrise einen nachhaltigen Schub. Die Krise wirkt auch hier bereits seit Längerem als Katalysator absehbarer Tendenzen, die in China in autoritärer Ausprägung und in den USA durch die Dominanz der Silicon-Valley-Firmen zu besichtigen sind. Während man sich in Deutschland und Europa mit der Zusammensetzung von Digitalräten und zuvörderst mit Technologiefolgenabschätzung beschäftigt, wird anderswo gehandelt. Auf diesem Feld ist unsere Bilanz der Krise besonders ernüchternd: Nur wenige Schulen waren über Wochen wirklich in der Lage, Präsenzunterricht durch leistungsfähige digitale Angebote zu kompensieren, es mangelt an technischer Ausstattung und Kompetenz der Lehrkräfte. Öffentliche Verwaltung im Homeoffice hieß nicht nur in Berlin: Stillstand. Das papierlose Büro: eine ferne Vision. Nun wird der Modernisierungsdruck für jeden sichtbar, die Arbeitswelt wird sich weiter, dauerhaft und vielleicht schneller verändern. Vieles verlagert sich noch mehr ins Netz, digitale Konferenzsysteme haben Hochkonjunktur. Dominant sind allerdings auch hier amerikanische Unternehmen; deutsche und europäische Anbieter versuchen verzweifelt, Nischen zu besetzen. Die Technikskepsis einer alternden Gesellschaft rächt sich, während anderswo junge Bevölkerungen beherzte Technologieanwender geworden sind. So entsteht etwa in afrikanischen Großstädten eine blühende Start-up-Szene – dort herrscht eine Kultur des „Erst-mal-Machens“ vor. Dies dürfte langfristig Folgen haben.

Verstärken könnte die Krise auch eine gewisse De-Globalisierung, die sich bereits durch den starken Protektionismus eines „America First“ und eine zurückgehende Bereitschaft, multilaterale Regelungssysteme neu zu installieren, zu reformieren oder zu verstärken, abzeichnete. Dies trifft das exportorientierte Modell, auf dem der Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland wesentlich beruht und das auf offene Märkte angewiesen ist, besonders, zumal unserem Land eine gewisse Globalisierungsskepsis nicht fremd ist. Die Krise zeigt, wie anfällig weltweite Lieferketten, eine extreme Arbeitsteilung und der Verzicht auf Lagerhaltung die Versorgung in strategisch wichtigen Bereichen wie Arzneimitteln und medizinischen Ausrüstungen machen. Die Tendenz, trotz höherer Kosten bestimmte Produktionen „nach Hause“ zu holen und an „strategischer Autonomie“ zu arbeiten, hat ihren Charme, aber auch Konsequenzen: Schon vor der Krise reduzierte der technologische Fortschritt den Vorteil billiger Arbeit in den sogenannten Entwicklungsländern – die Nähe zu den Märkten, Rechts- und Versorgungssicherheit und eine funktionierende Infrastruktur gewannen an Bedeutung. Das wirft die Frage auf, wie die Länder des globalen Südens Perspektiven für ihre wachsenden und sehr jungen Bevölkerungen generieren können und in Anbetracht dessen der Migrationsdruck Richtung Norden steuerbar bleibt.

SCHWÄCHEN DES MULTILATERALISMUS

„Nebenbei“ zeigt sich gerade für Deutschland, wie wichtig ein europäischer Binnenmarkt mit einheitlichen Regelungen und Standards ist, welche Bedeutung ein dichtes Geflecht von Freihandels- und Investitionsabkommen auch künftig haben wird. Um die Bedeutung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union (EU) zu ermessen, reichte auf dem Höhepunkt der Krise etwa ein Blick auf deutsche Spargelfelder. Grenzschließungen stellen die Bedeutung des grenzüberschreitenden Pendelns vor Augen – für Dienstleistungen aller Art, die Industrieproduktion, den Pflegesektor. Verständlich, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Krise als Erstes auf ihren Nationalstaat sowie die eigene Regierung blickten und diese vielfach bei überzeugendem Handeln mit neuem Vertrauen belohnten. Zur Bewältigung einer solchen Krise ist nationales Handeln allein aber nicht ausreichend. Jetzt müssen die Krisenerfahrungen ausgewertet werden, viele Prozesse gilt es zu optimieren. Der Umgang mit und die Erwartungen an Rettungspakete zeigen jedoch, wie ältere Bruchlinien in der EU fortbestehen – die „Sparsamen Vier“, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die Debatte um den Mehrjährigen Finanzrahmen illustrieren das hinreichend. Der Anlass, sich selbstzufrieden auf die Brust zu klopfen, scheint in Brüssel, in den nationalen Hauptstädten, aber auch in vielen Städten und Gemeinden überschaubar.

Auch Schwächen und Grenzen des Multilateralismus wurden in der Krise deutlich sichtbar – nicht zuletzt mit Blick auf die Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organization,* WHO) –, was aber, wie sich zeigte, nicht nur an ihr selbst lag. Viele Staaten der Welt definieren ihre Souveränität vor allem dadurch, nicht zu viel Transparenz und Kontrolle zuzulassen. Es gibt fatalerweise kein wirksames internationales Gesundheitsmanagement, ausgestattet mit starken Kompetenzen. Auch eine WHO ist in akuten Krisen darauf angewiesen, dass Länder kooperieren, Beobachter ins Land lassen, Daten zur Verfügung stellen. Sie sollten das natürlich schon aus Eigeninteresse tun – die Realität sieht allerdings anders aus. Deutlich zeigt sich auch, mit welch harten Bandagen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen um Einfluss gekämpft wird – nicht nur bei der WHO fällt China als Akteur besonders auf; als Akteur allerdings, der speziell das Vakuum nutzt, das die Vereinigten Staaten von Amerika entstehen lassen. Dass sich das ändert: vorerst wenig wahrscheinlich!

BRUTALE VERTEILUNGSKONFLIKTE IN SICHT

Zwangsläufig entsteht die Frage nach möglichen geopolitischen Konsequenzen der Coronakrise. Die Gewichte verschieben sich bereits seit Längerem, gerade der Machtanspruch der Volksrepublik China wird überall präsent. Getragen vom langjährigen Wirtschaftsboom, „tiefen Taschen“ und einer stringenten geopolitischen Strategie, fasst China in Regionen Fuß, die früher nur andere geopolitische Akteure kannten: in der Region des Indischen Ozeans, vor allem aber in Afrika und sogar in Lateinamerika. Selbst in Europa führen Investitionen und wirtschaftliche Abhängigkeiten dazu, dass chinesische Narrative greifen und ein einheitliches Handeln der Europäischen Union gegen formulierte chinesische Interessen kaum noch möglich erscheint. Erleichtert wird dies durch den Wandel von Haltung, Auftreten und Image der USA, aber auch durch innere Lähmungserscheinungen, fehlenden Selbstbehauptungswillen, Zögerlichkeit und miserable strategische Kommunikation der EU; sie hilft zwar mit Milliarden, nur zu bemerken scheint dies keiner. Eindrucksvoll das Krisenbild des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić, der die chinesische Flagge küsst und verkündigt, nur von dort komme wirkliche Hilfe – ein Vertrauen, das man auch bei deutschen Landräten finden kann.

Und Imagefragen zählen, nicht nur langfristig. Die jüngst veröffentlichte Studie der Körber-Stiftung und des *Pew Research Center* belegen dies eindrucksvoll. In der Wahrnehmung der deutschen Bevölkerung liegen China und die USA Kopf an Kopf, wenn es um die Frage der Wichtigkeit dieser Länder für uns geht. 44 Prozent sehen zwar Frankreich als den wichtigsten internationalen Partner, nur zehn Prozent dagegen die USA, denen China mit sechs

Prozent der Nennungen auf dem Fuße folgt. Das wird Auswirkungen haben, etwa wenn es um die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik, entsprechende Etats und den Zusammenhalt der NATO geht. Brutale Verteilungskonflikte sind absehbar. Neben der realen Unterfütterung dieser Tendenzen wirken auch ausgeklügelte Narrative bis hin zu Fake News, für die entsprechende Dienste der EU sowohl China als auch Russland verantwortlich machen – generell ist die Frage nach dem Ursprung von Verschwörungstheorien ein wichtiges Forschungsfeld. Auch die EU hat China längst als strategischen Rivalen identifiziert. Nur: Das eine ist die Analyse, das andere ein konsequentes Handeln auf ihrer Basis!

Der Worst Case wäre, wenn sich Deutschland und Europa zwischen China und den USA entscheiden müssten, wenn ein *decoupling,* also die Entkopplung von Wirtschafts- und Einflusszonen, nicht nur wirtschaftliche Konsequenzen hätte. Dass die Systemkonkurrenz in vollem Gange ist und speziell die USA China als den einzig relevanten Konkurrenten identifiziert haben, den es einzuhegen gilt, ist evident – der Umgang mit der Coronakrise ist dafür jenseits aller Rhetorik ein sichtbares Beispiel. „We have truly entered an American-Chinese bipolar struggle“, folgerte nicht nur Robert D. Kaplan (*The National Interest,* Juli/August 2019) schon vor der Coronakrise. Es stellt sich die Frage: Und wo bleibt Europa? Viele Menschheitsprobleme, auch das zeigt diese Krise, bedürfen globaler, gemeinsamer, regelbasierter Lösungen. Bei der Bewertung, mit welchen Partnern sich dabei nicht zuletzt wertebasiert Resultate erzielen lassen, ist Realismus allerdings immer hilfreich, der Differenzen relativierende Wunsch nach Äquidistanz eher nicht.

FOLGEN GESUNKENER ROHSTOFFPREISE

Die Krise wirft die Frage auf, welche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit den unterschiedlichen Akteuren künftig zur Verfügung steht, welche Konsequenzen tiefe ökonomische Verwerfungen für die globale Balance haben werden. Macht Deutschland es nicht richtig, so eine McKinsey-Studie, könnte es erst 2028 auf den Wachstumspfad zurückkehren. Neu in den Blick kommt in der Krise die Rolle des Staates im Wirtschaftsleben – auch mit neuen Begründungszwängen für unternehmerische Freiheit und die Marktwirtschaft. Fast flächendeckend tritt der Staat als Retter auf; nicht nur aus dem linken Spektrum wird noch mehr Einfluss für ihn gefordert, mit Konsequenzen für die weltweite Systemdiskussion.

Es steht dabei keineswegs fest, dass sich jüngst aufstrebende Wirtschaftsgiganten so weiterentwickeln, wie sie es sich selbst erhoffen. Indien ist ein besonderer Testfall, aber auch die anderen BRICS-Staaten Brasilien und Südafrika und sogar das chinesische Modell scheinen manchem auf wackeligeren Füßen zu stehen, als gemeinhin angenommen. Ganz zu schweigen von

Russland: Den Putin-Staat treffen die drastisch gesunkenen Rohstoffpreise mit voller Wucht, Öl- und Gasexporte sind das Schmiermittel, mit dem die Gesellschaft ruhiggestellt und der eigene ausgreifende Machtanspruch militärisch unterfüttert wird. Hier knirscht es. Was für Russland gilt, findet sich auch im Nahen Osten. Wie der saudische Kronprinz seine Transformationsideen in Zeiten enormer Haushaltslöcher wird finanzieren können, steht in den Sternen; der ganzen Unruheregion des Nahen Ostens – aber auch Ländern wie Algerien – drohen enorm schwierige Zeiten und eine nochmals erhöhte Instabilität.

NEUSTART MIT „GREEN DEAL“ VERBINDEN

Zurzeit verdrängen die aktuellen Fragen der Krisenbewältigung noch alle anderen, ohne dass diese an Relevanz verloren hätten. Im Gegenteil: Wir könnten erleben, dass sich andere Krisen verstärken, da Aufmerksamkeit und Mittel andernorts nicht mehr in gleicher Weise zur Verfügung stehen. Ein augenfälliges Beispiel ist die Bewältigung des Klimawandels. Gewaltig sind die Ansätze, die für einen ökologischen Umbau und notwendige Transformationen aufgerufen werden, etwa im Bereich der erneuerbaren Energien oder der Mobilität. Nun aber häufen sich die Signale, dass etwa in großen asiatischen Ländern verstärkt eigene Ressourcen wie Kohle mobilisiert werden, der Umbau auf die Zeit nach der Krisenbewältigung vertagt wird. Wieder und weiter steigende Armut in Afrika oder lateinamerikanischen Ländern wie Brasilien verheißt nichts Gutes für einen schonenden Umgang mit Naturressourcen und Artenvielfalt. Fortschreitende Klimaveränderungen könnten wiederum den Migrationsdruck erhöhen. Schnell könnte auch die Erreichung der *Sustainable Development Goals* (Ziele für nachhaltige Entwicklung, SDGs) der Agenda 2030 noch weiter aus dem Blick geraten, als sie es vielleicht ohnehin schon sind.

Vor diesem Hintergrund ist die Strategie der Europäischen Kommission, den „Wiederaufbau“ – ein Begriff wie Neustart wäre sicher treffender – nach der Krise mit Zukunftsinvestitionen und den Transformationsideen des *Green Deal* verbinden zu wollen, sicher die richtige. Ob sie sich verwirklichen lässt, reiht sich ein in die ohnehin schon lange Liste der hier aufgeworfenen Fragen.

„Gimme Shelter“ (The Stones): COVID-19

Die Corona-Pandemie erfordert einen radikalen Blickwechsel

ANNA MARGARETHA HORATSCHEK

Geboren 1952 in Steinfeld, Altstipendiatin und ehemalige Vertrauensdozentin der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2000 bis 2018 Inhaberin des Lehrstuhls für Englische Literaturwissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, seit 2016 Vizepräsidentin der Akademie der Wissenschaften in Hamburg.

Corona ist unheimlich. Sigmund Freud beschreibt das Unheimliche als etwas, das besser heimlich geblieben wäre, da es eine Erkenntnis erzwingt, die man lieber mit dem Siegel des Unbewussten versehen und aus dem Bewusstsein des Alltags verdrängt hätte. Auch Gesellschaften haben ihr je eigenes Verdrängtes; sozialpsychologische Theorien von Sigmund Freud, Jacques Lacan, Terry Eagleton oder Julia Kristeva haben das ausführlich beschrieben. Rebecca Solnit zeigt in ihrem Bestseller *A Paradise Built in Hell,* wie

Katastrophen diese kollektiven Verdrängungen freilegen, indem sie das Hamsterrad der habitualisierten Handlungs- und Denkgewohnheiten anhalten und so den Lack des gesellschaftlich geprägten Alltagsbewusstseins durchbrechen. Eine Katastrophe ist in der griechischen Tragödie die unerwartete Wendung zum Schlimmen, sie setzt den Prozess der Katharsis, der „seelischen Reinigung" der Zuschauer, in Gang.

Die Corona-Pandemie ist – aus europäischer Perspektive – die größte Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie macht sichtbar, was ansonsten in der Normalität aufging und unsichtbar war. Das Wort „Normalität" beinhaltet signifikanterweise die Norm: Normalität ist eine normierte Ordnung der Dinge, Werte und Menschen, die institutionell verankert, durch Rituale, Belohnungen und Sanktionen affirmiert und so naturalisiert wird, dass sie vielen Menschen als der einzig verfügbare Rahmen ihres Welt- und Selbstentwurfs gilt. Zerbricht dieser Rahmen, dann zerbricht das Gerüst, das Stabilität, Berechenbarkeit und Sicherheit suggerierte, solange es hielt.

Die radikalste Form der Unterbrechung der Normalität ist der Tod. In unserer spätmodernen Hochleistungsgesellschaft, in welcher die Idolisierung von Leistung, Effizienz, Mobilität und Vernetzung zum Dauerstress nicht nur der erwerbstätigen Generationen führt, zeigt der schlagartige Lockdown, die damit erzwungene soziale Isolierung und die – vielbeschworene, aber wenig praktizierte – Entschleunigung ähnlich drastische Wirkungen. In der Corona-Pandemie kommen Tod, radikale Verlangsamung und soziale Isoliertheit zusammen.

LET'S TALK ABOUT DEATH (MICHAEL HEBB)

Das allstündliche Sterben normaler Bürgerinnen und Bürger wird bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zunehmend aus dem Alltag verbannt. Gestorben wird heute alltagsfern in Krankenhäusern und Hospizen – Bedingung, Ursache und Folge für die Verdrängung des Todes aus dem Bewusstsein der Industrienationen. Unsere Meisterschaft in der Verdrängung dieser ungewollten Wirklichkeiten zeigt sich beklemmend bei Corona-Partys und ungeschützten Großveranstaltungen zu Zeiten der Pandemie.

Was aus dem Bewusstsein verdrängt ist, ist unbewusst und dem Zugriff der Sprache entzogen. Gepaart mit dem Verlust der Autorität von religiösen Ritualen, die Formen der Darstellung und der Verarbeitung von Tod und Trauer bereithielten, fehlen uns Worte, Bilder und Verhaltensmuster, die das Skandalon des Todes in die Diskurse des Lebens einbetten. Und so griffen die Fernsehmacher auf immer gleiche Bilder zurück, die das Grauen über das medizinisch unbeherrschbare Sterben in Formen bannen sollten: Warteschlangen von italienischen Militärlastwagen vor den Krematorien, beladen mit den Särgen von Corona-Toten; entkleidete Körper mit unkenntlich gemachtem Gesicht, eingespannt in eine Maschinerie von Schläuchen und medizinischen Messgeräten; dystopisch vermummte Gestalten, die aus gläsernen Drehtüren vor die Kameras traten und resignierte Ohnmacht ausdrückten. Im Gegensatz zu den Großaufnahmen verstümmelter Körper und schmerzverzerrter Gesichter in den abendlichen Krimis blieben die Toten ebenso wie die

existenzielle Einsamkeit der Schwerstkranken und des heroisch kämpfenden medizinischen Personals gnädig verborgen – und damit der Phantasie und dem Unbewussten der Betrachter überlassen. Nicht das Sterben, sondern die Unverfügbarkeit des Sterbens und des Todes wurde illustriert.

Diese Bankrotterklärung westlich-aufklärerischer Selbstmächtigkeitsideologien wurde angereichert durch die Untergrabung kollektiver Mythen des Alltags. Drei Beispiele: Obdachlose und Arme, die mit der Schließung der Heime und Tafeln keine Bleibe für die Nacht, keine Dusche und kein Essen haben, zerstören die glatte Fassade einer abgesicherten, reichen und gesättigten Wohlstandsgesellschaft; Eltern, die im Homeoffice abwechselnd den Computer benutzen und eventuell noch die Online-Schulaufgaben ihrer Kinder weitergeben und betreuen sollen, strafen den Mythos des Homeoffice als Arbeitsmodell der Zukunft – individuell zu handhaben, flexibel, eigenständig – Lügen: Homeoffice braucht eine zeitlich geregelte und zuverlässige institutionelle Infrastruktur, die Kinder versorgt, Mahlzeiten organisiert, das individuelle Zeitmanagement und die monologische Arbeitssituation bewältigen hilft, will heißen: Das „Familienleben" muss um fixe Arbeitszeiten herum organisiert werden – genau wie bei der aushäusigen Arbeit. Und schließlich der Mythos Familie als Lebensmittelpunkt: Sehr viele Paare, Eltern und Kinder ertragen es kaum, wochenlang nur aufeinander angewiesen zu sein, das Funktionieren des Familienverbandes ist angewiesen auf die gesellschaftlichen Netzwerke der einzelnen Familienmitglieder – von der Kinderkrippe über die Schule bis zum Altersheim. Familie ist für viele nicht Lebensmittelpunkt, sondern ein Knotenpunkt diverser Netzwerke – oftmals nicht der wichtigste.

Die Gegentherapie für diese allgemeinen Verunsicherungen: Expertengespräche, die den Tod auf ein medizinisches Phänomen reduzieren, das wir durch einen Impfstoff oder ein Medikament in absehbarer Zukunft werden beherrschen können. Und damit wäre der beunruhigende Blick in den Abgrund einer nur illusorischen Selbstmächtigkeit wieder verdeckt? Nicht ganz. Denn die vielen Professoren und wenigen Professorinnen in ritualisierten TV-Extras zeigten, wie mühsam das Geschäft der Forschung ist, wie unsicher der jeweils erreichte Wissensstand und wie falsch das Bild des autarken Individuums, das qua Intellekt die Welt erkennen und beherrschen kann. Sie weigerten sich, beruhigende Pseudogewissheiten in die Welt zu setzen, und markierten den begrenzten Geltungsraum ihrer Empfehlungen. Die allgemeine Aufkündigung vermeintlicher Sicherheiten machte damit vor der Epistemologie nicht halt: Explizierte und reflektierte Unsicherheit und Offenheit für Alternativen sind das neue alte Qualitätsmerkmal von Wissen. Ein Teil der herrschenden politischen Minderheit, allen voran die Kanzlerin – selbst ausgebildete Wissenschaftlerin –, hat diesen Paradigmenwechsel begriffen.

THE SAME, SAME OLD STORY (CAT STEVENS): DIE NEUE NORMALITÄT I

Und dann kam der Ausstieg aus dem Lockdown, sprachgeregelt als „die

neue Normalität“. Als erstes preschte ein Landesvater mit der Forderung vor, Autohäuser wieder zu öffnen. Nicht Kitas, Schulen, Universitäten, Pflegeheime, nicht Museen, Theater oder Sportstätten, nein: Autohäuser durften der Corona-verschreckten Kundschaft ihr technisch veraltetes Neublech als Kompensation für erlittene Entbehrungen anbieten, womöglich noch gefördert durch steuerfinanzierte Prämien – eine un-heimliche Überblendung von Politik und Wirtschaft.

Damit begann eine Serie dezidiert männlicher Selbstprofilierungen der politischen *folks on the hill* (John Lennon) durch immer neue Öffnungsstrategien, getrieben von ökonomischen Erwägungen und der Hoffnung, den diffusen Corona-Beschränkungsüberdruss der Bevölkerung in politisches Kapital umzumünzen. Beängstigend die Mischung aus Wunschdenken und Selbsttäuschung, wenn ein Landesfürst die Pandemie kurzerhand für überwunden erklärt und wenn einer seiner Kollegen das gesetzte Maximum an Neuinfektionen auf Landkreisebene für erneute Restriktionen des öffentlichen Lebens – fünfzig Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen – rechnerisch vervielfacht. Dabei erreichte nicht einmal die Hälfte aller Kreise je den gesetzten Wert, und die Coronakrise wäre nach dieser Zählung ein rein süddeutsches und nordrhein-westfälisches Phänomen gewesen.

Aber Medien und Bevölkerung spielten mit: Am Tag der Öffnung von Verkaufsflächen bis 800 Quadratmetern verkündete ein Mann im Menschen- und Warengetümmel eines Kaufhauses zur besten TV-Sendezeit: „Es ist wunderbar. Ich muss gar nichts kaufen – nur hier zu sein und zu wissen, dass ich das alles kaufen könnte: Das ist Freiheit.“

IMAGINE (JOHN LENNON): DIE NEUE NORMALITÄT II

Corona kam nach Deutschland und fegte in wenigen Tagen die unhinterfragten Selbstverständlichkeiten eines geregelten, abgesicherten und berechenbaren Alltags in einem der reichsten Länder der Welt vom Tisch. Und fast genauso schnell schienen sich die Menschen zu verändern, verdeckte Seiten offen zu legen, Vergessenes zu erinnern: fast entwöhnte Ruhe, leere Zeit-Räume. Noch nie habe ich so viele Menschen explizit sagen hören, dass sie die „alte“ Normalität nicht zurückhaben wollen: so schnell, so gestresst, so überfüttert mit Informationen, Gelegenheiten, Terminen, Einladungen und Verpflichtungen – und das von Menschen, deren ökonomische Existenz am Abgrund stand. Innerhalb von Tagen brachen sich Kreativität und zivilgesellschaftliche Hilfsbereitschaft in einem Ausmaß Bahn, das nur erstaunen konnte: Eine Studentin von gegenüber fragte, ob sie für mich einkaufen sollte, Kinder in Hamburg veranstalteten ein allabendliches Balkonkonzert für die Nachbarschaft, Videos, Witze und Mutmachtexte kamen von Adressen, die seit Jahren nichts von sich hatten hören lassen. Eine Welle der offenkundigen Freude am gegenseitigen Austausch sprach aus den Texten, Liedern und Bildern, die durch die sozialen Medien kursierten, eine Freude angesichts einer Katastrophe, für die es nach Rebecca Solnit keinen Namen gibt, „this emotion, in which the wonderful comes wrapped in the terrible, joy in sorrow, courage in fear“.

Nach Katastrophen ist ein solcher Ausbruch von Solidarität, Kreativität und Nächstenliebe die Regel, wie Solnit in

A Paradise Built in Hell an vielen Beispielen aufzeigt, und das belegt für sie zweierlei: zum einen, wie dünn die Schicht der kulturellen Prägung ist, die diese Bedürfnisse nach und diese Bereitschaft zu Nähe, Kreativität und Gemeinschaft verbirgt. Zum anderen entlarvt diese Reaktion – und darauf geht Solnit ausführlich ein – unser „everyday life as desaster“: Effizienz verträgt keine spielerische Kreativität, Eindruck schindet, wer unnahbar und unverletzlich auftritt, Autorität wird suggeriert durch zweckrationale Selbstkontrolle.

Die Leopoldina, gegründet 1652 und damit die älteste dauerhaft existierende naturforschende Akademie der Welt, steht nicht im Verdacht des Utopismus. Ihr Ad-hoc-Statement zur Corona-Pandemie vom 13. April 2020 versteht das globale Ausmaß der Pandemie ausdrücklich als „Chance zum gegenseitigen Lernen, zur Überprüfung der eigenen Reaktionen und zum Erwerb eines neuen Verhaltensrepertoires“, für die Leopoldina vor allem mit Blick auf „zivilisatorische Herausforderungen […] des Klima- und Artenschutzes und der transnationalen Kooperation“. Genau so wichtig ist es jedoch, die weniger greifbaren Missstände im eigenen Land anzugehen: überholte Mythen des Alltags und darauf gegründete (politische) Programme anzupassen, Werteskalen zu überdenken und systemische und institutionelle Veränderungen zu ermöglichen, die einer nicht-effizienten gemeinschaftsorientierten Lebenspraxis Raum geben für die Entwicklung von „another kind of society [supplying] connection, participation, altruism, and purposefulness“ (Solnit). Das ist nur ohne Patentrezepte möglich; unabdingbar dagegen ist die Bereitschaft der Politik, den nicht ökonomisierbaren Bedürfnissen der Menschen absolute Priorität zu geben, und das heißt einen radikalen Wechsel der Blickrichtung: Gemeinschaftsrelevant sind weder Banken noch die Großindustrie, sondern Menschen, die für hilfs-, freude- und liebesbedürftige Menschen und nicht in die eigene Tasche arbeiten, in Kindergärten, Krankenhäusern, Altersheimen, Bildungseinrichtungen, Theater und Kunst. Das einzig relevante Zeichen der Wertschätzung für diese Gemeinschaftsarbeit unter den Bedingungen des Spätkapitalismus ist das ökonomische: bessere Bezahlung, bessere Personalausstattung, bessere Förderungsmöglichkeiten. Gemeinschaftsarbeit – professionelle und zivilgesellschaftliche – braucht Zeit und Ruhe. Entschleunigung als Teil der „neuen Normalität“ zu ermöglichen und zu fördern, hat langfristig weitreichende systemische, institutionelle und kulturelle Konsequenzen. Denn wie die Kulturwissenschaftlerin Corinna Carduff in *Szenen des Todes* ausführt, „Zeit haben“, „in der Zeit sein“ und die Zeit wieder zu erfahren, ist die Voraussetzung, um die Welt und die Menschen jenseits der Forderungen des Tages in den Blick zu bekommen, im Bewusstsein der reziproken Verbundenheit und Abhängigkeit und im Horizont der gemeinsamen Vergänglichkeit.

Der Hinweis auf Sachzwänge und Nichtfinanzierbarkeit als Gegenargument für eine solche Normalität kann nach den einschneidenden Veränderungen der letzten Wochen, die in Deutschland in international bewundertem Tempo bewerkstelligt wurden, nicht mehr überzeugen: Wo der politische Wille, da sind auch Möglichkeit und Geld.

Multiversum der Realitäten

Corona als Katalysator für ein verändertes Politikverständnis

CHRISTOPH KLUNKER
Geboren 1975 in München, studierte Politik und Betriebswirtschaftslehre, ist in der freien Wirtschaft tätig.

Wenn das Ansteckungsrisiko gebannt scheint, aber vielen wirtschaftlichen Existenzen der Ruin droht, steigt die Gefahr, dass Vorsicht und Mäßigung einer Zukunftsangst und einer Müdigkeit bis hin zur Wut über vermeintlich übertriebene staatliche Einschränkungen weichen. Ein klassisches Präventionsparadoxon: Das relativ schnelle Herunterfahren sozialen Lebens führt zu einem vergleichsweise leichten Verlauf der Pandemie und begründet die Behauptung, dass die staatlichen (Schutz-)Maßnahmen zu übertrieben gewesen seien. Wie so oft werden Schuldige gesucht, anstatt sich an der konsensualen Lösungsfindung zu beteiligen. Verschwörungstheorie ersetzt Komplexität. Relativismus ersetzt Ethik. Restriktionen wie Lockerungen werden im Namen von Wissenschaft, Wirtschaft oder Grundgesetz begründet und gefordert. Zugleich nimmt die Emotionalisierung und Radikalisierung des politischen Diskurses zu – nicht allein in Deutschland. Man spricht nicht mehr mit-, sondern übereinander. Signifikante Teile der Gesellschaft werden von den demokratischen Parteien und Medien nicht mehr erreicht – ein Prozess, der seit Längerem zu beobachten ist, in der Krise jedoch eine neue Qualität erreicht.

AUSGANGSPUNKT ZUNEHMENDER SYSTEMKRITIK

Der hohe Grad der Vernetzung durch das Internet, bei dem der einzelne Bürger spontan seine Meinung kommunizieren und andere kommentieren kann, kreiert neue Realitäten und verschafft dem einzelnen Nutzer Macht, auch weil Organisation und Gruppenbildung erleichtert werden. Was früher den Medien- und Politikvertretern vorbehalten war, wird heute in einem Multiversum der Realitäten, die als Wahrheiten dargestellt werden, neu vermessen. Es gibt ihn längst, den Zusammenhang zwischen dem Grundrauschen im Netz auf der einen und der steigenden Gewaltbereitschaft gegen Institutionen und deren Vertreter auf der anderen Seite. Besonders beunruhigend ist, dass nicht mehr nur die extremen Ränder der Gesellschaft ihren Unmut oder gar Hass offen zur Schau stellen. Die Haltung befreit sich von der Skepsis, in den Protesten und Demonstrationen gegen die Coronabeschränkungen schlägt sie in eine Gewalt um, die mit dem moralischen Imperativ begründet wird. Das Leben spielt sich zunehmend in der eigenen Echokammer ab. Diese ersetzt die Selbstreflexion und beendet den gesamtgesellschaftlichen Dialog, auch weil die „anderen“ nur mit Kopfschütteln reagieren und letztlich ebenso in ihrer Echokammer gefangen bleiben. Man versteht sich nicht mehr. Auch wenn eine Figur wie Donald Trump in Deutschland eher unwahrscheinlich ist, so hat der Politikstil und damit auch die politische Kultur, wie wir sie heute in den USA beobachten können, die Parlamente in Europa längst erreicht. Wo liegen die Ursachen, und wie gilt es damit umzugehen?

Die zentrale These dieses Beitrags sieht das vorherrschende Menschenbild und das rationalistische, technische Politikverständnis als Ausgangspunkt von zunehmender Systemkritik und expandierenden Parallelstrukturen. Zugleich trieft der gesellschaftliche Diskurs geradezu vor Moralin und wird hierüber in immer weitere emotionale Höhen getrieben. Viele gehen offenbar von der Absolutheit menschlicher Erkenntnisfähigkeit aus, ein Anspruch, der so nie zu erfüllen ist. Das äußert sich in der Aufwertung der eigenen Position hin zur moralischen Leitschnur und der damit einhergehenden Diskreditierung Andersdenkender. Die Diskursgrenze verläuft entlang von verabsolutierten Wahrheiten, wobei sich die eine Seite auf die Wissenschaft beruft und die andere mit „alternativen Fakten“ aufwartet. Wichtig zu verstehen ist, dass Vertrauen ein emotional bedingtes Empfinden ist, das sich durch wiederholte Erfahrung manifestiert, aber auch verloren werden kann.

Einmal korrumpiert, bedarf es aufrichtiger Mühe und Zeit, es wieder zu gewinnen. Rationales und emotionales Denken bedingen sich also gegenseitig. Eben hieran scheitert das rationalistische Politikverständnis, weil es emotionales Verhalten als irrational wahrnimmt und dafür weder ein Verständnis aufbringen noch eine Antwort darauf geben kann.

„PRIMAT DER MEDIZIN“ VERZWERGT DIE POLITIK

Es mag nachvollziehbar sein, wenn Stimmungsbarometer, wissenschaftliche Studien, Statistiken, bestehende Gesetze oder das Grundgesetz als beliebte Rechtfertigungen für politische Entscheidungen herangezogen werden. Doch – so zeigt uns auch die aktuelle Krise – reicht ein derartig reduzierter Bezug offenbar nicht aus. Wenn von Politikern im Zuge der Coronakrise das „Primat der Medizin“ ausgerufen wird, verzwergt es die Politik zu einer Kommunikationsabteilung. Man könnte gar unterstellen, dass Politik versucht, sich ihrer ethisch-moralisch begründeten Verantwortung zu entziehen, und diese auf die Wissenschaft übertragen möchte – eine Aufgabe, die die Wissenschaft so nicht leisten kann und darf. Was in der Wissenschaft möglich ist – das Vergleichen verschiedener Theorien, das Durchführen wissenschaftlicher Experimente und ausgiebiger Untersuchungen –, bleibt der Politik gerade in Krisenzeiten verwehrt. Entscheidungen müssen unter hohem Zeitdruck auf Basis vieler unbekannter Faktoren getroffen werden. Zugleich müssen die vielen verschiedenen Interessen berücksichtigt und nach ethischen Aspekten gegeneinander abgewogen werden.

Wissenschaft fußt dagegen auf selbst definierten Annahmen und Vermutungen, um zu neuen Erkenntnissen zu kommen, die nicht mit (absolutem) Wissen gleichzusetzen sind. Im heutigen Politikverständnis werden jedoch nicht selten wissenschaftliche Ergebnisse als unanfechtbare „Fakten“ dargestellt und wahrgenommen. Es wird also suggeriert, mit Wissenschaft die letzten Wahrheiten erkennen zu können, und damit ein Versprechen gegeben, das letztendlich nicht gehalten werden kann. Allein schon deshalb, weil Wissenschaft von der Veränderung, der Erneuerung lebt, und Politik von der Legitimität, die ihr zugemessen wird, muss ein solches Politikverständnis zu Enttäuschungen und damit zum Vertrauensverlust führen. Diese selbstindizierten Folgen treiben den Keil immer tiefer in die Gesellschaft.

Was die Mathematik mit dem Gödel’schen Unvollständigkeitssatz oder die Physik mit der Quantenmechanik bereits erkannt haben, nämlich ihre eigene Beschränktheit, scheint vielen politischen Akteuren bisher noch verwehrt geblieben zu sein. Anhand der kontinuierlich steigenden Verfahren am Bundesverfassungsgericht, bei der die Legislative der Judikativen die eigene Entscheidungshoheit überträgt, lässt sich zumindest quantitativ ablesen, wie weit auch hier eine Verantwortungsverschiebung stattfindet. Das mag

kurzfristig machtstrategische Vorteile versprechen, insbesondere dann, wenn der Sündenbock für die negativen Folgen gesucht wird. Letztendlich, und das macht es umso prekärer, ist es ein Phänomen, das sich in allen Bereichen der Gesellschaft beobachten lässt. Einer Förderung der Eigenverantwortung, des Vertrauens in Eliten, des demokratischen Politikverständnisses oder der Eindämmung des allseits grassierenden Populismus gereicht diese Führungsschwäche wohl kaum zum Vorteil.

Selbstverständlich sind rationale Aspekte wie wissenschaftliche Ergebnisse oder Statistiken in politische Entscheidungen einzubeziehen. Theorie und Wissenschaft dürfen Politik aber nicht ersetzen, weil sie keine ethisch belastbaren Antworten geben können, ohne zu Ideologie und Religionsersatz zu werden. Schon David Hume erkannte, dass es keine „wissenschaftlichen Befehle“ geben darf: Aus der Erkenntnis, dass der Mensch essbar ist, folgt nicht die Legitimität des Kannibalismus. Auch Adam Smith formulierte mit der „unsichtbaren Hand“ keine rational gesteuerte Angebots- und Nachfragefunktion. Als Moralphilosoph beschrieb Smith vielmehr, wie Werte und Moralvorstellungen als unsichtbare Kräfte einer Gesellschaft den Markt regeln. Immanuel Kant, ganz dem deutschen Rationalismus verpflichtet, versuchte dagegen, Ethik und Moral auf die Verstandesebene zu verlagern, wohl auch, um sie universal begreifbar zu machen.

FATALE FOLGEN MORALISCHER SELBSTERHEBUNG

Unter dieser Betrachtung ist es auch zu erklären, warum moralische Auseinandersetzung und Entscheidung – im inneren wie im äußeren Diskurs – mit der Moralisierung des Diskurses verwechselt werden. Denn wenn „gute Moral“ für den Einzelnen rational begreifbar werden kann, wird der Mensch zum Schöpfer der eigenen Normenquelle, sobald er diese Moral logisch nachzuzeichnen vermag. Die Folgen einer solchen moralischen Selbsterhebung des einen über den anderen Menschen sind fatal – und schmerzlich bekannt.

Die geradezu reflexartige Ablehnung des Emotionalen und die Fixierung auf das Rationale werden unter Betrachtung der deutschen Geschichte nachvollziehbar, bedenkt man allein deren Abgründe im 20. Jahrhundert. Klammern wir Deutschen uns vielleicht deshalb krampfhaft an das Rationale, weil wir nicht in das rational unkontrollierbare Emotionale abgleiten wollen? Etwas provokanter gefragt: Hat sich der Fluch des Nationalismus vielleicht gerade deshalb in seiner Radikalität ausformen können, weil er auf fruchtbaren, ethisch-moralisch vernachlässigten Boden fiel? Können wir, unter der Annahme, dass der Mensch ein emotionales Wesen mit einem mehr oder minder starken Verstand ist, nicht beginnen, uns (wieder) mehr dem Hort menschlicher Emotionen, dem moralischen Urteilsvermögen zu widmen, gerade um auf diesem Gebiet (wieder) Orientierung und Sicherheit zu erhalten?

Zumindest ist es interessant, zu beobachten, wie stark das rationalistisch-technische Politikverständnis von der zunehmenden Verwendung moralisch geprägter Begriffe bestimmt ist, den ethisch-moralischen Aspekt aber nur oberflächlich, geradezu hilflos, oft auch nur nach Nutzenaspekten behandelt. Bis heute gelten Begriffe wie „Freiheit“, „Demokratie“, „Rechtsstaat“ oder „Menschenrechte“ zu Recht als etwas Gutes. Gern werden diese Begriffe aber benutzt, um der eigenen Position ein moralisches Upgrade zu verpassen. Verschwiegen oder vergessen wird, dass deren Umsetzung auch deshalb weitaus schwerer zu realisieren ist, weil sie meist im Widerspruch zueinander stehen und ihre Priorität und Bedeutung im konkreten Zusammenhang immer wieder neu bewertet werden müssen.

DER EIGENTLICHE DISKURS BLEIBT AUS

In diesem Zusammenhang ist das Interview mit Wolfgang Schäuble im *Tagesspiegel* (26. April 2020) anzuführen, in dem er einen Hinweis auf konkurrierende Werte wie „Menschenleben“ und „Menschenwürde“ gibt. Die entrüsteten Reaktionen machen deutlich, wie weit wir uns als Gesellschaft bereits vom Verständnis von Politik und dem Zusammenhang derselben mit Ethik entfernt haben. Der eigentliche Diskurs, was solche Begriffe in der jeweiligen Lage bedeuten und welche Handlungen daraus abzuleiten sind, bleibt aus. Ab einem gewissen Moment agieren solche Begriffe nur noch als Schlagworte, unter denen jeder etwas anderes versteht und auf die sich trotzdem alle berufen, um die eigene Haltung damit zu rechtfertigen. Besonders schnell verläuft dieser Prozess des moralischen Bedeutungsverlusts, wenn diese durchaus wichtigen Worte willkürlich und vornehmlich als Mittel der moralischen Diskreditierung des politischen Gegners oder der moralischen Aufwertung des eigenen Handelns dienen. So können Impfgegner, Reichsbürger, Linksradikale und andere ideologische Gruppen, die sonst nicht viel gemeinsam haben außer ihrer Wut gegen den Staat, demselben im Namen des „Grundgesetzes“ die Verletzung individueller „Freiheit“ vorwerfen und sich damit – moralisch selbstlegitimiert – seinen demokratisch legitimierten Vorgaben widersetzen, die – bittere Ironie – eigentlich ihrem Schutz dienen. Doch als nicht minder selbstgerecht lässt sich die moralisierende Verwendung dieser abstrakten Begriffe seitens der Politik beobachten. Insofern ist auch dieses Phänomen ein gesamtgesellschaftliches.

Schon Hermann Lübbe verwies auf eine Entwicklung, bei der der eigentliche Diskurs durch den erhobenen moralischen Zeigefinger ersetzt wird. Das ist nicht nur unklug, es ist auch gefährlich. Denn Moralisierung bedeutet die moralische Selbsterhebung über andere. Die sachliche Diskussion um die eigentliche Sache weicht dem ideologischen Kampf: Es wird mit „Tatsachen“ versucht, die eigene, vermeintlich rational und sachlich begründete

Moral als einzig richtige zu rechtfertigen. Die eigene Logik wird mit „Wahrheit“ gleichgesetzt, die des anderen als (bewusste) „Lüge“, „Dummheit“ oder (unbewusster) „Irrweg“ abgetan. Die (jeweils eigenen) Zahlen und Quellen beweisen es doch! Aber was geschieht, wenn es viele unterschiedliche Zahlen und Quellen gibt, die als Wahrheit gelten und zu gegensätzlichen Ergebnissen kommen? Wenn also die eigene Meinung zur universalen Normenquelle und allgemein gültigen Moral wird? Dann wird aus Dialog Krieg, in dem jeder Kompromiss als Verrat und Niederlage gilt. Diese Sicht würde zumindest erklären, warum wir politische Diskurse zunehmend als emotional verengte Grabenkämpfe erleben, bei denen gerade der Verstand beziehungsweise die Ratio auf der Strecke bleibt.

ABSOLUTE WAHRHEIT BLEIBT DEM MENSCHEN VERWEHRT

Die Klimadiskussion, die Regulierung des Finanzmarktes, die Flüchtlingskrise oder der Suchprozess nach der europäischen Idee und deren Zukunftsfähigkeit sind prägnante Beispiele der letzten Zeit. Der Austausch rationaler Argumente und der Diskurs um moralische Fragen weichen erst Empörung, dann persönlicher moralischer Diskreditierung und, wenn es schlimm kommt, sogar physischer Gewalt. Edmund Burke, ein weiterer Zeitgenosse Humes, hatte vor dieser Entwicklung gewarnt und bezeichnete deshalb die Demut als die höchste Tugend des Menschen und als die wichtigste des Politikers: die Fähigkeit, zu erkennen, dass die absolute Wahrheit dem Menschen verwehrt bleibt, er sich dieser aber – auch mithilfe der Wissenschaft – im Dialog mit anderen nähern kann. Unter dieser Prämisse sind Kompromisse auch keine Niederlagen und gemachte Fehler nicht Grund medialer Steinigung, sondern Lernstoff und Basis für Reformen. Dann ist auch der Weg frei für sachlichere Auseinandersetzungen, einen neuen Mut, Entscheidungen zu treffen und dafür auch einzustehen. Insofern kann eine Rückbesinnung auf das christliche Menschenbild gerade heute hilfreiche Lehre sein und die nötige Gelassenheit bringen: nämlich das Bewusstsein über die Begrenztheit menschlicher Erkenntnis, aus der das ethische Gebot des gegenseitigen Respekts und die Einsicht in die eigene Fehlbarkeit abgeleitet werden. Diese notwendige Selbsterkenntnis aller Beteiligten wäre der erste Schritt hin zu einem ausgeglichen(er)en Politikverständnis und einer zivilisiert(er)en politischen Kultur in unserem Land, in Europa und der Welt.

Push für die Digitalisierung

Veränderungen in der Arbeitswelt

JUTTA RUMP
Professorin für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Internationales Personalmanagement und Organisationsentwicklung an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen, Direktorin des Instituts für Beschäftigung und Employability (IBE), Ludwigshafen.

Die Digitalisierung ist nach wie vor eines *der* Themen der letzten Jahre und der Gegenwart. Die Coronakrise hat das Thema aus den Schlagzeilen verdrängt, aber ihm in der Praxis einen enormen Schub gegeben. Gestartet ist die Digitalisierung als rein technologische Debatte. Dennoch hat sie es vermocht, nicht nur die gesellschaftliche und technologische Diskussion zu prägen, sondern auch maßgeblich den wirtschafts- und arbeitspolitischen Dialog zu beeinflussen. Die zahlreichen Veröffentlichungen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, weisen zwar eine große Bandbreite auf, sind sich jedoch in einem Punkt weitgehend einig: Die Digitalisierung ruft insbesondere in der Wirtschafts- und Arbeitswelt eine nie da gewesene Veränderungsgeschwindigkeit hervor, mit der es umzugehen gilt. Dies war bereits vor der Coronakrise so; nun steht sie angesichts einer enormen Zunahme des Homeoffice vor aller Augen. Welche großen Trends waren schon früher zu beobachten? Inwiefern werden sie durch die Krise verstärkt?

Die Konsequenzen der Digitalisierung für die Arbeitswelt werden häufig als die vierte Dimension der Digitalisierung bezeichnet. Die *erste* Dimension der Digitalisierung betrifft die Technologie, die *zweite* Dimension fokussiert auf die Geschäftsmodelle, die mit Digitalisierung verbunden sind, die *dritte* Dimension nimmt den Einfluss auf Wertschöpfungsketten, Prozesse und Strukturen in den Blick.

Um eine ganzheitliche Perspektive hinsichtlich der Veränderungen in der Arbeitswelt einzunehmen und gleichzeitig die Komplexität zu erfassen, bedarf es einer Analyse der folgenden Themenstellungen: Einfluss der Digitalisierung auf die *Mikroebene* im Betrieb (arbeitsplatzbezogene Faktoren), auf die *Mesoebene* im Betrieb (Führung, Organisation, Qualifizierung et cetera), auf die *Makroebene* (volkswirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Faktoren und Bedingungen) und auf die *Metaebene* (gesellschaftliche, rechtliche und politische Faktoren und Bedingungen).

TAKTGEBER MENSCH ODER MASCHINE

Digitalisierung und digitale Transformation verändern auf der *Mikroebene* die Arbeitsprozesse, -strukturen und -bedingungen. Potenzielle Folgen können eine zunehmende Arbeitsverdichtung, eine höhere Arbeitsgeschwindigkeit und eine höhere Komplexität in einigen Bereichen sein. Der Arbeitsplatz selbst erfährt nicht selten eine Veränderung der Interaktion von Mensch und Maschine. Haben die digitalen Technologien eine große Bedeutung und einen großen Einfluss am Arbeitsplatz, stellt sich die Frage, wer „den Takt vorgibt" – der Mensch oder die Maschine – und bei welchen Tätigkeiten der Mensch im Mittelpunkt steht. Bei manuellen und/oder kognitiven Tätigkeiten nicht nur in einfachen, sondern auch in komplexen Arbeitsprozessen besteht mehr und mehr die Möglichkeit der (Teil-)Automatisierung. Dies wird zwangsläufig mit einer Anpassung der Arbeitsstrukturen verbunden sein (müssen).

In der Diskussion darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass mit der Digitalisierung und dem Einsatz digitaler Technologien am Arbeitsplatz auch Entlastungseffekte verbunden sein können. Assistenzsysteme erleichtern das Arbeitsleben. Es bestehen somit auch mehr Möglichkeiten des Einsatzes leistungsgewandelter Beschäftigter. Zudem befördert die Digitalisierung die Entkoppelung von Ort und Zeit am Arbeitsplatz. Mobile Arbeitsmodelle sind aus der technischen Sicht leichter umsetzbar als bisher. Mit den vielfältigen Möglichkeiten der mobilen Arbeitsmodelle wird eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und privater Lebenssituation verbunden.

Darüber hinaus treibt die Digitalisierung die virtuelle Kommunikation und Kooperation. Es ist nicht mehr notwendig, gemeinsam in einem realen Raum zu sein, um miteinander zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten. An dieser Stelle sei angemerkt, dass die digitale Transformation in der Arbeitswelt nach vier Kriterien umgesetzt werden sollte: technologische Möglichkeiten, ökonomische Machbarkeit, Sinnhaftigkeit und ethische Vertretbarkeit.

Nicht alles, was technologisch möglich ist, ist sinnvoll, stellt eine ausgewogene Kosten-Nutzen-Relation dar und spiegelt ethische Grundsätze wider.

TREND ZUR DEMOKRATISIERUNG

Auf der *Mesoebene* hat Digitalisierung Einfluss unter anderem auf Führung, Organisation und Qualifizierung. Um in der sogenannten VUKA-Welt (Volatilität, Unsicherheit, Komplexität, Ambiguität), die mit der digitalen Transformation einhergeht, mithalten zu können, setzen Unternehmen zunehmend auf agile Organisation und *New-Work*-Konzepte. Diese Organisations- und Arbeitskonzepte zeichnen sich durch eine hohe Adaptionsfähigkeit aus. An die Stelle der klassischen Hierarchie treten vernetzte Arbeitsformen beziehungsweise die klassische Linienorganisation wird um die vernetzte Arbeitsorganisation ergänzt.

Teams in agilen Kontexten agieren weitgehend selbstorganisiert, eigenverantwortlich und auf Augenhöhe. Unter solchen Rahmenbedingungen verändern sich klassische Führungsstrukturen und -kulturen. Es wird von Demokratisierung von Führung gesprochen, womit in einem ersten Schritt hier vermutlich eher eine weitere Partizipation gemeint ist. Die steigende Partizipation und der Trend zur Demokratisierung von Führung sind mit einem bestimmten Mitarbeiterbild und einem Kompetenzprofil verbunden. Neben fachlicher Kompetenz und Medienkompetenz bedarf es eines hohen Maßes an Methoden- und Sozialkompetenzen. Zudem ist ein hohes Maß an Lernbereitschaft und -fähigkeit sowie Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit erforderlich. Beschäftigte mit einem solchen Rollenverständnis und Kompetenzprofil erwarten von Führungskräften ein Verhaltensmuster, das eher einem Koordinator, Motivator und Coach gleicht.

Arbeitsmarktpolitisch und volkswirtschaftlich *(Makroebene)* ist unter anderem die Auswirkung der digitalen Transformation auf die Bildung von besonderem Interesse. Es ist davon auszugehen, dass sich Anforderungen an Kompetenzen und Qualifikationen ändern. Von steigender Bedeutung sind Grundkompetenzen in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Grundkompetenzen), Medienkompetenz, Methoden- und *Social Skills,* emotionale und soziale Kompetenz, kreative Kompetenz, Lern- und Veränderungsbereitschaft sowie -fähigkeit, Fähigkeit im Umgang mit Geschwindigkeit und Komplexität, Selbstmanagement und lebenslanges Lernen.

Auch die Fähigkeiten, mit und ohne direkten persönlichen Kontakt zu kommunizieren und zu kooperieren sowie Wissen zu teilen, gehören zu den essenziellen Anforderungen. Dabei werden der gesamte Arbeitsmarkt und die Gesellschaft in den Blick genommen. Einige Experten fordern, dass in der Schulbildung, der Ausbildung und den (außer)betrieblichen Qualifizierungen die Entwicklung von IT- und Medienkompetenzen sowie *Digital Skills* nicht als gesondertes Unterrichtsfach, sondern als „durchlaufender Posten“ implementiert werden muss. Angesichts des Bedeutungszuwachses überfachlicher Kompetenzen sind Bildungskonzepte erforderlich, die das lebenslange Lernen und die Fähigkeiten zum *Change Management* kontinuierlich auf der Agenda haben.

Aufgrund des enormen Veränderungsausmaßes ist die digitale Transformation mit Befürchtungen und Veränderungsängsten verbunden, mit denen die Gesellschaft *(Metaebene)* umgehen muss. Es liegt in der Verantwortung der Akteure des Systems Arbeit, wie Arbeitgebern, Sozialpartnern und Politik, Szenarien bezüglich der Konsequenzen der Digitalisierung jenseits von Technik zu erstellen und somit mehr Informationen darüber zu generieren, was auf die Menschen zukommt. Nur so lassen sich Unsicherheit und Verunsicherung in der Gesellschaft reduzieren.

Nicht zuletzt ist zu konstatieren, dass rechtliche Strukturen und Regelungen an veränderte Arbeitsformen und Beschäftigungsverhältnisse angepasst werden müssen. Zudem verändern sich die Anforderungen an Sozialpartnerschaft. Tarifverträge mit kollektiv geprägten Regelungen werden vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Arbeitswelt die Handlungsfähigkeit eher behindern als befördern. Es wird vielmehr darauf ankommen, dass bestimmte Mindeststandards, die für alle gelten, durch modular ausgerichtete Regelungen ergänzt werden.

„KEHRE ZURÜCK AUF LOS“ EHER UNWAHRSCHEINLICH

Die Coronakrise treibt die digitale Transformation. Laut der Studie *Personalpolitik in der Coronakrise* werden mit der Krise nicht nur Risiken, sondern auch Chancen verbunden. Sie erzeugt unter anderem Rückenwind für mobile, virtuelle Organisations-, Arbeits- und Lernformen. Während beispielsweise Homeoffice viele Jahre lang eine Arbeitsform für bestimmte Beschäftigtengruppen mit „Sonderstatus“ war, ist daraus innerhalb kürzester Zeit eine Arbeitsform für alle geworden. Eine Rückkehr in die alte Welt der Präsenzkultur im Sinne der Monopoly-Regel „Kehre zurück auf Los“ ist eher unwahrscheinlich. Natürlich werden nicht alle zu hundert Prozent im Homeoffice bleiben, wenn die Krise vorbei ist, jedoch ist es sehr wahrscheinlich, dass mehr und mehr Beschäftigte in Mischformen arbeiten werden.

Virtuelle Kommunikation und Kooperation, eine Notwendigkeit während der Coronakrise, erfahren ebenfalls eine Aufwertung und Verbreitung. Im täglichen Einsatz werden die Vorteile ebenso wie die Grenzen schnell sichtbar. Aufgrund der Erfahrungen wird sich das Mobilitätsverhalten ändern. Nicht jedes Meeting muss vor Ort stattfinden oder mit einem Ortswechsel verbunden sein. Die Anzahl und der Umfang von Geschäftsreisen werden sich reduzieren.

Darüber hinaus treibt die Krise die Digitalisierung der Prozesse, Wertschöpfungsketten und Geschäftsmodelle. In diesem Zusammenhang dürfen die finanziellen Möglichkeiten nicht außer Acht gelassen werden. Wie sieht die digitale Transformation in den nächsten Jahren aus, wenn die mit der Coronakrise verbundenen wirtschaftlichen Folgen zu weniger Finanzmitteln führen? Da weniger Geld zur Verfügung stehen dürfte, gleichzeitig aber die Investition in Digitalisierung mehr denn je als notwendig erachtet wird, „muss nun strategisch agiert" und „mit Prioritäten gearbeitet werden". Wichtig ist hierbei, dass „strategisches Agieren" nicht nur Technologie und Prozessgestaltung sowie Produktivitätssteigerungen und Kostenreduktionen im Blick hat, sondern auch auf die Arbeitswelt fokussiert.

Schon seit einiger Zeit erkennbar, aber durch die Coronakrise verschärft, ist ein Gegentrend zur bisher praktizierten globalisierungsbedingten Verlagerung zu erkennen. Zunehmend entscheiden sich Unternehmen für das sogenannte *Inshoring* oder *Reshoring.* Das bedeutet, dass ausgelagerte Prozesse zurück in das Ursprungsland geholt werden. Hintergrund ist, dass die Kostenvorteile in den klassischen *Offshoring*-Ländern vielfach schwinden, insbesondere im Hinblick darauf, dass die Errungenschaften der Digitalisierung im Kontext von Industrie 4.0 ebenfalls zu deutlichen Kostenreduktionen und Kapazitätsverbesserungen führen können. Darüber hinaus zeigt die Coronakrise, dass ausschließlich ökonomisch ausgerichtete Wertschöpfungs- und Lieferketten zu Versorgungsengpässen führen können. Digitalisierung kann hier eine Lösungsoption bieten.

MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND ARBEITSUMGEBUNGEN

Ein weiterer Aspekt, der durch die Coronakrise in den Fokus gerückt wird, ist Einfacharbeit beziehungsweise *Basic Work.* In der Coronakrise sind es viele *Basic Worker,* die uns versorgen – im Supermarkt, in der Straßenreinigung, in der Wasserwirtschaft, in den Notfalldiensten, in der Produktion von Schutzmasken und so weiter. Wir alle sind dankbar für ihren Einsatz! Gleichzeitig wird die Coronakrise dazu genutzt, sich verstärkt Gedanken darüber zu machen, wie in der Volkswirtschaft, in den Betrieben, aber auch in unserer Gesellschaft die Digitalisierung und digitale Automatisierung beschleunigt

werden können. Es gilt – so der wirtschaftliche Tenor –, die Gunst der Stunde und der Situation zu nutzen, um den digitalen Umbau zu gestalten.

Dabei sollte jedoch bedacht werden, dass dies auch und vor allem die *Basic Work(er)* trifft. Einerseits wird Digitalisierung das Arbeiten erleichtern. Andererseits: Eine Tätigkeit muss nicht unbedingt wegfallen, aber die Wahrscheinlichkeit, dass eine menschliche Tätigkeit eine Art „Erfüllungsgehilfe" eines Systems / einer Maschine wird, ist hier durchaus gegeben. Wie gestalten wir dann menschenwürdige Arbeit und Arbeitsumgebungen unter Berücksichtigung der corona-bedingten Beschleunigung der digitalen Transformation?

Nicht zuletzt: Die schulische und akademische Ausbildung sowie die Aus- und Weiterbildung haben ebenfalls den Corona-Rückenwind erfahren. Hier zeigen sich schon nach kurzer Zeit enorme Zuwächse an Online-Formaten und digitalen Lerninhalten mit teils sehr kreativen Ansätzen. Vieles, was zuvor „auf die lange Bank geschoben wurde", wird nun innerhalb vergleichsweise kurzer Zeit – wenngleich zuweilen noch nach dem Prinzip des „Trial and Error" – umgesetzt, was jedoch mit den Prinzipien der agilen Arbeitsformen durchaus vereinbar ist.

Literatur

Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Digitalisierung und Industrie 4.0 verändern schon jetzt den Arbeitsmarkt. Interview mit Hans-Peter Klös IW", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.04.2017.

Fraunhofer IAO (Hrsg.): New Work: Best Practices und Zukunftsmodelle, Stuttgart, http://publica.fraunhofer.de/eprints/urn_nbn_de_0011-n-5436648.pdf [letzter Zugriff: 27.04.2020].

Giersberg, Georg: „Gesucht werden Ingenieure mit Verkaufstalent", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.04.2017.

Harvard Business Review: Reassessing Digital Transformation. The Culture and Process Change Imperative, Watertown, MA., www.redhat.com/cms/managed-files/cm-harvard-business-review-digital-transformation-pulse-survey-f14828-201811-en.pdf [letzter Zugriff: 27.04.2020].

Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Digitalisierung: Systematisierung der Trends im Strukturwandel – Gestaltungsaufgabe für die Wirtschaftspolitik, IW policy paper 15/2016, www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2016/317419/IW_policy_paper_2016_15_Digitalisierung.pdf [letzter Zugriff: 27.04.2020].

Rump, Jutta / Eilers, Silke: Die vierte Dimension der Digitalisierung – Spannungsfelder in der Arbeitswelt von morgen, Heidelberg 2020.

Rump, Jutta / Brandt, Marc / Eilers, Silke: Personalpolitik in der Coronakrise. Eine Studie des Instituts für Beschäftigung und Employability (IBE), Ludwigshafen 2020.

Rump, Jutta / Eilers, Silke: „Im Fokus: Digitalisierung und soziale Innovation. Konsequenzen für das System Arbeit", in: Rump, Jutta / Eilers, Silke (Hrsg.): Auf dem Weg zur Arbeit 4.0. Innovationen in HR, Heidelberg 2017, S. 83.

Welpe, Isabelle / Brosi, Prisca / Schwarzmüller, Tanja: Digital Work Design: Die Big Five für Arbeit, Führung und Organisation im digitalen Zeitalter, Frankfurt / New York 2018.

Viren als Waffen

Eine politische Rahmenordnung für Biosecurity ist notwendig

NIKOLAUS KNOEPFFLER
Geboren 1962 in Miltenberg, Vertrauensdozent der Konrad-Adenauer-Stiftung, Inhaber des Lehrstuhls für Angewandte Ethik, Leiter des Bereichs Ethik in den Wissenschaften und des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin sowie Dekan der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Im Jahr 356 v. Chr. entzündete Herostratos den Tempel der Artemis in Ephesos, um seinen Namen unsterblich zu machen. Die unglaublichsten Taten können real werden. Deshalb muss vorausschauendes Denken selbst den größten Schrecken in Betracht ziehen, um ihn bekämpfen zu können. So könnte die COVID-19-Pandemie der Auslöser für Bioterroristen, aber auch für eine ebenso geltungssüchtige Person wie Herostratos sein, durch die Entwicklung eines Supervirus in die Geschichte einzugehen.

Vermutlich hat nämlich eine einzige Person, die sich mit dem SARS-CoV-2 kontaminierte, eine Pandemie in Gang gebracht, in deren Verlauf weltweit Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen von Menschen ihr Leben verlieren. Durch den Lockdown haben allein in den USA mehr als zwanzig Millionen Menschen ihre Arbeit und damit auch ihre Krankenversicherung verloren, da sie in der Regel über den Arbeitgeber versichert sind. Viele von ihnen können sich deshalb keine hinreichende gesundheitliche Versorgung leisten. In Afrika und Indien bedrohen die strengen Hygieneregeln den Lebensunterhalt der Ärmsten der Armen, der Tagelöhner und Gelegenheitsjobber. In Kenia beispielsweise haben Maßnahmen als unerwünschten Nebeneffekt zu einem Stopp lebenssichernder Abwehrmaßnahmen gegen Malaria oder andere Infektionskrankheiten geführt. Millionen zusätzliche Hungertote werden befürchtet. In Spanien und Italien kam es zu dramatischen Triage-Situationen: Ärztinnen und Ärzte hatten zu entscheiden, wer die letzte Beatmungsmaschine, wer das letzte Intensivbett bekam und wer nicht und damit zum Erstickungstod verurteilt war. In Deutschland sind uns derartige Situationen bisher erspart geblieben. Die Zahl der Toten ist im Verhältnis zu anderen Staaten moderater. Durch Kurzarbeit konnte viel Leid abgefedert werden. Dennoch haben auch hierzulande Menschen ihr Leben oder ihr Lebenswerk verloren. Nicht wenige Unternehmen sind insolvent oder von der Pleite bedroht. Psychische Erkrankungen haben zugenommen. Der Alkoholkonsum stieg um mehr als 25 Prozent.

Diese Pandemie könnte eine Steilvorlage für Terroristen sein, denen es darum geht, Angst und Schrecken in einem Ausmaß zu verbreiten, das alles bisher Dagewesene bei Weitem übersteigt. Warum ist diese Gefahr real?

Bereits in den Jahren 2012 und 2013 publizierten drei unabhängige Forschergruppen aus den USA, den Niederlanden und China brisante und zugleich bahnbrechende Experimente mit dem Vogelgrippevirus H5N1.[1] Sie konnten zeigen, dass dieses Virus gezielt für Frettchen und Meerschweinchen, also Säugetiere, infektiös gemacht werden konnte. Hintergrund des Experiments war, dass dieses Virus in seltenen Fällen auch Menschen infizieren kann. Diese Infektion verläuft dabei meist tödlich. Die Forscher beabsichtigten, im Vorgriff auf in der Natur mögliche Mutationen des Virus den Worst Case vorwegzunehmen. Sie veränderten deshalb das Virus so, dass es für Säugetiere infektiös wurde. Damit lieferten sie den Nachweis, wie wichtig es ist, sich auf derartige Pandemien vorzubereiten. Durch SARS-CoV-2 ist für das Coronavirus weltweite Realität geworden, was im Labor für das Vogelgrippevirus experimentell angedacht worden war.

Dabei hatten diese Experimente eine Schattenseite.[2] Sie wurden als so gefährlich eingeschätzt, dass die Herausgeber des Magazins *Science and Nature* sich die Frage stellten, ob es überhaupt zulässig und ethisch vertretbar sei, derartige Forschungsergebnisse zu publizieren und damit Terroristen Baupläne für eine Terrorwaffe zu liefern. Als den Herausgebern jedoch klargemacht wurde, dass jeder digitale Einreichungsprozess unsicher, also der Artikel möglicherweise bereits digital abgegriffen worden war, gab es keinen Grund mehr, ihn der Wissenschaftscommunity vorzuenthalten. Kanadische Forscher haben deshalb 2017 gezögert, ihr Experiment zur Publikation einzureichen. Sie hatten mithilfe der synthetischen Biologie das Pferdepockenvirus, das in der Natur ausgestorben ist, nachgebaut. Die dazu nötigen Abschnitte des Virusgenoms hatten sie bei einer Regensburger Firma bestellt. Die Herstellung eines solchen Virus ist so einfach, dass dafür die Kenntnisse eines Masters in Biologie ausreichen.[3] Warum ist dies so einfach?

Unter anderem die Entdeckung der CRISPR/Cas-Methode 2012 vereinfachte und verbilligte gentechnische Eingriffe in einem nicht für möglich gehaltenen Ausmaß. Die Methode erlaubt es, Genome aller Lebewesen einschließlich der Genome von Viren zu verändern und damit superpotente Viren als biologische Waffen zu schaffen.

Prinzipiell lässt sich das Verfahren so erklären: Bakterien erkennen Virusinfektionen dadurch, dass sie sich die DNA des entsprechenden Virus merken. Sie speichern die Viren-DNA-Abfolge ab. „Diesen Speicherort mit einem einzigartigen DNA-Muster nennt man CRISPR.“[4] Das Cas-Protein dient als Genschere. Es zerschneidet die Viren-DNA und macht das Virus dadurch replikationsunfähig und damit ungefährlich. Durch CRISPR/Cas ist es möglich, gezielt bestimmte Stellen im Genom zu finden, vergleichbar der Suchfunktion eines Textverarbeitungsprogramms, mit deren Hilfe man bestimmte Textstellen finden kann, und im Genom Genabschnitte zu entfernen oder Gene aus anderen Quellen einzuführen, wie es im Textverarbeitungsprogramm möglich ist, einzelne Buchstaben, aber auch Wörter oder Textstellen zu löschen, zu ersetzen oder zu ergänzen.

GENERALPROBE FÜR DEN KATASTROPHENFALL

Da das Verfahren so einfach ist und die Biobausteine, sogenannte *Biobrics,* leicht zugänglich sind, kann praktisch jeder in ihren Besitz kommen. Die Methode ist verhältnismäßig leicht zu lernen; wie gesagt, ein Master in Biowissenschaften dürfte reichen.

Man stelle sich vor, jemand mit hinreichenden biologischen Kenntnissen hat die Überzeugung, die Menschheit sei das Krebsgeschwür des Planeten und gehöre ausgelöscht. Dieser Terrorist könnte eine Pandemie ungekannten Ausmaßes auslösen. Er hätte mit der CRISPR/Cas-Methode und der synthetischen Biologie Werkzeuge an der Hand, mit denen er noch gefährlichere Viren als das SARS-CoV-2 herstellen könnte. Man stelle sich nur vor, das Virus ließe sich so transformieren, dass es unser Immunsystem genauso wie das HI-Virus austricksen könnte. Das Virus wäre dann für jeden tödlich, weil unser Immunsystem diese Lungenkrankheit nicht würde stoppen können. Dann würden nicht nur einige, sondern alle Menschen, die an COVID-19 erkranken, sterben. Der Menschheit würde ihr Ende drohen.

In gewisser Weise ist die derzeitige Pandemie trotz ihrer furchtbaren Schäden und Belastungen damit auch eine Generalprobe für diesen Katastrophenfall. Allerdings lassen sich sogar zusätzliche Schreckensszenarien vorstellen, beispielsweise die Einleitung derartiger Viren über die Wasserkanalisation.

Das eigentliche Problem für den Terroristen bestünde darin, für sich selbst sichere Herstellungsbedingungen zu garantieren, da anderenfalls die Gefahr der Selbstansteckung bei der Herstellung sehr hoch wäre. Aber selbst sichere Herstellungsbedingungen würden nicht garantieren, bei Freisetzung des Virus selbst geschützt zu bleiben.

Mehrere Szenarien sind vorstellbar, die meist bereits filmisch oder im Roman angedacht worden sind. Wenn dem Terroristen sein eigenes Leben egal ist, besteht die einzige Chance, die Ausbreitung eines

Supervirus zu verhindern darin, strengste Hygienemaßnahmen zu ergreifen und einen noch viel extremeren Lockdown durchzusetzen. Viele Staaten, die in der COVID-19-Pandemie mit hohen Infektions- und Todeszahlen zu kämpfen hatten, hatten nicht rechtzeitig reagiert. Selbst im Mai 2020 verfügten viele Staaten über keine hinreichende Anzahl von Tests. Zudem waren bestimmte angebotene Tests nicht seriös.

„HOMO DEUS“

Es lässt sich aber auch ein Terrorist vorstellen, der ein Virus schafft, das keine sichtbare rasche Wirkung zeigt, sondern langfristig zu Schäden führt, sozusagen ein HI-Virus 2.0. Wenn ein solches Virus unerkannt in die Welt gesetzt wird und diese durchseucht, besteht keine Chance mehr, seine Wirkung zu verhindern. Dan Browns Roman *Inferno* spricht in gewisser Weise diese Bedrohung an. Der Terrorist setzt ein Virus aus, das ein Drittel aller Menschen unfruchtbar macht. Sein Ziel: Verhinderung der Überbevölkerung. Teilt der betreffende Terrorist niemandem seinen Plan mit, erreicht er mit hoher Wahrscheinlichkeit sein Ziel.

Die dritte Variante der Möglichkeiten findet sich im Hollywoodfilm *Mission Impossible II.* In diesem Film geht es einer Pharmafirma darum, ein Virus und zeitgleich das Gegenmittel herzustellen. Ziel ist es, das Virus freizusetzen und anschließend mit dem Gegenmittel ein gigantisches Geschäft zu machen. Allerdings gerät das Virus im Film in die falschen Hände, wodurch die Firma erpressbar wir.

Als vierte Variante wäre ein Virus denkbar, das nur bestimmte Bevölkerungsgruppen eliminiert. Yuval Harari hat in *Homo Deus* beschrieben, wie das Grippevirus und andere Infektionen, die nur für wenige Europäer tödlich waren, die einheimischen Bevölkerungen Lateinamerikas und Hawaiis dramatisch reduzierten. Rassistische Terroristen könnten mit derartiger Zielsetzung ein für bestimmte Gruppen tödliches Virus schaffen, aber auch politische Führer könnten derartige Biowaffen gegen Minderheiten im eigenen Land einsetzen, die genetisch im Unterschied zur herrschenden Gruppe für ein solches Virus „empfänglich“ wären. Auch zwischen Staaten ließe sich ein solches Virus als Waffe vorstellen, wenn diejenigen, die die Waffe einsetzen, sich sicher wären, das Virus würde nur Menschen befallen, die zum Feind gehören. Aus ethischer Sicht ist vor dem Hintergrund dieser vielfältigen herostratischen Bedrohungen aus der jetzigen Pandemie zu lernen, dass alle möglichen Sicherheitsmaßnahmen, im Fachbegriff *Biosecurity*-Maßnahmen, ergriffen werden sollten, um jede Form des Bioterrorismus zu vermeiden. Einige wichtige seien hier beispielhaft aufgeführt.

Erstens: Sobald ein derartiges Virus entdeckt ist, muss extrem schnell reagiert werden. Darum sind bessere Frühwarnsysteme bereitzustellen. Sollte es stimmen, dass die ersten Fälle von COVID-19 bereits während der Militärweltspiele in Wuhan auftraten und bereits von hier aus Athleten, ihre Betreuer und Angehörige das Virus in die Welt getragen haben, wäre dies ein Beispiel dafür, wie spät überhaupt die Entdeckung begann.

Zweitens: Die bereits bestehenden Regeln zum *Dual Use Research of Concern,* also zu zivilen Forschungsvorhaben wie

den eingangs zitierten Virusforschungen, die auch von Dritten für Zwecke missbraucht werden können, die Rechtsgüter wie Gesundheit und Leben verletzen, sind konsequent durchzusetzen. Insbesondere sind riskante Vorhaben so zu dokumentieren, dass das Gefährdungspotenzial richtig eingeschätzt und verhindert werden kann, dass sich die „Falschen" dieser Forschung bedienen.

Drittens: Ein begleitender, langfristiger, transdisziplinärer Diskurs zwischen Institutionen für Risikokommunikation, Ethikkommissionen, Stakeholdern, Industrie, Medien und Politik ist zu institutionalisieren.[5]

Viertens: Vorhaltungsbestimmungen für medizinische Güter wie Schutzmasken, Schutzkleidung, Antibiotika et cetera sowie eine Dezentralisierung der Produktion wichtiger Arzneimittel ist notwendig, um Abhängigkeiten bei lebenswichtigen Gütern zu verringern, und darüber hinaus, um im Ernstfall einen globalen Überbietungswettbewerb zu vermeiden.

Ergänzend sei angemerkt, dass nicht nur das Gesundheitssystem eines Staates entscheidend beeinflusst, wie einer derartigen Krise begegnet werden kann, sondern auch dessen Sozialsystem, gerade wenn es um die (wirtschaftlichen) Folgen geht. Dass Deutschland einigermaßen sicher durch die Coronakrise gekommen ist und kommt, ist einerseits der guten intensivmedizinischen Infrastruktur und den im Großen und Ganzen klugen und besonnenen Eindämmungsmaßnahmen zu verdanken, andererseits aber eben auch sozialen Instrumenten wie dem Kurzarbeitsgeld, der allgemeinen Krankenversicherung und vielen weiteren staatlichen Regelungen und Hilfsprogrammen.

Der Schutz vor Bioterrorismus ist von großer Bedeutung. Während die Maßnahmen zum sicheren Umgang mit hochriskanten Technologien in Laboren, die *Biosafety,* gut geregelt sind, fehlt für die *Biosecurity* immer noch eine politische Rahmenordnung, die einerseits die Gefahren eines Bioterrorismus eindämmt und andererseits eine weltweite Überwachung vermeidet. Dies erscheint vor dem Hintergrund der möglichen Bedrohung wie die Quadratur des Kreises.

[1] Vgl. Sander Herfst et al. (2012): „Airborne transmission of influenza A/H5N1 virus between ferrets", in: Science, Nr. 336, S. 1534–1541; Masaki Imai et al. (2012): „Experimental adaptation of an influenza H5 HA confers respiratory droplet transmission to a reassortant H5 HA/H1N1 Virus in ferrets", in: Nature, Nr. 486, S. 420–428; Ying Zhang (2013): „H5N1 Hybrid Viruses Bearing 2009/H1N1 Virus Genes Transmit in Guinea Pigs by Respiratory Droplet", in: Science, Nr. 340, S. 1459–1463.

[2] Vgl. im Folgenden die Stellungnahmen des Deutschen Ethikrats (2014): Biosicherheit – Freiheit und Verantwortung in der Wissenschaft. Stellungnahme, Berlin, und der National Academies of Sciences, Engineering and Medicine (2018): Biodefense in the Age of Synthetic Biology (Washington, D. C.).

[3] Vgl. Vera Zylka-Menhorn (2017): „Synthetische Pockenviren: ‚Die Katze ist aus dem Sack'", in: Deutsches Ärzteblatt, Jg. 114, S. A-2406–A-2410.

[4] Marcus Anhäuser: „Das Wunderwerkzeug der Biologen", in: Bild der Wissenschaft, Nr. 5/2020, S. 67.

[5] Vgl. Petra Dickmann (2017): Fragen an Petra Dickmann, in: Deutsches Ärzteblatt, Jg. 114, S. A-2408.

Krise in der Demokratie – Demokratiekrise?

Ausnahmezustand und demokratischer Verfassungsstaat

KLAUS STÜWE
Geboren 1966 in Nürnberg, Vertrauensdozent der Konrad-Adenauer-Stiftung, Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft und Vizepräsident der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, Leiter des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG).

Rund um den Globus haben Regierungen im Zuge der rasanten Ausbreitung des neuen Coronavirus den Notstand ausgerufen. In Deutschland, wo der Schutz der Bevölkerung in erster Linie Aufgabe der Bundesländer ist, stellte Bayern am 16. März 2020 als erstes Bundesland aufgrund der Pandemie den Katastrophenfall fest.

Die in zahlreichen Ländern ergriffenen Maßnahmen führten zu erheblichen Freiheitseinschränkungen. Quarantäneanordnungen, Ausgangssperren, Versammlungsverbote, Grenzschließungen und Reiseverbote bestimmen das Leben der Menschen. Zwar wurden nach dem Abschwellen der ersten großen Infektionswelle inzwischen

einige Lockerungen beschlossen; dennoch werden Kontaktbeschränkungen und andere Hygienemaßnahmen vermutlich noch lange Zeit aufrechterhalten werden.

In Autokratien sind Freiheitsbeschränkungen nichts Ungewöhnliches. In China und im Iran beispielsweise reihten sich die eingeführten Verbote, die flächendeckende Überwachung und die Abriegelung einzelner Regionen nahtlos in eine lange Geschichte repressiver Maßnahmen ein. Desinformationskampagnen und die Unterdrückung kritischer Äußerungen gibt es in Autokratien auch zu anderen Zeiten.

Aber wie steht es um die Demokratien? Die Achtung und der Schutz individueller Freiheitsrechte wie des Versammlungsrechts, der Reisefreiheit, des Rechts auf Eigentum, der Gewerbefreiheit oder des Rechts auf körperliche Unversehrtheit sind zentrale Elemente des demokratischen Verfassungsstaats. Wie weit dürfen Demokratien im Interesse der öffentlichen Gesundheit in die individuellen Grundrechte ihrer Bürger eingreifen, ohne dass es zu einem substanziellen Verlust der Rechtsstaatsqualität kommt?

Zugleich beobachten wir auch in Demokratien, dass im Zuge der Pandemiebekämpfung weitreichende Entscheidungen unter Effektivitätsgesichtspunkten außerhalb von Parlamenten getroffen werden. Regierungen, Behörden und Expertengremien werden zu handelnden Akteuren. Wie weit dürfen Demokratien bei dieser Entscheidungsverlagerung gehen, ohne dass es zu einem demokratischen Legitimationsdefizit kommt?

NOTSTANDSMASSNAHMEN IN DEMOKRATIEN

Dass Notstandsmaßnahmen im Falle extremer Gefahren und Bedrohungslagen auch in Demokratien notwendig und gerechtfertigt sein können, steht außer Frage. Der Schutz seiner Bürger vor inneren und äußeren Gefahren, mithin die Gewährleistung von Sicherheit, ist eine der wesentlichen Aufgaben des Staates. Für den politischen Theoretiker Thomas Hobbes (1588–1679) war die Schaffung eines durchsetzungsfähigen Gewaltmonopols sogar der wichtigste Zweck des Gesellschaftsvertrages, der zur Staatsgründung führt. Im Rahmen dieses staatlichen Sicherheitsauftrags sind auch demokratische Staaten nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um Leib und Leben ihrer Bürger zu schützen. Dazu gehören nicht nur die Verteidigung gegen Angriffe von außen, sondern auch die Gefahrenabwehr, die Kriminalitätsbekämpfung, der Katastrophenschutz und der Schutz der öffentlichen Gesundheit im Innern.

Im Interesse dieses staatlichen Sicherheitsauftrags kann es geboten sein, dass der demokratische Staat individuelle Freiheitsrechte der Bürger vorübergehend einschränkt. Als spezielles Gebiet der Gefahrenabwehr, um „übertragbaren Krankheiten beim Menschen vorzubeugen, Infektionen

frühzeitig zu erkennen und ihre Weiterverbreitung zu verhindern“,[1] ermächtigen das deutsche Infektionsschutzgesetz (IfSG) und verschiedene Landesgesetze die zuständigen Behörden, die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit, der Versammlungsfreiheit, des Brief- und Postgeheimnisses und der Unverletzlichkeit der Wohnung einzuschränken sowie ein berufliches Tätigkeitsverbot zu verhängen.

Eingriffe in individuelle Grundrechte, wie sie nicht nur in Deutschland, sondern in vielen anderen Demokratien im Zuge der Pandemiebekämpfung vorgenommen wurden, sind somit prinzipiell legitim. Allerdings unterliegen solche Eingriffe im demokratischen Verfassungsstaat engen Schranken.

Erstens sind Einschränkungen von Grundrechten nur so lange rechtmäßig, wie sie ausschließlich ihrem Zweck dienen, in diesem Fall, die öffentliche Gesundheit zu schützen.

Zweitens müssen Maßnahmen, die zu Grundrechtsbeschränkungen führen, in einem verfassungsmäßigen Verfahren zustande gekommen sein und auch nach rechtsstaatlichen Kriterien, insbesondere durch die Gerichte, überprüft werden können.

Drittens muss jede Notstandsmaßnahme einer demokratischen Regierung eine zeitliche Beschränkung haben: Jeder „Lockdown“ verlangt nach Perspektiven für den „Exit“.

Viertens schließlich ist das Gebot der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zu beachten. Der politische Theoretiker John Locke (1632–1704) hat aufgezeigt, dass der Sicherheitsauftrag des Staates eine dienende Funktion für die Freiheit übernimmt. Dies ist das Kennzeichen der liberalen Demokratie, durch das sich diese von autokratischen, illiberalen politischen Systemen unterscheidet. In Demokratien gilt eben nicht die Vorstellung des Staatsrechtlers Carl Schmitt (1888–1985), der im Ausnahmezustand der Herstellung von Sicherheit Vorrang gegenüber sämtlichen rechtsstaatlichen Normen einräumte.[2] Im Gegenteil, in der Demokratie gilt: „Wer aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus konkrete Einschränkungen von Freiheitsrechten vorschlägt, hat in jedem Fall politisch die Argumentationslast dafür zu übernehmen, dass diese geeignet, erforderlich und angemessen sind.“[3] Maßnahmen zur Bekämpfung einer Pandemie, wie sie im Zuge der Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus verhängt wurden, verlangen deshalb von den verantwortlichen Akteuren ein kluges Abwägen. Es geht darum, eine Balance zwischen dem Schutz individueller Grundrechte und dem öffentlichen Interesse an einer effektiven Infektionsbekämpfung zu finden.[4]

In Demokratien geht alle Staatsgewalt vom Volke aus.[5] Die parlamentarische Demokratie sorgt durch die unmittelbar demokratische Legitimation der Legislative für die Zurechenbarkeit politischer Entscheidungen zu diesem Souverän. Daher müssen im demokratischen Staat alle „wesentlichen“ Entscheidungen vom demokratisch legitimierten Parlament getroffen werden.

Dieses Postulat folgt nicht nur aus der Demokratietheorie, sondern entspricht in Deutschland auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Die sogenannte „Wesentlichkeitstheorie“ verpflichtet den parlamentarischen Gesetzgeber, „wesentliche, für die Grundrechtsverwirklichung maßgebliche Regelungen selbst zu treffen und nicht anderen Normgebern oder der Exekutive zu überlassen […]“.[6]

LEGITIMATION UND EFFEKTIVITÄT

Im Zuge der Pandemiebekämpfung, insbesondere mit der Ausrufung des nationalen Notstands oder des Katastrophenfalls, kam es freilich in vielen Demokratien zu einer Verlagerung politischer Verantwortung weg von den Parlamenten hin zu anderen Akteuren und Institutionen.

Am deutlichsten erkennbar war der *Bedeutungsgewinn der Regierungen*. „In der Krise schlägt die Stunde der Exekutive.“[7] Dieser Merksatz praktischer Politik bewahrheitete sich weltweit auch mit der Ausbreitung des neuen Coronavirus. Regierungen werden im Krisenfall häufig durch das Parlament oder durch spezielle Gesetze mit besonderen Vollmachten ausgestattet. Beispielsweise überträgt das Bayerische Katastrophenschutzgesetz die Leitung des Katastropheneinsatzes ausdrücklich der Regierung oder dem Staatsministerium des Innern.[8]

Auch *staatliche Behörden* gewannen in der Krise an Bedeutung. Dass Polizeien und Gesundheitsämter bei der Überwachung der öffentlichen Sicherheit beziehungsweise bei der Durchsetzung der Einhaltung hygienischer Vorschriften eine Rolle spielen, gilt auch in normalen Zeiten. Bemerkenswert aber war vor allem der Bedeutungsgewinn von mit besonderem Sachverstand ausgestatteten Spezialbehörden wie dem Robert Koch-Institut (RKI), das in Deutschland eine selbstständige Bundesoberbehörde für Infektionskrankheiten ist. Die Risikobewertungen und Handlungsempfehlungen des RKI wurden über viele Wochen hinweg zu einer wichtigen Entscheidungsgrundlage staatlicher Akteure.

Selbst *private Sachverständige* rückten an das Zentrum politischer Entscheidungen heran. Virologen und andere Wissenschaftler wurden in Expertengremien berufen und von staatlichen Organen zurate gezogen. In Nordrhein-Westfalen etwa berief Ministerpräsident Armin Laschet im April 2020 einen aus zwölf Personen zusammengesetzten sogenannten „Expertenrat Corona“.[9]

Solche Verantwortungsverlagerungen führen zu einem Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Legitimation und Effektivität.[10] Zwar kann es in Zeiten existenzieller Krisen in einer Demokratie geboten sein, Entscheidungen über Notstandsmaßnahmen aus Gründen der Effektivität temporär

auf nichtparlamentarische Akteure zu verlagern. Wenn schnelles Handeln erforderlich ist, Parlamente nicht rechtzeitig oder nicht vollständig zusammentreten können, dann ist es nicht nur die Aufgabe, sondern sogar die Pflicht der handlungsfähigen staatlichen Organe, anstelle der Parlamente Entscheidungen zu treffen und umsetzen. Doch darf dabei nicht übersehen werden: Je größer die Handlungs- und Entscheidungsspielräume nichtparlamentarischer Akteure werden, desto niedriger ist das demokratische Legitimationsniveau.[11] In einer funktionierenden Demokratie muss deshalb auch und gerade im Notstand alles darangesetzt werden, die Handlungsfähigkeit der Parlamente zu erhalten beziehungsweise baldmöglichst wiederherzustellen. Wenn Parlamente sich selbst entmachten, indem sie – wie in Ungarn geschehen[12] – der Regierung ohne Zeitbeschränkung freie Hand für Dekrete lassen, ist die Demokratie in Gefahr.

DAS RECHTE MASS FINDEN

In einer Pandemie, die eine so gravierende Bedrohung für das Leben der Menschen darstellt, wie es bei der Ausbreitung des neuen Coronavirus der Fall ist, muss der demokratische Staat alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um seine Bürger zu schützen. Auch die Demokratie ist vor Katastrophen nicht gefeit und muss diese effektiv bekämpfen können. In der Krise kann deshalb bei einer Bewertung der erforderlichen Entscheidungen die *Output*-Legitimität des demokratischen Staates einen höheren Stellenwert bekommen als die *Input*-Legitimität: Im Ausnahmezustand sind sowohl Einschränkungen individueller Grundrechte als auch die temporäre Verlagerung von Verantwortung auf nichtparlamentarische Akteure gerechtfertigt. Der Vorwurf rechter Verschwörungstheoretiker und linker Aktivisten, die Demokratien schränkten wie Diktaturen unter dem Vorwand der Seuchenbekämpfung willkürlich Grundrechte und demokratische Beteiligungsrechte ein, ist deshalb falsch.

Unerlässlich sind allerdings eine gute Begründung, Transparenz sowie die ständige Überprüfung der einschneidenden Maßnahmen, denn nur dann ist deren öffentliche Akzeptanz gesichert. Im Ausnahmezustand und in Zeiten der Ungewissheit muss das Handeln der demokratischen Amtsträger noch stärker vom Vertrauen der Bürger getragen werden als in normalen Zeiten. In Deutschland ist dies offensichtlich gegeben. Bewertet man aktuelle Umfragen, dann war in Deutschland die Akzeptanz der von den Behörden angeordneten Maßnahmen groß: Die bundesweiten Kontakteinschränkungen wurden zwei Wochen nach ihrer Anordnung von 93 Prozent der Bürger grundsätzlich akzeptiert.[13] Danach ging die Zustimmung zwar zurück, doch wurden die staatlichen Maßnahmen stets von einer Mehrheit mitgetragen.

Dass der Rechtsstaat in Deutschland entgegen kruden Verschwörungstheorien auch im Ausnahmezustand funktioniert, zeigten Gerichtsurteile,

die einzelne von örtlichen Behörden ausgesprochene Versammlungsverbote aufhoben und Demonstrationen unter Auflagen gestatteten.[14] Die Entscheidungen verwiesen darauf, dass Grundrechtsbeschränkungen verhältnismäßig sein und staatliche Akteure alle Spielräume nutzen müssen, um Grundrechte auch in der Krise zu schützen. Im Zweifel muss im demokratischen Rechtsstaat die Entscheidung stets zugunsten der Freiheit getroffen werden. Zugleich haben solche Gerichtsentscheidungen eine erhebliche Signalwirkung: Auch und gerade in der Krise sind Widerspruch und Kritik unverzichtbar. Sie helfen Demokratien dabei, ihre Maßnahmen ständig zu überprüfen und das rechte Maß im Kampf gegen die Pandemie zu finden. So bewährt sich die Demokratie in der Krise.

1 Deutsches Infektionsschutzgesetz (IfSG) § 1 Abs. 1.

2 Vgl. Carl Schmitt: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Berlin 1979 (Neudruck der 2. Aufl. von 1934), S. 19.

3 Heiner Bielefeldt: Freiheit und Sicherheit im demokratischen Rechtsstaat (Essay, 1), Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin 2004, S. 18, https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-316098 [letzter Zugriff: 18.05.2020].

4 Vgl. Urban Wiesing / Georg Marckmann: „Vogelgrippe. Eine neue Pandemie – alte ethische Probleme", in: Deutsches Ärzteblatt 2006, 27. Jg., Nr. 103, A 1888.

5 Vgl. Art. 20 Abs. 1 GG.

6 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) 147, 253, Rdnr. 116.

7 Vgl. Klaus-Dieter Frankenberger: „Es ist die Stunde der Regierenden", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.03.2020, www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-krise-die-stunde-der-regierenden-16688417.html [letzter Zugriff: 18.05.2020].

8 Bayerisches Katastrophenschutzgesetz (BayKSG) Art. 2 Abs. 3.

9 Ministerpräsident Armin Laschet beruft „Expertenrat Corona", www.land.nrw/de/pressemitteilung/ministerpraesident-armin-laschet-beruft-expertenrat-corona [letzter Zugriff: 18.05.2020].

10 Anika Klafik: Risiko und Recht: Risiken und Katastrophen im Spannungsfeld von Effektivität, demokratischer Legitimation und rechtsstaatlichen Grundsätzen am Beispiel von Pandemien, Tübingen 2017, S. 73.

11 Ebd., S. 85.

12 „Corona-Notstand: Freie Hand für Viktor Orban in Ungarn", in: Frankfurter Rundschau, 30.03.2020, www.fr.de/panorama/corona-ungarn-viktor-orban-notstand-diktatur-zr-13633977.html [letzter Zugriff: 18.05.2020].

13 Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung, ARD Deutschland-TREND April 2020, www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2020/april/ [letzter Zugriff: 18.05.2020].

14 Vgl. z. B. Bundesverfassungsgericht: Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung gegen Versammlungsverbot teilweise erfolgreich, Pressemitteilung Nr. 25/2020, 16.04.2020, www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/bvg20-025.html;jsessionid=33912CC6006471FD7CF30363D659D579.2_cid392 [letzter Zugriff: 18.05.2020].

Afrikanische Lösungen

Vom speziellen Umgang mit der Pandemie

CHRISTOPH PLATE
Geboren 1961 in Höxter, Leiter Medienprogramm Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Johannesburg (Südafrika).

Zunächst starben die Prominenten. Manu Dibango, der berühmte kamerunische Saxophonist, erlag den Folgen des Coronavirus. Dann verstarb der nigerianische Schlagzeuger Tony Allen in London an der Infektion. Auch Abba Kyari überlebte die Erkrankung nicht. Als Chef des Präsidialamtes in Nigerias Hauptstadt Abuja war er der wichtigste Berater von Muhammadu Buhari, dem Präsidenten des bevölkerungsreichsten Staates auf dem Kontinent. Kyari hatte das Virus im März offenbar aus München mitgebracht, wo er an einer Veranstaltung des Siemens-Konzerns teilgenommen hatte.

Mitte April 2020 wurde einer wachsenden Öffentlichkeit in Afrika bewusst, dass trotz all der Geschichten über den „jugendlichen Kontinent", dem das Virus nicht viel anhaben könne, Afrika keine Insel der Seligen ist, auf der man vor einer Krankheit aus China, Europa oder den USA sicher wäre. COVID-19 galt in Afrika – und gilt es teils weiterhin – als eine Krankheit der Reisenden, der Mobilen, also der Mittel- und Oberschicht.

Die Alltäglichkeit des Todes auf dem Kontinent tut das Ihre für einen anderen Umgang mit dem Virus. Gerade unter den Armen – und die Mehrheit der über eine Milliarde Afrikaner gilt als arm – ist der Tod überaus präsent. In den südafrikanischen Townships oder den wilden Siedlungen aus Wellblechhütten ebenso wie in den Slums von Nairobi oder Lagos hat der Tod viele Gesichter. Er kommt als Tuberkulose-Erkrankung oder infolge einer HIV-Infektion, sehr oft als Folge krimineller oder politischer Gewalt. Hunger und Mangelernährung, die den Organismus schwächen, sind andere Todbringer. Dass Leben vergeht, dass Verwandte oder Nachbarn sterben, ist allgegenwärtig und weitaus sichtbarer als in Westeuropa – gleichwohl nicht minder verstörend.

„UMSICHTIGER REAGIERT ALS IM WESTEN“

Während der afrikanische Kontinent im April 2020 langsam realisierte, was geschah, entwickelte sich ein Narrativ über die Pandemie, das vor allem von außen bestimmt wurde. Bill Gates, der mit seiner Stiftung viel Gutes im afrikanischen Gesundheitswesen tut, prognostizierte zehn Millionen Tote weltweit. Das *Imperial College* in London sah immerhin 300.000 Tote in Subsahara-Afrika bis zum Jahresende voraus. Analysen der Vereinten Nationen sprachen vom Verlust von mehr als zwanzig Millionen Arbeitsplätzen auf dem Kontinent. Ruandas Präsident Paul Kagame orakelte, es könne eine ganze Generation dauern, bis die Folgen dieser Pandemie überwunden seien. In vielen Analysen wurde anhand der Zahl von Beatmungsgeräten in einem Land interpretiert, wie lange es brauche, bis dieses Land an COVID-19 untergehe. Mali oder die Demokratische Republik Kongo hatten bereits vor der Pandemie eine beschämende medizinische Infrastruktur.

Interessanter war ein Blick darauf, wie afrikanische Staaten und Gesellschaften früher mit Seuchen umgegangen sind. In der Demokratischen Republik Kongo oder in Sierra Leone wurde Ebola auch deshalb nahezu vollständig besiegt, weil lokale Chiefs, Imame, Priester, Lehrer und Ärzte eingebunden wurden, um Vorsichtsmaßnahmen und Aufrufe zur Rücksichtnahme zu verbreiten. Es macht größeren Eindruck, wenn der hiesige Bürgermeister etwas verfügt, als wenn der Vertreter der Weltgesundheitsorganisation in der Hauptstadt das tut.

Judd Devermont vom *Center for Strategic and International Studies* sagt, es müsse auch darum gehen, Stereotype über Afrika in der westlichen Wahrnehmung zu hinterfragen. „Von Ausnahmen abgesehen, am deutlichsten sicher Tansania, haben die meisten afrikanischen Staaten auf diese Bedrohung der öffentlichen Gesundheit besser organisiert und umsichtiger reagiert als viele Regierungen im Westen“, schreibt der Afrika-Direktor der Washingtoner Denkfabrik. Dass der Präsident Tansanias erklärte, ausreichende Gebete würden schon gegen die Infektion helfen, der madagassische Staatschef einen Ingwer-Cocktail als Heilmittel präsentierte, der Gouverneur von Nairobi gar empfahl, gegen Corona ausreichend mit französischem Cognac zu gurgeln, zeigte lediglich, dass nicht jeder Entscheider auf dem Kontinent die notwendige Umsicht zu haben scheint.

Nach den Folgen der Pandemie befragt, beschrieben viele deutsche Korrespondenten in Afrika die drohende Apokalypse. Vielleicht wurde das von ihnen erwartet, vielleicht haben sie gedacht, dass es erwartet werden würde. Manche taten sich mit holzschnittartigen Beschreibungen hervor, wie sie jedenfalls für Qualitätszeitungen unangemessen wirkten. Niedergang, Repression, Elend waren die Themen der Korrespondenten. Dass die Folgen der Pandemie im Niger andere sein würden als in Südafrika oder in Angola, galt offenbar als eine nicht zumutbare Differenzierung. Manchmal musste man sich als in Afrika Ansässiger fragen, ob man eigentlich auf demselben Kontinent lebt, den manche deutsche Medien da beschrieben. Die hilflos wirkende Berichterstattung schien wie der Versuch, dem Zuschauer und Leser daheim die beruhigende Nachricht zu vermitteln, dass es eine Weltregion gibt, welche die Pandemie viel stärker treffen werde als einen selbst. Dabei dürfen auch Journalistinnen und Journalisten einmal sagen: Ich weiß es nicht.

SCHUTZMASKEN UND BEATMUNGSGERÄTE AUS CHINA

Gegen die westliche, mehrheitlich negative Berichterstattung versuchte die Volksrepublik China, ihr Narrativ zu stellen: Der Westen sehe ja gar nicht, wie viel auf dem Kontinent geleistet werde, von Afrikanern ebenso wie von Chinesen. Öffentlichkeitswirksam wurden Schutzmasken und Beatmungsgeräte eingeflogen, und es wurde immer wieder betont, dass China diesem Kontinent auch in schlechten Zeiten beistehe. Dass China alles besser mache, glaubt allerdings auch in Afrika kaum einer. Dennoch verfängt die Propaganda, vor allem unter Entscheidungsträgern, weil sie fast allgegenwärtig ist und das autoritäre Vorgehen der Chinesen attraktiv erscheinen lässt.

Dabei macht sich Afrika durchaus eigene Gedanken und entwickelt eine eigene Sicht sowie einen spezifischen Umgang mit der Pandemie. Wenn die Faktencheck-Organisation *Africa Check* nach dem Ausbruch von Corona achtmal mehr Zugriffe auf ihrer Website registriert, zeigt das ein großes Bedürfnis nach seriöser Information. Wenn der Direktor des 2017 gegründeten *Africa Centre for Disease Control and Prevention,* der Kameruner John Nkengasong, afrikanische Regierungen auffordert, nach eigenen Antworten auf die speziellen Lebensumstände zu suchen, spricht daraus die Einsicht, dass dies im Falle von HIV-Aids und Ebola ja ebenfalls gelungen ist.

Die kenianische Essayistin Nanjala Nyabola gibt zu bedenken, dass die Geschichte der sogenannten kleinen Leute erzählt werden müsse, die schon angesichts von HIV-Aids die Nachricht in die Gemeinschaft getragen hätten, dass sich etwas ändern müsse. „Schaffen wir Platz für jene in der Berichterstattung, die von den Mächtigen nicht gehört werden.“ In vielen Staaten Afrikas ist es vor allem die Zivilgesellschaft, die das umsetzt, was der Staat nicht zu tun in der Lage ist.

Es wäre naiv, zu glauben, dass diese oder eine nächste Pandemie Afrika nicht sehr hart träfe, Existenzen nicht zerstöre und Hoffnungen nicht begrabe. Aber es ist ebenso falsch, zu meinen, dass Afrika nicht nach Lösungen suche, mit dieser und kommenden Bedrohungen umzugehen.

Wie im Krieg?

Die Sicht eines syrischen Kriegsflüchtlings

FAISAL HAMDO
Geboren 1989 in Aleppo, freier Autor und Physiotherapeut. 2014 floh er aus seiner Heimat Syrien. Er arbeitet als Physiotherapeut im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und leitet das Team der Physiotherapie der Klinik für Intensivmedizin. 2018 veröffentlichte er in der Edition Körber sein erstes Buch „Fern von Aleppo – wie ich als Syrer in Deutschland lebe“, das 2019 bei der Bundeszentrale für politische Bildung in einer neuen Ausgabe erschien.

„Und? Wie viele Infizierte gibt es aktuell in deiner Heimat?“ Diese Frage bekomme ich derzeit häufig gestellt und zucke meist unwillkürlich zusammen. Am liebsten würde ich jedes Mal nur antworten: „Hier haben wir es gut!“

Sehr viel seltener werde ich seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie gefragt, ob ich meine Eltern, die in einem der Nachbarländer Syriens Zuflucht gefunden haben, besuchen kann. Denn alle wissen, dass wir derzeit nicht ins Ausland reisen können. Doch ich darf das Land nicht mehr verlassen, seitdem ich 2014 nach Deutschland gekommen bin. Seit Beginn des Jahres ist es mein Bestreben und gleichzeitig mein Traum, eine Niederlassungserlaubnis zu erhalten und dann die deutsche Staatsangehörigkeit, damit ich endlich meine Eltern besuchen kann. Wir haben uns das letzte Mal vor über sieben Jahren gesehen.

Noch nie habe ich meine Hansestadt so still und ruhig erlebt wie in der letzten Märzwoche 2020. Mein Blick schweift durch die Straßen Hamburgs – wie leer die Stadt so plötzlich geworden ist. Ich erinnere mich daran, dass ich mir vor Jahren auch nicht habe vorstellen können, wie eines Tages nur der Wind durch die verlassenen Straßen meiner Vaterstadt Aleppo fegt.

In jener Märzwoche dieses Jahres war ich jeden Tag in Hamburg unterwegs – auf dem Weg zur Arbeit in die Klinik, zum Beratungstermin bei meiner Anwältin und zur Ausländerbehörde. Nach einem leider erfolglosen Termin stand ich nachdenklich neben dem Denkmal des Aufklärers Gotthold Ephraim Lessing. Die Sonne am blauen Himmel wirkte sehr beruhigend und gab mir Hoffnung. Der beständig über den Gänsemarkt wehende Wind trieb mich in Gedanken in eine ruhige und sorgenfreie Zukunft und in meine persönliche Reisefreiheit. Um mich herum schienen jedoch viele Menschen in Angst und Panik geraten zu sein. Die schnell aufeinander folgenden Nachrichten verunsicherten die Menschen. Einige sagten, wir sollten die Kirche im Dorf lassen, es sei nicht schlimmer als eine normale Grippe; andere waren der Meinung, dass wir uns am Anfang eines Krieges gegen einen unsichtbaren Gegner befänden. Diese Situation erinnerte mich an die unruhige Zeit vor Beginn des Krieges in Aleppo. Einkaufen gehen war eine der größten Herausforderungen für uns, viele Läden waren geschlossen, die Straßen leer gefegt. Der Unterschied ist, dass der Lockdown hierzulande dem Schutz der Menschen dient, der Gesundheit aller Bürger; in Syrien dienten die geschlossenen Geschäfte dem Schutz vor einem verbrecherischen Diktator.

Jede Regierung managt die Krise im eigenen Land auf ihre Weise. Es ist sehr unterschiedlich, wie Regierungschefs mit der für alle neuen Situation umgehen und wie sie sich an ihr Volk wenden. Auch an die Rede des syrischen Diktators vor neun Jahren kann ich mich genau erinnern. Im Juni 2011 saß ich noch im Innenhof der Universität von Aleppo und lauschte zusammen mit meinen Kommilitonen der Rede unseres Staatschefs, der uns Hoffnungen auf Reformen machte – um sie im nächsten Zuge brutal zunichte zu machen. Und in seinem ersten öffentlichen Auftritt nach Beginn der friedlichen Proteste verbreitete er Angst und Schrecken. Die Protestwelle der Bürger diffamierte er als „ausländische Verschwörung“. Danach entwickelte ich eine Art Anti-Ansprachen-Reflex; insbesondere in Krisenzeiten würde ich lieber darauf verzichten, mir die Rede eines Regierungschefs beziehungsweise einer Regierungschefin anzuhören.

Acht Jahre später saß ich jedoch in Hamburg und hörte mir die Ansprache der Bundeskanzlerin an. In Deutschland appellierte Angela Merkel in ihrer ruhigen und sachlichen Art an jeden Einzelnen, Verantwortung zu übernehmen; die Regierung handele lösungsorientiert und ließe sich von Experten beraten. Der Umgang mit der Pandemie sei „eine historische Aufgabe und sie ist nur gemeinsam zu bewältigen“, so Merkel. Als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes können wir die notwendigen Entscheidungen nachvollziehen und verstehen.

Wir diskutieren hierzulande viel und zu Recht über die in dieser Ausnahmesituation notwendigen Eingriffe in die persönliche Freiheit der Bürger, die allesamt dem Schutz der Gesundheit dienen. Eine ganze Reihe unserer Grundrechte

wurden zeitweise ausgesetzt, was viele Menschen beunruhigt. Was bis vor Kurzem für fast alle selbstverständlich war, wie das Reisen innerhalb Europas, ohne an den Grenzen kontrolliert oder zurückgewiesen zu werden – eine solche Normalität scheint es in Zeiten von Corona nicht mehr zu geben. Doch was jetzt für alle Europäer eine Ausnahmesituation darstellt, ist für viele in Europa lebende Menschen seit Langem Normalität und Alltag, weil sie keine gültigen Reisepässe erhalten können.

Die deutschen Behörden erwarten von Kriegsflüchtlingen, dass sie sich nationale Pässe in ihren jeweiligen Botschaften ausstellen lassen. Aber viele der in Deutschland lebenden Syrer trauen sich aus Angst nicht, auch nur einen Fuß in die syrische Botschaft in Berlin zu setzen. Sie haben ihr Leben riskiert für mehr persönliche Freiheitsrechte, für Meinungsfreiheit und Demokratie. Sie haben sich bewusst dem Dienst der Armee Assads entzogen, die sich gegen ihre eigene Bevölkerung richtet und unter anderem die Giftgasangriffe zu verantworten hat, die die Welt erschütterten. Sie sind vor einem mörderischen Regime geflohen, das nach offiziellen Angaben bereits mehr als 400.000 seiner Bürger getötet und mehr als zwölf Millionen Menschen aus ihrem eigenen Land vertrieben hat. Sie wurden zu Staatsfeinden erklärt. Der Schutz des Regimes und der eigene Machterhalt hat größere Priorität als das Leben der Bürger.

Weltweit gibt es viele Menschen, die eine Reisefreiheit nicht kennen, die noch nie ein fremdes Land betreten haben, deren persönliche Freiheit von Geburt an massiv eingeschränkt ist, weil sie in ein diktatorisch geführtes Land geboren wurden.

Ich war beeindruckt, wie gründlich in unserem Land jede Maßnahme diskutiert und zum Schutze der Bürgerinnen und Bürger ergriffen wurde. Das geht so weit, dass der Staat zügig Rückflüge organisierte, um deutsche Urlauber aus allen Ländern der Welt sicher in ihre Heimat zurückzubringen.

Dagegen nutzt das diktatorisch geführte Regime Syriens selbst die COVID-19-Krise zur Wahrung seiner Macht. Es bestreitet eine größere Ausbreitung des Virus im Land, wie es nach neun Jahren Bombardierung und Belagerung auch weiterhin die Anzahl der Opfer leugnet. Ein solches Regime unternimmt alles, um sich als Beschützer des Volkes zu präsentieren. Auch in Syrien wurden in den vom Regime kontrollierten Gebieten Maßnahmen zur Eindämmung des Virus, wie zum Beispiel Ausgangssperren, ergriffen. Menschen einsperren und Städte belagern, damit hat das Assad-Regime reichlich Erfahrung. Es wird den Feind, egal ob Volk oder Virus, bekämpfen, wie nach der Belagerung von Damaskus, Aleppo und anderen Städten. Trotz der Angriffe auf Idlib, trotz aller Schwierigkeiten und menschenunwürdiger Lebensumstände sind die Bewohner wegen der Pandemie viel weniger besorgt als die Menschen in Deutschland. Sie leben schon seit Jahren in einer Art unfreiwilligen Quarantäne. Sie sagen: „Das einzig Gute ist, dass wir belagert werden." Die vielen Menschen, die in die Stadt geflohen sind, wünschen sich nichts sehnlicher, als nach Hause zurückzukehren. Doch ihre Häuser existieren nicht mehr. Die Krankenhäuser sind fast alle zerstört, und inzwischen sind auch die letzten Ärzte aufgrund der Gefährdung und Hoffnungslosigkeit ins Ausland geflohen. Und Hygienemaßnahmen sind in den Flüchtlingslagern aufgrund fehlender Wasserversorgung überhaupt nicht möglich.

Durch den Lockdown in Syrien sind die Preise der ohnehin bereits stark verteuerten und nicht ausreichend vorhandenen Lebensmittel noch weiter gestiegen, und viele können sie sich nicht mehr leisten. Die syrische Währung ist stark gefallen. Unterstützung vom Staat gibt es keine. Unsere Verwandten in Syrien berichten mir, dass sie sehr unter den Lockdown-Maßnahmen leiden. Sie kämpfen darum, Wasser und Lebensmittel zu ergattern, ihre Kinder können seit Jahren nicht mehr in die Schule gehen. Es fühle sich so an, als ob man in zwei Kriegen kämpft!

Wir sahen die Bilder von überfüllten Krankenhäusern in Norditalien, die schwerkranke infizierte Patienten nicht angemessen behandeln konnten, weil nicht genügend Beatmungsplätze vorhanden waren. Beim Anblick der vielen Särge und des überforderten medizinischen Personals müssen jedem die hierzulande ergriffenen Maßnahmen einleuchten. Wie kann ein Regierungschef wie Donald Trump, obwohl sein Land zum Epizentrum der Pandemie geworden ist, oder Jair Bolsonaro in Brasilien die Corona-Pandemie verharmlosen und die Sinnhaftigkeit der Lockdown-Maßnahmen in Zweifel ziehen? Wie kann Trump zur „Befreiung" aufrufen und die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen anheizen?

Allen Berichten, Statistiken und Zahlen über Infizierte, Gestorbene und Genesene zufolge kann man sagen, dass Deutschland die Krise souverän gemeistert und die Lage bis jetzt zum Glück im Griff hat – trotz aller Kritik am Zustand des Gesundheitssystems. Deutschland konnte sogar Nachbarländer unterstützen und deren Patienten behandeln. Den zeitlichen Vorsprung vor der Ausbreitung des Virus im Vergleich zu den stark betroffenen europäischen Ländern Italien und Spanien hat Deutschland effektiv genutzt, um die Kapazitäten der Intensivbetten und Beatmungsgeräte in den Krankenhäusern auszubauen. Deutschland hatte Glück. Ich wünsche mir, dass auch mein geliebtes Syrien sein Glück wiederfindet, dass die Krankenhäuser wieder aufgebaut werden, die Kinder Syriens wieder die Schule besuchen können, genügend Lebensmittel für jeden zur Verfügung stehen, die Menschen wieder ein Dach über dem Kopf haben und sie wieder mit ihren Familien vereint sein können.

Für mich ist es sehr interessant, zu beobachten, wie viele Wutbürger jetzt auf die Straße gehen und für ihre Grundrechte demonstrieren. Sie wollen ihre Freiheiten zurück, die vorübergehend zum Schutze der Gesundheit aller eingeschränkt wurden. Sie demonstrieren unter dem Motto „Schluss mit der Corona-Diktatur" gegen die staatlich verordneten Corona-Maßnahmen. Darunter befinden sich auch jene Wutbürger, die noch vor einigen Monaten gegen die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen protestierten – gegen Menschen, die in ihren Heimatländern auf die Straße gingen, um friedlich für ihre Freiheiten zu demonstrieren. Es wäre zu wünschen, dass auch sie nun verstehen, warum Menschen für die Freiheit ihre Familien und ihr Land verlassen.

Corona kosmopolitisch

Von nationalen zu globalen Antworten

DOMENICA DREYER-PLUM
Geboren 1987 in Lünen, Habilitationsstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

„Wir sind nicht wirklich sicher, solange wir nicht alle in Sicherheit sind – jedes Dorf, jede Stadt, Region und jedes Land der Welt."[1] Diesen Satz formulierten Anfang Mai die Spitzen der Europäischen Union sowie Staats- und Regierungschefs aus aller Welt in einem Gastbeitrag, den mehrere europäische Tageszeitungen veröffentlichten. Auffallend an der Sprache der „world leaders",[2] wie sie internationale Medien bezeichneten, ist die Perspektive: Sie nehmen Abstand von ihren jeweils nationalen Perspektiven und betonen den politischen Handlungsdruck für die Weltgemeinschaft: „Dies ist ein entscheidender Moment für die globale Gemeinschaft."[3] Bewusst wird von der „globalen Gemeinschaft" gesprochen. Doch bisher sind trotz der global wirkenden Krise keine globalen Bewältigungsstrategien entwickelt worden.

Was bedeutet das für die Weltgemeinschaft? Dies soll mit einem theoretischen Ansatz aus der politischen Philosophie, der sich dieser globalen Perspektive verschreibt, eingeordnet werden: dem *Kosmopolitismus,* auf Deutsch auch *Weltbürgertum* genannt. Kosmopolitismus stammt sprachlich aus den griechischen Begriffen für Weltordnung/Ordnung/Welt *(κόσμος, kósmos)* sowie Bürger *(πολίτης, polítis)*. Es handelt sich um einen Theorieansatz, in dem jeder Mensch als Teil der Menschheit gleichwertige Anerkennung erfährt.

Für einen entsprechenden globalen Referenzpunkt plädierte Ulrich Beck nachdrücklich in der soziologischen Forschung: Statt Nationalstaaten als Ordnungsprinzipien oder vorrangige Bezugselemente anzuerkennen, wird der Blick für Phänomene, die von grenzüberschreitender Bedeutung sind, geweitet. „Globalisierungsschübe"[4] verändern Wirtschaft, Politik und Kultur weltweit und transzendieren damit das nationalstaatliche Ordnungselement. Mit dem „methodischen Kosmopolitismus" sollen Erkenntnishindernisse überwunden werden, die sich aus einer wie selbstverständlich übernommenen nationalen Perspektive ergeben können.[5]

Zwar sind Staaten weiterhin die wichtigsten politischen Akteure, doch ihr Handlungsspielraum ist durch internationale Abhängigkeiten begrenzt.[6] Dies verdeutlicht auch die Corona-Pandemie: Das nationalstaatliche Ordnungselement ist einerseits stark ausgeprägt und wird sichtbar in nationalen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit. Um eine exponentielle Ausbreitung zu vermeiden, wurden – historisch einmalig – massive Grundrechtseinschränkungen angeordnet und von den meisten Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert. Gleichzeitig zeigt die Pandemie auf, wie eng die Weltgesellschaft vernetzt und wie verletzlich sie ist. Gerade weil die Verwebungsstrukturen fein, vielfältig, intensiv und mit erheblichen Rückwirkungen verbunden sind, sind internationale Kooperation in Forschung und Entwicklung sowie das gegenseitige Lernen von den besten nationalen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie unabdingbar.

PANDEMIE ALS MENSCHHEITSAUFGABE

Das nur scheinbar Paradoxe ist die Tatsache, dass die Ausbreitung der Pandemie einerseits das Zusammenwachsen der Weltgesellschaft verdeutlicht und andererseits Maßnahmen erfordert, die der Verbindung der Weltgesellschaft entgegenwirken. Beispielhaft sei die weitgehende Einstellung des (Personen-) Luftverkehrs genannt. Die nationalen Abschottungsmaßnahmen (Einreiseverbote, Grenzschließungen) suggerieren die Macht des Nationalstaates, doch bei genauerem Hinsehen legen sie die feingliedrigen Strukturen der Verwebung aller Staaten in eine Weltgemeinschaft offen.

Methodisch kosmopolitisch auf die Pandemie zu blicken, erfordert, den wie selbstverständlich angenommenen deutschen und/oder europäischen Blick auf die Corona-Pandemie abzulegen und sie aus globaler Sicht zu betrachten. Was bedeutet die Pandemie für die Weltgemeinschaft? Gefolgt von der Frage: Kann man von einer *Weltgemeinschaft* sprechen? Gemeinschaft erfordert ein Mindestmaß an Zusammengehörigkeits- und Solidaritätsgefühl. Betrifft uns die Entwicklung der Infektionszahlen im Iran und in den USA, China und Brasilien genauso wie die in Italien oder Frankreich? Aus kosmopolitischer Perspektive ja, denn im Vordergrund steht die Tatsache, dass die Pandemie eine Menschheitsaufgabe ist, unabhängig von geographischen oder politischen Strukturen, in die die Menschen als Bürgerinnen und Bürger eingegliedert sind. Dennoch ist erlebbar, dass es beispielsweise zwischen europäischen Staaten historisch bedingt Formen einer engeren Kooperation gibt und es bislang an einem *weltgemeinschaftlichen,* also *weltbürgerlichen* Ansatz zum Umgang und zur Bewältigung der Pandemie mangelt.

Spätestens bei diesen Überlegungen kommen normative Elemente des Kosmopolitismus zum Tragen. Denn neben dem wissenschaftlich rein methodisch verstandenen Kosmopolitismus gibt es einen über Jahrhunderte entwickelten politisch-rechtlichen Ansatz. Es handelt sich hierbei nicht um eine klar abgrenzbare Theorie, sondern eher um eine Denkart, der eine global ausgerichtete Weltanschauung zugrunde liegt. Dazu treten grundlegende Wertvorstellungen, wie die von der Gleichheit aller Menschen. Auf Grundlage dieser Ontologie antizipiert der rechtlich-politische Kosmopolitismus eine globale Rechtsordnung.[7] Das Individuum statt (National-)Staaten steht im Mittelpunkt dieser Rechtsidee jenseits von staatlichem und zwischenstaatlichem Recht. Immanuel Kant ist nicht der erste,[8] aber einer der wichtigsten Autoren, der mit seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* wesentlich zum kosmopolitischen Denken beigetragen hat.[9] Das als *kosmopolitisches Recht* bezeichnete Rechtsverhältnis ist bei Kant jenseits des Staats- und Völkerrechts als globales Recht angesiedelt.[10] Es setzt jeden Menschen der Welt in ein Rechtsverhältnis mit jedem Bürger und jedem Staat der Welt und ist auf Bedingungen der Hospitalität gegründet.[11]

KONZEPT DES REALEN KOSMOPOLITISMUS

Während diese Form des kosmopolitischen Rechts durch stabile Rechtsbeziehungen zwischen allen agierenden Akteuren auf eine „Weltordnung“ ausgerichtet ist, gibt es demgegenüber auch einen kosmopolitischen Ansatz, der die Welt als einen politischen Raum begreift und eine politische „Weltregierung“ antizipiert.[12]

Es gibt vielfältige politische Ansätze, die kosmopolitisch – weltbürgerlich – gedacht sind: in Anerkennung, dass wir alle Teil einer weltumspannenden

Gemeinschaft sind und jeder indirekt von den Handlungen anderer Staaten betroffen ist, ohne dass sich das genau greifen lässt. Umwelt, Klima, Armut und Krankheiten machen an Grenzen nicht halt. Ihre Auswirkungen sind weltweit spürbar. Das kann man auch als *realen Kosmopolitismus* bezeichnen. Erste Ansätze dafür waren im 20. Jahrhundert gerade nicht auf die Errichtung einer Weltregierung ausgerichtet – wie man angesichts der Gründung der Vereinten Nationen meinen könnte –, sondern entwickelten sich aus Politikfeldern, in denen grenzübergreifende politische Antworten gefordert wurden. So erklären sich die Verhandlungen für ein internationales, stabiles Währungssystem (Bretton-Woods-System) ebenso wie Forderungen der international vernetzten Umweltbewegung der 1970er- und 1980er-Jahre und jüngst der Demonstrationen für eine nachhaltige Klimapolitik *(Fridays for Future)*.

Neben den grenzüberschreitend wirksamen Funktionssystemen Wirtschaft, Finanzen, Umwelt und Klima ist die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen (*United Nations,* UN) von 2000 ein wichtiger Meilenstein gewesen, mit der 189 UN-Mitgliedstaaten die Armutsbekämpfung in den Zielkatalog der internationalen Gemeinschaft aufnahmen – ein signifikanter Bedeutungsgewinn für Individualrechte. Doch keiner der genannten Ansätze für globale Politik hat mit vergleichbarer Schnelligkeit und Eindeutigkeit politischen Handlungsdruck erzeugt wie die Corona-Pandemie. Unvergleichbar ist auch die Intensität, mit der gleich mehrere systemrelevante Gesellschaftsbereiche betroffen sind: die öffentliche Gesundheit, die Wirtschafts- und Finanzsysteme und nicht zuletzt Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

WHO NOCH KEIN SIGNIFIKANTER AKTEUR

In diesem Moment der Weltgemeinschaft gibt es zwar Ansätze kosmopolitischer Weltanschauung und Wertvorstellungen in Bezug auf die Entwicklung eines global zugänglichen Impfstoffes, der als „einzigartiges globales öffentliches Gut“[13] bezeichnet wird. Kosmopolitisch gedacht und von den „world leaders“ genauso vertreten, soll jeder Mensch den gleichen Anspruch auf Zugang zu einem zu entwickelnden Impfstoff erhalten, unabhängig von Nationalität, Herkunft oder sonstigen Merkmalen.

Doch wenn das bisherige globale Handeln in der Corona-Pandemie aus politisch-philosophischer Sicht im Sinne globaler Rechtsverhältnisse und Ordnungsstrukturen überdacht wird, dann bleiben kosmopolitische Ansätze weit zurück. Zum einen bestimmten zunächst nationale Maßnahmen das Bild der Eindämmungspolitik. Zum anderen ist die internationale Kommunikation im politischen Raum überlagert von Unklarheiten über den Ursprung und die Heftigkeit der Ausbreitung des Virus sowie von Auseinandersetzungen um die mögliche Patentierung eines Impfstoffs und um Erstzugriffsrechte.

Es gibt zwar die 1948 gegründete Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organization,* WHO), in der inzwischen 194 Staaten in globalen Gesundheitsfragen zusammenarbeiten. Noch 2018 erinnerte die WHO anlässlich ihres 70-jährigen Bestehens an ihr kosmopolitisches Verständnis vom *Recht auf Gesundheit*: „Sich des bestmöglichen Gesundheitszustandes zu erfreuen, ist eines der Grundrechte jedes Menschen, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Überzeugung, der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung.“[14] Doch angesichts der Pandemie tut sich die WHO schwer, über Bereitstellung von Informationen und die Unterstützung von Forschungskooperation hinaus als signifikanter Akteur zu weltgemeinschaftlichen Bewältigungsstrategien im Umgang mit der Pandemie beizutragen. Zwar stellt die WHO ein Forum zur Verfügung, wie bei der Jahresversammlung im Mai 2020 sichtbar geworden ist. Doch genau diese Tagung zeigte auch: Internationale Organisationen gründen auf Prinzipien des Völkerrechts, auf Prinzipien der freiwilligen zwischenstaatlichen Kooperation und sind nur so stark, wie es ihre Mitgliedstaaten, insbesondere durch finanzielle Mittel, ermöglichen.

LERNPROZESSE ERWARTBAR, ABER NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH

Für die Welt als Dorf und im Eigeninteresse jedes einzelnen Staates halten internationale Spitzenpolitiker fest: „Dies ist eine einzigartige und wahrhaft globale Herausforderung, und wir müssen unbedingt die besten Voraussetzungen schaffen, um sie zu überwinden.“[15] Das gilt nicht zuletzt für die wirtschaftlichen Folgen, die sich als Herausforderung für die Weltgemeinschaft ergeben. Kosmopolitisch betrachtet, steht die *Weltgemeinschaft* bei globalen Antworten zur Bewältigung der Corona-Pandemie noch ganz am Anfang. Die Dringlichkeit, mit der die Pandemie globales Handeln einfordert, macht kosmopolitische Lernprozesse erwartbar, aber nicht selbstverständlich.

[1] Angela Merkel / Guiseppe Conte / Charles Michel / Erna Solberg / Ursula von der Leyen: „Nur die globale Antwort wirkt“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.05.2020, S. 8.

[2] Coronavirus: World leaders pledge billions for vaccine fight, BBC World, 04.05.2020.

[3] Merkel et al. 2020, S. 8.

[4] Benedikt Köhler: Soziologie des Neuen Kosmopolitismus, Wiesbaden 2006, S. 49; ähnlich: Seyla Benhabib: Dignity in Adversity, Cambridge 2011, S. 103–111.

[5] Ulrich Beck / Edgar Grande: Das kosmopolitische Europa: Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne, Frankfurt 2005, S. 7; ausführlich: Domenica Dreyer-Plum: Kosmo-polis EU. Eine kosmopolitische Untersuchung europäischer Grenzpolitik, Baden-Baden 2017, S. 45–105.

[6] Thomas Cottier: „Das Völkerrecht im Spannungsfeld von Nationalstaatlichkeit und Universalität“, in: Zeitschrift für Politik, Nr. 2/2010, S. 156–169, S. 157.

[7] Jeremy Waldron: „Cosmopolitan Norms“, in: Seyla Benhabib, Jeremy Waldron, Bonnie Honig, Will Kymlicka, Robert Post (Hrsg.): Another cosmopolitanism, Oxford 2006, S. 83, 87, 98.

[8] Georg Cavallar: Pax Kantiana: Systemisch-historische Untersuchung des Entwurfs „Zum ewigen Frieden“ (1795) von Immanuel Kant, Wien 1992, S. 227 f. mit Verweis auf Vitoria 1540: De Indis, 3. Unrechtmäßiger Titel, 1. legitimer Titel.

[9] Eine ausführliche Analyse dazu bei Domenica Dreyer-Plum: „Keine Freiheit ohne kosmopolitisches Recht“, in: Violetta L. Waibel / Margot Ruffing / David Wagner (Hrsg.): Natur und Freiheit, Akten des XII. Internationalen Kant-Kongresses, Berlin 2018, S. 2313–2320.

[10] Immanuel Kant (1795): „Zum ewigen Frieden“, in: Gesammelte Schriften, Preußische Akademie der Wissenschaften, Berlin 1900 ff., Band 8, S. 341–385, S. 358.02–05.

[11] Ebd.

[12] Daniele Archibugi / David Held: Cosmopolitan Democracy. An Agenda for a New World Order. Cambridge 1995; ähnlich Daniele Archibugi: The Hope for Global Democracy as a Challenge for the XXI Century. Conference Papers. International Studies Association Annual Meeting, New Orleans 2010.

[13] Merkel et al. 2020, S. 8.

[14] Verfassung der Weltgesundheitsorganisation. Internationale Gesundheitskonferenz New York, 19.07.–22.07.1946.

[15] Merkel et al. 2020, S. 8.

„Res publica“

Der Staat ist die Sache der Bürger

WALTER SCHWEIDLER
Geboren 1957 in Wassertrüdingen, Altstipendiat und Vertrauensdozent der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor am Lehrstuhl für Philosophie, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt.

„Früher einmal glaubte man an das Verschwinden des Staats. Es war ein Märchen, das sich Marxisten vor dem Schlafengehen erzählten, und es war auch die Lebenslüge der Kommunisten, nachdem sie die Staatsmacht erobert hatten.“[1] Dies schreibt Russell A. Berman, Professor für Germanistik und Vergleichende Literaturwissenschaft in Stanford, mit Blick auf die Lehren, die sich aus der weltweiten Reaktion der Politik auf die Coronakrise entnehmen lassen. Kaum etwas könnte der heute populärsten Nachfolgethese der Untergangsbeschwörer des Nationalstaats, dass die wesentlichen Herausforderungen unseres Lebens tendenziell globalen Ursprungs, globaler Natur und globaler Dimension sind und deshalb überstaatlicher Bewältigungsmechanismen bedürfen, gelegener kommen als eine sich weltweit ausbreitende lebensgefährliche Seuche; und kaum etwas könnte, zumindest nach derzeitigem Stand der Dinge, diese These offenkundiger in Zweifel ziehen als die tatsächliche Folgerung, die über den ganzen Erdball hinweg aus der eingetretenen Notlage gezogen worden ist. Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt: Die traditionellen Definitions- und Konstitutionsbedingungen politischer Legitimität im Selbstverständnis des modernen Rechts- und Nationalstaats bleiben der Schlüssel für das Vertrauen der Bürgerschaft in die Handlungsfähigkeit und Rationalität politischer Zwangsmechanismen im Umgang mit der unwägbaren Gefahr.

Staatsgebiet: Selbstverständlich entscheidet jedes Land souverän, wer in es einzutreten und wer draußen zu bleiben hat, und selbstverständlich kann und muss die entsprechende Entscheidung implementiert und durchgesetzt werden. „Es ist kein Zufall“, um noch einmal Berman, nun mit speziellem Blick auf die jüngere Vergangenheit, zu zitieren, „dass nationale Führungsansprüche aus dem Bestehen auf der Kontrolle nationaler Grenzen hervorgehen: Ein Staat, der seine Grenzen nicht schützen kann, ist ein gescheiterter Staat. Die Grenzschließungen von 2020 sind der Widerruf der deutschen Grenzöffnungen von 2015.“

Staatsvolk: Zweifellos gibt es eine Fürsorgepflicht des Staates für alle zur Bürgerschaft gehörigen Personen hinsichtlich der Gesundheitsversorgung und der sozialstaatlichen Grundgewährleistungen; und selbstverständlich steht keiner externen Instanz ein Rechtsanspruch zu, die Ausdehnung dieser Fürsorgepflicht über die Grenzen des eigenen Landes hinaus zu fordern.

Staatsgewalt: Selbstverständlich gilt das Prinzip des staatlichen Gewaltmonopols und der Unbedingtheit der staatsbürgerlichen Gehorsamspflicht für alle zum Schutz und zur Wahrung der Interessen der Bürgerschaft ergriffenen Maßnahmen, und selbstverständlich gilt das für den modernen Rechtsstaat konstitutive Prinzip, dass mit dem Gehorsam des Bürgers keinerlei Pflicht zur oder auch nur konkludente Erklärung der Zustimmung zu diesen Maßnahmen verbunden ist.

LEGITIMITÄT DER NATIONALEN INSTITUTIONEN

Dies sollte nicht eine Zitation von Lehrbuchformeln sein, sondern die gewiss holzschnittartige und ergänzungsfähige Beschreibung von Prinzipien, die auf der politischen Ebene den Umgang mit der weltweit akuten Gesundheitsgefährdung in den ersten Wochen und Monaten der Coronakrise bestimmt haben. Wenn und insoweit diese Beschreibung stimmt: Was folgt aus ihr für die Besinnung auf die Bedeutung, die der Staat und seine Zwangsgewalt für den – politisch wie ethisch – legitimen Umgang mit solchen Bedrohungen unseres Lebens haben, die tendenziell globalen Ursprungs, globaler Natur

und globaler Dimension sind? Muss man so etwas konstatieren wie eine Gewichtsverschiebung im Verhältnis des Bürgers zum Staat, des Individuums zur Gemeinschaft, der Freiheit zur Sicherheit oder gar des Universalismus und Multilateralismus im Verhältnis zu Nationalismus und Partikularismus?

Selbstverständlich muss man das nicht – jedenfalls dann nicht, wenn man sich den Sinn für die einfachste und eindeutigste Bedingung der Legitimität politischen Handelns und damit staatlichen Zwangs im modernen Rechtsstaat bewahrt hat. Immanuel Kant benannte diese Bedingung in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* als die des Republikanismus, das heißt des schlechthin gültigen Prinzips, dass die Regierenden den Sinn und Umfang ihrer Regierungsgewalt einzig dem Willen und Auftrag der Regierten verdanken und nichts und niemandem sonst, auch nicht etwa den moralischen oder anderweitigen Beweggründen, die sie dazu bewogen haben, sich um diesen Auftrag zu bemühen. Hier liegt der Kern der Antwort auf die Frage nach der Legitimität der nationalen Institutionen im Umgang mit globalen Herausforderungen: Wer sich in seinem politischen Handeln auf Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt beruft, bringt damit nicht das Ergebnis einer in irgendeinem politischen Sinne relevanten Abwägung zum Ausdruck, die er zwischen seinem Regierungsauftrag und anderen Gesichtspunkten vorgenommen hat, sondern er nimmt die Verantwortung wahr, die ihm einzig und allein aus diesem Regierungsauftrag zukommt.

Selbstverständlich kann und muss zwischen denen, die sich diesen Auftrag teilen, über den Inhalt dieser Verantwortung gestritten werden, aber wenn sie das Ergebnis ihres Streits in politisches Handeln umsetzen, tun sie dies aufgrund der Verantwortung vor ihren Bürgern und nur und allein daraus. Ein Politiker nimmt, wenn er dem Amtseid folgt, den er seinem Volk geleistet hat, keinen Akt der Wertung zwischen den Rechten und Interessen seiner Bürger und denen anderer Menschen vor, sondern er nimmt die einzige ihm politisch vorgegebene Verantwortung wahr. Im zwischenstaatlichen Verhältnis zwischen den politisch Handelnden ist Kooperation, gegenseitige Unterstützung und das gemeinsame Lernen aus den Geschehnissen zwar auch unabdingbarer Teil der Verantwortung, die sie gegenüber den von ihnen Regierten tragen; aber sie ist nicht Ausfluss irgendeiner überstaatlichen Legitimationsgrundlage.

„DAS UNABSTIMMBARE“ IN DER DEMOKRATIE

Wenn man das alles gesagt hat, kann man sich behutsam der Frage zuwenden, deren Antwort auf einem anderen Blatt steht, und zwar der Frage: Was heißt hier „der Staat“? In deren Kontext kommen deutlich andere Faktoren ins Spiel als Gebiet, Volk und Gewalt. Drei wesentliche Stichworte lauten hier: Gerechtigkeit, Subsidiarität und Solidarität.

Gerechtigkeit: Der moderne Rechtsstaat hat die Frage nach der Gerechtigkeit definitiv, sogar mit „Ewigkeitsgarantie“, beantwortet, indem er die Grundrechte seiner Bürger als unmittelbare Bindungswirkung der Menschenwürde und Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft auf der Welt institutionalisiert hat. Die Grundrechte setzen somit auch dem Regierungsauftrag Grenzen. Sie schützen das, was Ernst-Wolfgang Böckenförde „das Unabstimmbare“ in der Demokratie genannt hat.[2] Dieses Unabstimmbare ist der eigentliche Prüfstein jeder demokratischen Regierungsform, denn wo sollte das Legitimationskriterium einer Ordnung, die auf dem Mehrheitsprinzip beruht, liegen, wenn nicht in dem, worüber nicht abgestimmt werden kann?

Im Umgang mit den Grundrechten ist für jeden Regierenden höchste Sorgfalt und unbedingte Achtung der Verhältnismäßigkeit gefordert. Dazu gehört elementar das Prinzip, dass in Grundrechte nur auf der Basis von Gesetzen eingegriffen werden darf. Dass freien Bürgern im Kontext der Coronakrise ohne jegliche gesetzlich abgesicherte Verhältnismäßigkeitsabwägung verboten wird, an einer Heiligen Messe teilzunehmen oder sich in ihr Landhaus, das auf ihrem eigenen Grund und Boden steht, zu begeben, sind, wenn man sich die geschichtliche Bedeutung vor Augen hält, die das Recht auf Religionsfreiheit und das Eigentumsrecht für die Entstehung des modernen Rechtsstaates gespielt haben, Ungeheuerlichkeiten. Um solche Rechte zu schützen, haben „wir“, das heißt die freien und gleichberechtigten Bürger in der Achtung vor allen und jedem von uns, den Staat gegründet, der aus diesen Rechten seine Existenzgrundlage, das heißt die uns geschuldete Pflicht, wahrzunehmen hat. Denn, wie heißt es doch so schön am Sonntag: Der Staat sind wir alle.

RECHTS- UND HILFSPFLICHTEN

Subsidiarität: „Der Staat“, das sind nach der Ordnung des deutschen Grundgesetzes zuerst einmal die Länder, zu denen staatsorganisationsrechtlich auch die Kommunen gehören, und schließlich der Bund. Der deutsche Föderalismus hat sich, nach derzeitigem Stand der Dinge, in der Krise bewährt. Was, wie der Grenzschutz, selbstverständlich eine nationale Aufgabe ist, wird national geregelt, was auf anderen Ebenen Flexibilität und Differenziertheit erlaubt oder erfordert, bleibt Sache föderaler Strukturen.

An dieser Stelle muss man einräumen, dass es für den Staat auch einen Aspekt von Subsidiarität „nach oben“ gibt. Der Nationalstaat muss und wird nicht das letzte Wort sein, das die Geschichte über die Frage der politischen Gemeinschaftlichkeit der Menschen zu sprechen hat. Es mag durchaus sein, dass Herausforderungen von transnationaler Dimension zu postnationalen Neubestimmungen unserer geschichtlichen Identität führen. Nur eines muss klar sein: Eine postnationale Identität gibt man sich nicht deshalb, weil man

einsieht, dass es gut wäre, wenn man sie hätte. Identität ist, was da ist oder eben nicht; Identität zu erzwingen oder zu erschleichen, ist das imperiale und tendenziell totalitäre Prinzip, das Ernst Cassirer, nachdem ihm seine eigene bürgerliche Existenz zum Opfer gefallen war, den „Mythus des Staates“[3] genannt hat. Wenn für uns einmal eine postnationale Identität wirklich geworden sein sollte, dann wird sich deren Beglaubigung genau darin zeigen, dass sie sich staatlich konstituiert. Davon ist gerade in diesen Tagen nichts zu spüren. Die Coronakrise wird vermutlich von Nationalstaaten bewältigt werden müssen. Zumindest auf dem europäischen Kontinent gibt es keine postnationale Perspektive, die diese Einsicht relativieren könnte. Schon eine Seuche hat alles überfordert, was an Beschwörungen einer solchen Perspektive im Umlauf war. Was soll man daraus schließen im Blick auf ungleich dramatischere Existenzgefährdungen, mit denen eine wirkliche politische Gemeinschaft fertig werden muss, etwa wenn es um Atombewaffnung, Sicherung der Energieversorgung und Grenzschutz geht?

Schließlich Solidarität: Der Nationalstaat kann sich, wenn es um die Bekämpfung einer Gefährdung geht, die alle politischen Grenzen überschreitet, natürlich zu internationaler und womöglich sogar globaler Verantwortung bekennen und diese wahrnehmen. Ob und wie er das tun soll, ist eine politische, keine ethische Frage. Was die Ethik, also die philosophische Rekonstruktion von rechtlichen und moralischen Verpflichtungen, angeht, so ist ihr allerdings eine schlechthin fundamentale Unterscheidung zu entnehmen, ohne die auf dieser Ebene Rationalität nicht möglich ist, nämlich die Unterscheidung von Rechts- und Hilfspflichten. Rechtspflichten sind Handlungspflichten: Wer eine Rechtspflicht hat, etwa die Entrichtung des Kaufpreises für eine ihm gelieferte Ware, der hat einen konkreten Anspruchsgegner. Hilfspflichten hingegen sind, kantisch gesprochen, Maximenpflichten: Man darf sie nicht ignorieren, aber niemand hat auf ihre Erfüllung einen Rechtsanspruch. Wer nie Almosen gibt, handelt verwerflich; aber wem er sie gibt, ist allein seine Sache. Jede Rede von globaler Verantwortung, die eine solch elementare Unterscheidung wie die zwischen Rechts- und Hilfspflichten ignorieren wollte, wäre angesichts der Nöte einer Erdbevölkerung von derzeit acht Milliarden Menschen im höchsten Grade irrational.

Res publica bedeutet eben für freie Bürger: Was „der Staat“ ist, ist unsere Sache.

[1] Russell A. Berman: „Der Corona-Moment. Die Welt ist voller Bedrohungen. Nur der Nationalstaat kann die Freiheit verteidigen“, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 03.04.2020, S. 16.

[2] Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde: Staat, Verfassung, Demokratie. Studien zur Verfassungstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt am Main 1991, S. 343 ff.

[3] Ernst Cassirer: Der Mythus des Staates (1946), 2. Aufl., Hamburg 2015.

Von 100 auf 0

Olympionikin zu Hause

JANNE MÜLLER-WIELAND
Geboren 1986 in Hamburg,
Spielführerin der Deutschen Hockeynationalmannschaft der Damen.

Als Hockeynationalspielerin, noch dazu eigentlich in unmittelbarer Olympiavorbereitung, wäre ich eigentlich ganzjährig auf Achse. Im Zweifel weiß ich bereits am Jahresanfang, wo ich an jedem der kommenden 365 Tage sein werde. Man kann es sich ungefähr so vorstellen: Während der Bundesligasaison trainiere ich unter der Woche früh morgens – meistens Athletik, also Sprint, Kraft, Ausdauer, Agilität, Yoga – und abends Hockeytraining auf dem Platz oder noch einmal Athletik. In „normalen“ Olympischen Jahren kommt man gut auf acht bis zehn Trainingseinheiten in der Woche *plus* meist zwei Bundesligaspiele am Wochenende. Sobald die Bundesligasaison vorüber ist, sind wir ständig mit dem Nationalteam unterwegs, im Olympischen Jahr bis zu 150 Tage – das heißt Training, Spielvorbereitung, Lehrgänge, Länderspiele in Vorbereitung auf das große Event. Nach einem Highlight wie den Olympischen Spielen gibt es etwa zwei Wochen Pause, bevor die neue Bundesligasaison beginnt.

Mit den „Danas“ – dem Damen-Nationalteam – waren wir zur Vorbereitung auf Olympia kurz vor Weihnachten 2019 in Argentinien und dieses Jahr bereits in Südafrika und Spanien, und das mit mindestens 24 Spielerinnen und circa zehn Personen *Staff*. Mit weniger als dreißig Personen sind wir eigentlich nie unterwegs. Wir teilen uns die Doppelzimmer und haben komplett durchgetaktete und

volle Tagespläne. Für jeden Tagesordnungspunkt gibt es einen einheitlichen Dresscode und klare Abläufe. Und dann drückt plötzlich jemand „Stopp“!

Das wiederum kann man sich so vorstellen: Wir waren gerade alle auf dem Weg zu einem Lehrgang, bei dem wir an unseren Standards – vor allem an der „kurzen Ecke“ – arbeiten wollten: Wiederholungen reinkriegen, Abläufe einschleifen und so weiter. Fünfzehn Minuten vor Beginn kam der Anruf: „Eckenlehrgang abgesagt, alle umdrehen und nach Hause fahren, trefft niemandem mehr und trainiert bis auf Weiteres allein!“ Was auf uns zunächst wie ein verfrühter Aprilscherz wirkte, war natürlich eine ernst gemeinte Ansage von oben. Das war am 12. März 2020 – seitdem sitzen wir mehr oder weniger isoliert zu Hause und beobachten von dort aus das Geschehen: allein, statt im 35-Personen-Tross!

Für mich als Spielführerin des Nationalteams folgten tägliche Videokonferenzen mit dem Deutschen Hockey-Bund, dem Europäischen und dem Welthockeyverband, dem Deutschen Olympischen Sportbund, den deutschen Athletenvertretern und dem Internationalen Olympischen Komitee. Die gesamte Corona-Situation veränderte sich gefühlt stündlich, doch irgendwann stand fest: Olympia wird verschoben.

Die Enttäuschung ist groß, für den Moment platzt das Ziel, auf das einige bis zu vier Jahre lang unter vielen Opfern hingearbeitet haben. Die Olympischen Spiele sind für fast alle Sportler das Größte überhaupt, kein Wettkampf ist wichtiger und höher angesehen als die Olympischen Spiele. Bei einer Weltmeisterschaft messen sich natürlich auch die besten Teams miteinander, aber bei Olympischen Spielen macht man genau das (sogar noch mit weniger Teams), nur dass dort auch alle anderen Sportarten genau das Gleiche tun. Das Flair im Olympischen Dorf ist einmalig – dort wohnen für zwei bis drei Wochen rund 15.000 Sportler aus der ganzen Welt zusammen, jeder mit einem anderen Background (Kultur, Herkunft, Umstände), aber alle mit dem gleichen Ziel und der gleichen Passion für ihren jeweiligen Sport. Man ist endlich ausnahmslos unter Gleichgesinnten. Man fiebert und leidet bei anderen mit, man tauscht sich aus, man lernt, man ist auf einer Ebene. Roger Federer ist dort auch „nur“ einfach einer „von uns“, und so gehen alle miteinander um und freuen sich, „unter sich“ zu sein. Das sind nicht nur Sport-, sondern auch Lebenserfahrungen, die einmalig sind. Dazu kommt natürlich das ganze Drumherum – Eröffnungs- und Abschlusszeremonie, andere Wettkämpfe und Attraktionen, das Deutsche Haus und natürlich der eigene Wettkampf, das Highlight, auf das man vier Jahre hin trainiert und wo man *unbedingt* eine Medaille gewinnen will. Statt nur noch drei Monate bis zu den Olympischen Spielen sind es nun vierzehn, verbunden mit der großen Unsicherheit, ob sie überhaupt stattfinden werden …

Im Team wissen wir nicht, wann wir uns wiedersehen, wissen nicht, für welchen Termin, für welches Spiel, für welches nächste Trainingslager wir allein trainieren, und teilweise wissen wir auch nicht, wann und wie wir überhaupt trainieren. Der Stopp-Knopf hat uns die komplette Struktur weggerissen, auf der unser Leben aufbaut – für uns alle eine ganz neue Herausforderung.

Anfangs habe ich noch (allein mit zwei Schlägern) Squash gespielt und Krafttraining gemacht, bis auch das Fitnessstudio

geschlossen wurde. Zum Glück sind in meiner Garage vier Quadratmeter Kunstrasen verlegt. Was anfangs noch irgendwie mein persönliches Highlight war, flachte schnell ab – allein und ohne konkrete Perspektive in der dunklen Garage auf einem kleinen Fleck Kunstrasen zu sein, anstatt irgendwo auf der Welt mit meinen Mädels und Trainern, auf dem Weg zum größten Sportereignis der Welt …

Relativ schnell folgte das Yoga-Angebot via Zoom mit unserer Yoga-Lehrerin Basia Plaza, die uns normalerweise auf Tour begleitet. Natürlich könnte man auch irgendeine YouTube-Yogasession einschalten, aber Basia ist uns vertraut; beim Einwählen und nach der Session sehe ich kurz meine Mitspielerinnen und kann – wenn auch nur ganz kurz – mit ihnen quatschen, und noch dazu gibt es für uns wieder einen festen Termin im Tages-/Wochenplan: Yoga dienstags, donnerstags und freitags. Dazu kommen eine digitale Athletikeinheit mit unserem Athletiktrainer am Mittwoch, Laufprogramme, andere Trainingsangebote, die man auch ohne Kraftraum zu Hause absolvieren kann, Sitzungen mit unserer Team-Psychologin, mit unserem Bundestrainer … und so füllt sich die Woche wieder, aber auch das ist einfach nicht dasselbe.

Dank der Lockerungen darf man inzwischen wieder mit den üblichen Abstands- und Hygienevorschriften in Kleinstgruppen Athletik- und Hockeytraining absolvieren. Das ist eine tolle Verbesserung, aber gleichzeitig noch sehr weit entfernt vom Hockey – einer Mannschaftssportart, die man im Team und mit einem Gegner nicht mit anderthalb Metern Abstand spielen kann.

Zwar können wir dank der Digitalisierung gut im Team in Kontakt bleiben und uns auch ab und zu mal sehen, aber das ersetzt nicht im Entferntesten das, was ich einmal „Qualitätszeit mit einem Team“ nennen möchte – Zeit, die wichtig ist, um die Mannschaft zu formen, um Teamspirit und -kultur aufrecht zu erhalten und um überhaupt einfach Zeit mit seinen Freundinnen zu verbringen.

Die Chancen, dieses Jahr eine Medaille bei den Olympischen Spielen zu gewinnen, standen ganz gut – wir waren auf einem guten Weg und haben großes Potenzial mit der Mannschaft. Nun werden die Karten wieder völlig neu gemischt – für uns individuell und für uns als Mannschaft. Schaffe ich es wieder, meine Leistung abzurufen, mir einen Platz im Team zu erkämpfen? Schaffen wir es als Team wieder, in Topform zu kommen und im Vergleich mit den anderen Top-Nationen vorn mitzuspielen? Die Niederlande trainieren schon wieder mehrmals wöchentlich mit der Nationalmannschaft – wir freuen uns gerade, überhaupt mal auf den Platz zu dürfen … Die Bundesliga wird nicht vor September losgehen, und wann das nächste Länderspiel sein wird, weiß bisher auch niemand.

Wir haben alle die Situation verstanden und priorisieren Gesundheit und das Allgemeinwohl klar vor unserem Sport, unserer Leidenschaft. Ich glaube, vielen von uns wäre es sogar eher unangenehm, mit Ausnahmeregelungen wieder unsere Liga spielen zu dürfen, während vieles in Deutschland – für Menschen, die Unterstützung viel nötiger hätten – noch verboten ist. Deswegen sitzen wir zu Hause, beobachten das Geschehen und warten auf den Tag, an dem wir nicht mehr allein, sondern wieder als Teil eines 35-Personen-Trosses, durch unsere Hockeyleidenschaft verbunden, unterwegs sein können.

„Nachspielzeit“

Schreiben unter Corona

BURKHARD SPINNEN
Geboren 1956 in Mönchengladbach, freier Schriftsteller, lebt in Münster.

Gleich werde ich den Motorroller aus der Garage holen und in den Ort fahren, um Brötchen zu holen. Vor der Bäckerei wird mich das mittlerweile bekannte Bild erwarten. Die Kunden stehen in einer Schlange, die über den Bürgersteig bis zum Nachbarhaus reicht, und sie halten großzügigen Abstand. Die Bäckerei ist umgebaut; man geht wie gewohnt hinein, aber hinaus geht es durch den kleinen Wintergarten, der zuvor als Miniaturbistro gedient hat. Über der Theke sind Plexiglasschilde mit schmalen Durchreichen hochgezogen. Am Boden markieren rote Klebestreifen, inzwischen ziemlich abgeschabt, wie man sich zu bewegen und wo genau man zu stehen hat. Ich beobachte verschiedene Interpretationen dieses Reglements. Manche Kunden trauen sich nicht, den Menschen rechts an der Theke zu überholen, wenn der Platz links frei geworden ist, womöglich aus Angst, den Mindestabstand zu unterschreiten. Die Bäckereiverkäuferinnen geben dann mündliche Anweisungen oder lotsen die Kunden mit Handzeichen an den freien Platz. Sie tragen Plexiglasvisiere, die vor ihren Gesichtern schweben, die Kunden samt und sonders Mund- und Nasenschutz. Die Variantenbreite ist eher gering, geschätzt achtzig Prozent benutzen die quadratischen, quer gefältelten Masken aus Papier oder Stoff. Nur eine Minderheit trägt die professionellen FFP2-Masken oder hat sich einen Schal ums Gesicht gewickelt. Ich selbst habe mit der Sturmhaube, die ich unter dem Sturzhelm trage und jetzt nicht abziehe, ein Alleinstellungsmerkmal, von dem ich nicht genau weiß, ob es mir peinlich ist.

Ein Bäckereibesuch im Mai 2020. Ein winziges, ein beinahe verschwindend kleines Beispiel für die Masse der Veränderungen, die in kürzester Zeit, oft von einem Tag auf den anderen, über unseren Alltag gekommen sind. Die Pandemie ist omnipräsent, kaum ein Lebensbereich, der nicht betroffen ist. Ich durfte meine Frau eine Woche lang nicht im Krankenhaus besuchen. Stattdessen spielten wir die Balkonszene aus *Romeo und Julia* in einer leicht absurden Variante nach, meine Frau am Fenster im sechsten Stock des Krankenhauses, ich selbst inmitten einer Baustelle davor, beide unsere Smartphones ans Ohr gedrückt.

Mittlerweile machen wir wieder unsere täglichen Spaziergänge mit den Hunden. Wenn uns andere Hundehalter begegnen, stupsen die Tiere wie üblich einander die Schnauzen zwischen die Beine, während wir Menschen uns an den jeweiligen Rand des Spazierweges drücken und über die distanzlosen Hunde hinweg etwas distanzierte Konversation machen.

Um acht Uhr abends treffen sich meine Frau und ich vor dem Fernseher. Es hat etwas vom täglichen Gottesdienst; schließlich geht es nicht nur um Fakten und Zahlen, sondern auch um Glaubensbekundungen und um die Erfahrung, dass wir uns in einer Gemeinschaft von Gleichen befinden. Wir sind zwar nicht vor Gott gleich, jedenfalls ist davon nicht die Rede, aber dafür gibt es immer eine Fülle neuer Beweise dafür, dass und wie wir alle von den Folgen der Pandemie betroffen sind. Und stets wird unser aller gemeinsame Hoffnung artikuliert, die Hoffnung auf die aktuelle Form der Erlösung, mag sie „Lockerung“ oder, in ihrer höchsten Stufe, „Impfstoff“ heißen.

Dabei bilden wir eine vergleichsweise kleine und überschaubare Gemeinschaft, auch wenn sie achtzig Millionen umfasst. Denn von der großen Welt um uns herum erfahren wir um acht Uhr abends nur noch sehr wenig, auch wenn es dort schaurig zugeht. Dafür ist kein Platz mehr in der Nachrichtensendung, so beschäftigt sind wir mit unserem kleinen Leben unter der Kuratel des Virus.

Mit all dem erzähle ich niemandem etwas Neues. Aber ich brauche diese wenig originelle Ouvertüre, um eine spezielle Frage vorzubereiten, die mich seit Wochen bewegt. Im Januar habe ich einen Roman zu schreiben begonnen, dessen Thema mir schon seit einiger Zeit durch den Kopf geht. Hauptfigur soll ein Mann Anfang sechzig sein, dessen Berufsleben (erfolgreich, aber unspektakulär) zu Ende geht und der nicht weiß, wie er den letzten

Abschnitt seines Lebens gestalten soll. Er fühlt sich immer noch so, wie er sich mit dreißig gefühlt hat; mit Vorstellungen wie „Reife“, „Erfahrung“, „Gelassenheit des Alters“ et cetera kann er nichts anfangen. Ihm fehlt das Konzept, das Bild für die kommenden Jahre. Geradezu kopflos stolpert er in seine Sechzigerjahre, so wie er mit vierzehn ins Erwachsensein gestolpert ist. Nur fehlt ihm jetzt, was ihn damals tröstete, als mit vierzehn und auch noch mit dreißig der Horizont des Lebens noch nicht im Blick und nur der Himmel die Grenze war. Damals half die Vorstellung von der eigenen Unsterblichkeit über die Verwirrung; jetzt trübt die Gewissheit der Sterblichkeit zusätzlich die Gegenwart.

Es gibt noch ein weiteres, die Handlung vorantreibendes Ereignis im Leben des besagten Mannes, von dem ich hier nichts verraten will. Nur so viel: Es passiert ihm etwas Skurriles und Rätselhaftes; und es ist nicht zuletzt dieses Handlungselement, das mich in den ersten Wochen der Arbeit immer wieder zu der Geschichte hinzog und dafür sorgte, dass ich mit dem Schreiben einigermaßen gut vorankam, obwohl ich mich gleichzeitig mit der Redaktion meines dritten, ziemlich umfangreichen Kinderbuches befassen musste.

Und jetzt wird es problematisch. Ich hatte die Handlung des Romans in keiner bestimmten Zeit angesiedelt, er sollte in einer nicht genauer bestimmten Gegenwart spielen sowie in der Vergangenheit des Protagonisten. Ich wollte, wenn ich das so sagen darf, ein sozialpsychologisches Phänomen schildern, und dazu brauchte es keine dominante Tagesaktualität. Doch dann kam Corona. Am Freitag, dem 13. März, wurde der allgemeine Lockdown angekündigt, kurz darauf trat er in Kraft. Das öffentliche Leben wurde umgebaut, wenn nicht gar abgestellt, Menschen wurden voneinander separiert. Nähe, bislang überwiegend eine soziale Metapher für Solidarität, Aufmerksamkeit und Hilfsbereitschaft, verwandelte sich in eine Metapher für Ansteckung, Krankheit und Tod. Gleichzeitig wurde die Differenzierung und Individualisierung der Menschen, ein Zeichen unserer Zeit, geradezu aufgehoben. Nicht mehr alle gegen alle, sondern alle gegen Corona. Als gäbe es wieder den einen Feind, die klare Trennung zwischen gut und böse, richtig und falsch. Dieser Zustand herrscht jetzt, da ich diesen Text schreibe, seit fast elf Wochen; und wenngleich permanent von sogenannten Lockerungen der Corona-Maßnahmen die Rede ist, steht doch bereits fest, dass sich die akuten Veränderungen von Staat und Gesellschaft nicht allesamt werden rückgängig machen lassen.

Und nun die Frage: Was bedeutet das für mich? Natürlich auch den schmerzlichen Rückgang meiner Einkünfte durch den Ausfall praktisch sämtlicher Veranstaltungen. Aber was bedeutet es für meinen Roman? Was kann, was muss ich jetzt tun, wenn ich weiter daran schreiben will?

Ich sehe drei Möglichkeiten. *Erstens:* Ich siedele den Text ausdrücklich in der Vor-Corona-Zeit an. Das enthebt mich jeder Rücksicht auf die dramatische Veränderung der Zeitläufte. Doch ich weiß: Dabei käme ich mir vor, als würde ich Drückebergerei betreiben. Mehr noch, als würde ich ein Phänomen, das wie kaum ein anderes zuvor in den letzten Jahrzehnten alle Menschen

existenziell betrifft, aus meiner Darstellung ausklammern und sie damit unvollständig, ja defizient machen.

Zweitens: Ich lasse den Roman 2022 oder 2023 spielen, das heißt: nach Entdeckung und Verbreitung eines Impfstoffes. Damit hätte ich die Freiheit, eine womöglich in wesentlichen Teilen veränderte Gesellschaft zu schildern, doch würde ich damit (nach meinem Empfinden) zumindest teilweise ins Genre der Science-Fiction-Literatur wechseln, in dem ich mich womöglich recht unwohl fühlen könnte. Ich sehe mich beim Schreiben schon von der dauernden Sorge verfolgt, ob meine Konstruktion einer Nach-Corona-Gesellschaft der Wirklichkeit wird standhalten können. So würde ich womöglich bei der Sorge um die „passenden“ Umstände meine Hauptfigur verlieren.

Drittens: Ich lasse den Roman exakt jetzt spielen. Ich stülpe meiner Figur nicht nur ihre individuelle Lebenskrise, sondern auch die durch Corona hervorgerufene allgemeine Welt- und Bewusstseinskrise über den Kopf. Das hieße natürlich auch: Ich nehme billigend in Kauf, meinen Text zumindest partiell von der Pandemie regieren zu lassen, von ihren Launen, ihren Wendungen und ihren Katastrophen.

Kann man verstehen, wie sehr mich diese Frage umtreibt? Die letzten 75 Jahre haben für uns Deutsche mit Ausnahme des Zusammenbruchs der DDR 1989/90 wohl keinen dermaßen tiefen Einschnitt in die Alltagsroutinen gebracht. Unsere zeitgenössische Literatur konnte wesentlich leichter in einem „Irgendwann“ spielen, sich leichter von den politischen und sozialen Umständen freimachen oder fernhalten, als sie das in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts konnte, als Krieg und Gewaltherrschaft alles tingierten. Jetzt aber ist eine Zeit heraufgezogen, in denen Menschen sich nicht einmal die Hand geben dürfen. Jobs gehen zum Teufel, viel geliebte Selbstverständlichkeiten wie Fernreise und Verbrennungsmotor geraten auf den Index – und wie verliebt man sich eigentlich unter beziehungsweise nach Corona?

Ich weiß wirklich nicht, was aus meinem Text werden soll. Ich werde ihn gleich wieder aufrufen und dann womöglich, wie so oft in den letzten Tagen, ein oder zwei Stunden ratlos davor sitzen. Nur eines weiß ich: Der Roman trägt den Arbeitstitel „Nachspielzeit“. Und bei dem wird es bleiben. Der passt, so oder so.

Der Beitrag ist Teil einer Reihe, die im neuen Blog der Politischen Meinung *erscheinen wird. Unter dem Motto* „Komm! ins Offene, Freund!“ *(Friedrich Hölderlin) werden dort Texte zu lesen und zu hören sein, in denen namhafte Schriftstellerinnen und Schriftsteller ihre Erfahrungen und Perspektiven zur COVID-19-Pandemie reflektieren.*

Auf seiner Website veröffentlicht Burkhard Spinnen seit Mitte April 2020 regelmäßig an jedem Montag einen „Corona-Brief“, in dem er verschiedene Phänomene der Pandemie in den Blick nimmt (www.burkhardspinnen.de).

„Du bist hier nicht beim Fernsehen“

Eine deutsch-deutsche TV-Legende blickt zurück auf ihre Stasi-Haft

EDDA SCHÖNHERZ

Geboren 1944 in Bad Landeck (heute Lądek-Zdrój, Polen), eine ehemalige deutsch-deutsche Fernsehansagerin. Aufgewachsen in Ost-Berlin, studiert sie ab 1963 drei Jahre an der Fernsehakademie in Berlin-Adlershof Ansage- und Fernsehmoderation. 1969 moderiert sie die erste Sendung im DDR-Farbfernsehen. Als sie wegen der erdrückenden Zensur offenkundig Ausreiseabsichten zeigt, gerät sie in das persönliche Visier von Stasi-Chef Erich Mielke, was ihr drei Jahre Haft im Frauengefängnis Hoheneck einbringt. 1979 wird ihr die Ausreise zusammen mit ihren Kindern genehmigt. Kurz darauf engagiert sie der Bayerische Rundfunk.

Als Opfer der SED-Diktatur tritt Edda Schönherz als Zeitzeugin in Gedenkstätten und im Fernsehen auf. 2006 wird ihr für ihr Engagement für die Aufarbeitung von SED-Unrecht das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Dieses Interview ist der sechste Teil einer Serie, in der der einstige DDR-Oppositionelle Axel Reitel seine Gesprächspartner – wie er ebenfalls politische Häftlinge – zu ihren Hafterfahrungen und den daraus erwachsenden Konsequenzen befragt. Reitel, geboren 1961 in Plauen (Vogtland), wurde 1982 von der Bundesrepublik Deutschland „freigekauft“. Heute arbeitet er als Journalist und Schriftsteller.

Foto: © picture alliance / rtn – radio tele nord

Du warst eine strahlende Erscheinung im DDR-Fernsehen – einfach umwerfend. Dabei war Dir dieses Glück nicht in die Wiege gelegt.

Edda Schönherz: Meine Mutter starb, da war ich anderthalb. Als mein Vater starb, war ich vierzehn. Mit achtzehn wurde meine Tochter Annett geboren, elf Monate später mein Sohn René – und das Schlimme war, dass mein Mann Peter kurz darauf an Blutkrebs starb. Damals wurden die jungen Männer für anderthalb Jahre zur Nationalen Volksarmee eingezogen. Nach einem Jahr kam er nach Hause und verstarb mir innerhalb weniger Wochen. Da bin ich nach Strausberg, wo er stationiert war, und habe gefragt: „Wie ist das möglich?“ Da hat man mir nur gesagt: „Das kann jeder kriegen“ – aber das habe ich denen nicht geglaubt. Viele Jahre später sollte ich aus den Akten erfahren, dass er beim Militärdienst Uran abstrahlende Gefahrengüter zu fahren hatte. Mit ihm wurden weitere drei Kameraden verstrahlt.

Und wie konntest Du trotz allem für das Fernsehen entdeckt werden?

Edda Schönherz: Ich habe an der Abendschule Abitur und dann eine Ausbildung zum Großhandelskaufmann gemacht, hatte mein Auskommen, konnte für die Kinder sorgen. Nebenbei habe ich in einer Artistengruppe, bei den „Luftkometen“, mitgearbeitet. Dreimal in der Woche trainierte ich am Hochseil und am Trapez und habe dann bei Aufführungen auch durchs Programm geführt. Das hat jemandem vom DDR-Fernsehen so gut gefallen, dass er mich nach einer Veranstaltung angesprochen hat, ob ich nicht mal beim Deutschen Fernsehfunk vorsprechen möchte. Die suchten Moderatoren und Journalisten, denn sie eröffneten das Farbfernsehprogramm der DDR.

Plötzlich hattest Du den Traumberuf schlechthin …

Edda Schönherz: Für junge Frauen in der DDR war das ein Traumberuf – und

wenn dir das angeboten wurde, dann gingst du hin und machtest das. Und so bin ich zum Vorsprechen gekommen und von ungefähr 275 Frauen übrig geblieben. Dann haben wir drei Jahre Fernsehakademie absolviert – mit dem Anspruch, dass die Leute auf dem Sender besser sein mussten als im Westen.

Wie politisch ging es zu?

Edda Schönherz: Jeder bekam einen Bildschirmpass, ohne den keiner auf Sendung gehen durfte. Am 3. Oktober 1969 habe ich noch die Erstausstrahlung des Farbfernsehprogramms der DDR mitmoderiert. Kurze Zeit später war der Erich, ein Kollege, der auch auf Sendung war, plötzlich weg. Da haben wir gefragt: „Wo ist denn Erich?“ Irgendjemand hatte angerufen und sich beschwert, wie denn der Deutsche Fernsehfunk einen Mann beschäftigen könne, der früher bei der Armee einen politischen Witz erzählt hatte. So bekamen wir alle den ersten Warnschuss, nach dem Motto: Die Gedanken sind frei, aber nicht bei unserer Arbeit!

Dennoch hat mir die Arbeit Spaß gemacht. Nach kurzer Zeit hatte ich sogar eine eigene Sendereihe und habe beispielsweise aus der Staatsoper Unter den Linden oder die Strauß-Abende im Dresdner Zwinger moderiert – mit Künstlern wie David Oistrach oder Yehudi Menuhin.

Ging es in Deinem Bereich nicht auch um das politische Bekenntnis zu Staat und Partei?

Edda Schönherz: Leute, die sich beworben hatten, mussten erst einmal ihre positive politische Einstellung erklären. Aber mich wollte man ja haben. Also musste ich kein politisches Bekenntnis ablegen. Vielleicht hat man das bei mir auch nur vergessen. Jedenfalls brauchte ich mich nie dazu zu äußern und habe mich natürlich auch nicht dazu geäußert.

Die wollten Dich aber in die Partei holen?

Edda Schönherz: Ich habe um Verständnis gebeten, dass ich mich noch nicht reif dafür fühlte und mich noch darauf vorbereiten wollte. Und das haben sie mir nicht mal übel genommen. Ich wurde ja auch bei den Zuschauern anerkannt, die haben mich gemocht – und dagegen konnten sie nichts sagen.

Wie kam es trotzdem zum Konflikt?

Edda Schönherz: Sagen wir mal so: du bist in der DDR und willst ein Buch schreiben. Dann sagt das Zentralkomitee der SED, dieses Buch erscheint aber nur, wenn wir es gelesen und zensiert haben. Danach kommt es zurück, aber es ist dann eigentlich gar nicht mehr dein Buch. Das war natürlich auch bei uns Ansagerinnen so: Wir haben unsere Ansagen geschrieben, mussten sie aber eine Woche vor der Sendung beim ZK abgeben. Nachdem sie zensiert worden waren, durfte kein Wort mehr geändert werden. Trotzdem musste der Text im Kopf sitzen und vorgetragen werden.

Und was wirklich „im Kopf“ vor sich ging, durfte nicht mehr raus.

Edda Schönherz: Wenn es dir gut geht, denkst du eine Weile gar nicht so sehr daran. Schon als Kind gab es diese Erfahrung. Mein Vater, ein Zahnarzt, hatte eine

ganz andere politische Einstellung, aber er wusste, was Diktatur bedeutet. Nach der braunen kam er mit der Familie in eine rote Diktatur hinein. Es war riskant, öffentlich zu sagen, was du denkst – und das galt natürlich ganz besonders im Sender. Nachher hat sich bestätigt, dass unter dem Aufenthaltsraum eine Abhörkammer war. Wir wurden abgehört, wenn wir uns unterhielten – das hat man gespürt oder geahnt.

Alles ging direkt zum roten Telefon von Mielke. Meistens waren die Sendungen ja live, und so hätte einfach einer sagen können: „Diese Scheiß-DDR!“, aber der Bildschirm wäre sofort schwarz gewesen.

Dann haben sich einige Kollegen abgesetzt?

Edda Schönherz: In meiner Sendereihe hatten wir ein gut eingespieltes Team, aber irgendwann kam der Techniker nicht mehr, dann fehlten der Ton-Mann und ein Kameramann, schließlich der Dramaturg. Wir hörten, dass sie Karten aus Hamburg geschrieben hatten: „Wir sind jetzt beim NDR, haben eine wunderbare Arbeit, verdienen zauberhaftes Geld und hoffen, dass ihr auch bald hier seid.“ Und dann fängt man an, zu überlegen: Wenn du in deiner Arbeit frei arbeiten und dich entfalten möchtest, dann musst du – ich war damals dreißig – jetzt eine Entscheidung treffen.

Es war die Zeit der Helsinki-Verträge.

Edda Schönherz: Wir dachten, dass uns zugutekommt, dass Erich Honecker über die KSZE-Akte verhandelt, durch die auch die DDR grundlegende Menschen- und Freiheitsrechte anerkannt hätte. Und da sind wir, mein Lebenspartner John und ich, mit den Kindern nach Budapest gereist, um zu sehen, welche Möglichkeiten zur Ausreise für uns bestehen. Zur Sicherheit hatten wir aber Johns Eltern in mein Haus in Mahlsdorf geholt – für den Fall, dass irgendetwas sein sollte und die Kinder zurückkommen würden.

Ihr habt euch in der Botschaft der Bundesrepublik in Ungarn erkundigt.

Edda Schönherz: Ja, aber dort hat man uns gesagt, dass man für uns nichts tun könne. Der Botschafter war sogar beunruhigt und sagte mir: „Sie wissen doch, dass wir fotografiert und abgehört werden.“ Ich sagte darauf: „Na, dann wissen Sie aber auch, was passiert, wenn Sie uns wieder aus der Botschaft herauslassen.“

Schon beim Abflug in Budapest und intensiv nach der Ankunft in Berlin-Schönefeld bemerkte ich die „Schatten“ an der Gangway und sagte zu meinen Kindern: „Ab sofort sind wir nicht mehr allein.“ Die Staatssicherheit mietete in den Nachbarhäusern Zimmer, arbeitete mit Wanzen und Richtmikrofonen, hörte das Telefon ab.

Wann und wie erfolgte die Verhaftung?

Edda Schönherz: Eine Woche später, montags früh, kurz vor sieben Uhr, erfolgte der Zugriff. Ich lag im Bett, und als die Schlafzimmertür aufging, glaubte ich zunächst, meine Kinder kämen herein; stattdessen standen zwölf Stasimänner und eine Frau vor meinem Bett. Und dann haben sie mich abgeführt. Mein Sohn, damals elf Jahre, hatte mit der Großmutter schon in der Küche gefrühstückt

Ankündigung der Sendung „Die Welt verändern wir“, Schulfernsehen des Deutschen Fernsehfunks, 11. Juni 1974. Foto: © DRA

Ankündigung des Abendprogramms, beginnend mit dem Film „Lili Marleen“ von Rainer W. Fassbinder, Bayerischer Rundfunk, 26. Januar 1985. Foto: © ARD / Bayerischer Rundfunk

und schrie jetzt immer wieder: „Mama, Mama, Mama“ und klammerte sich an mir fest. „Mama kommt gleich wieder“, versuchte ich ihn zu beruhigen. Dass es drei Jahre dauern würde, ahnte ich noch nicht. In diesen drei Jahren Haft, die folgten, durfte ich meine Kinder nicht einmal sehen.

Nach der Verhaftung trat Dir der „Meister der Angst“ persönlich gegenüber.

Edda Schönherz: Ich wurde in die Normannenstraße nach Berlin-Lichtenberg gebracht – zum Hauptsitz des Ministeriums für Staatssicherheit. Dort hat man mich 22 Stunden lang verhört. Irgendwann kam einer rein, da habe ich bei mir gedacht: „Oh, ist der hässlich mit den Zahnlücken.“ Sofort brüllte er los: „Wenn Sie glauben, wir lassen eine Renate Hubig illegal gehen und eine Edda Schönherz legal, das können Sie sich aus dem Kopf schlagen. Wir haben Ihnen die Möglichkeit gegeben, das zu werden, was Sie heute sind. Sie waren das Aushängeschild unseres Landes, und jetzt wollen Sie uns den Rücken kehren? Das werden Sie bereuen! Sie kommen hier nie wieder raus!“ Damit ging er wieder, und erst jetzt wurde mir klar: Das war Erich Mielke persönlich.

In der Stasi-U-Haft in Hohenschönhausen ging der Albtraum weiter.

Edda Schönherz: Man kennt all die Schikanen. Du musstest dich völlig nackt ausziehen – und im Raum saßen ein Mann und eine Frau, die aber immer wieder mal rausging. Meinen Schlüpfer habe ich anbehalten wollen, weil ich meine Periode hatte, da schrie die „Wachtel“ mich an: „Ich habe gesagt, nackt ausziehen. Alles auf den Tisch hier!“ In so einem Moment schaltest du in einen Modus, in dem du das Gefühl hast, aus deinem Körper herauszutreten. Ich habe ihr die Binde auf den Tisch geknallt, und seit diesem Moment hatte ich bis zu meiner Entlassung keine Periode mehr. Alles war sehr bewusst gemacht: Grätschen! Kniebeugen! Bücken! Und dann zieht sie sich einen Gummihandschuh an und fährt dir durch sämtliche Körperöffnungen.

Als Nächstes folgte die Zellenspionin …

Edda Schönherz: Du glaubst, du kommst in eine Einzelzelle, und dann geht die Tür auf, und da sitzt schon eine junge Frau drin. Und was macht man nach so einer Tortur, in einem solchen Ausnahmezustand? Man ist froh über den, der dein Schicksal teilt, und fängt an zu erzählen. Erst nach vierzehn Tagen ist es mir komisch vorgekommen, dass sie viel von mir wissen wollte. Da habe ich ihr etwas über einen ausgedachten Herrn Kirschbaum erzählt. Nach drei Tagen sprach mich mein Vernehmer an, wer denn dieser Herr Kirschbaum sei. Da sagte ich: „Herrn Kirschbaum kenne ich nicht. Die Geschichte ist frei erfunden.“ Das hatten sie nicht sehr gern, wenn man ihre Arbeit so aufdeckt. Aber als ich in die Zelle zurückkam, war die Frau nicht mehr da.

Im Februar 1975 kamst Du nach Hoheneck, in die berüchtigtste Strafvollzugseinrichtung für Frauen in der DDR, auch „der dunkle Ort“ genannt. Wie ging das vor sich? Mit welchen Eindrücken musstest Du fertig werden?

Edda Schönherz: Gleich nachdem die Gefängnistüren hinter dir zugeknallt waren,

ging es wieder los mit „Untersuchungen“: ausziehen, mit anderen in Reih und Glied aufstellen. Einer geht dir mit einem Kamm durch Haare und Schamhaare und beim Nächsten genauso – mit demselben Kamm. Und dann kommen irgendwelche Läusemittel dazu. Dann Kleiderkammer, wo du deine Kleidung und alles Persönliche abgeben musst. Und da steht dann „Buletten-Elli“, die ihr Kind durch den Fleischwolf gedreht hat, weil sie sich an dem Vater rächen wollte, der einen Nagel des Kindes in seiner Bulette fand. Und dann kriegst du die Knast-Klamotten, abgetragene Armeeuniformen, viel zu groß meistens. Und wenn ich etwas beanstandet habe, hieß es: „Du bist hier nicht beim Fernsehen. Wir sind hier im Strafvollzug.“

Wie sah die Zelle aus?

Edda Schönherz: 26 andere Frauen waren schon in der Aufnahmezelle. Dreistockbetten, eine Toilette für alle und drei Waschgelegenheiten an so einem Waschtrog, nach dem Motto: Uns sind zehn Mörderinnen lieber als eine politische Gefangene. Nach der Isolation in Hohenschönhausen kam nun diese Konfrontation mit so vielen Frauen. Uns Politische haben sie da reingesteckt, um uns zu zeigen, wo wir hingehörten.

Was hat Dich am meisten schockiert?

Edda Schönherz: In Hoheneck lernte man, was Knast bedeutet. Vorher aber schon, nach der Verurteilung, vor der Verteilung in die Gefängnisse, in der Zwischenstation, im Polizeipräsidium Keibelstraße, liefen gespenstische Szenen ab. Alles, was du unter menschlichem Anstand für selbstverständlich gehalten hast, ging verloren: Aus den Toiletten blubberte es, weil man sich über die abgepumpten Toilettenabflüsse unterhielt. Oder dass die Männer Behältnisse mit Sperma aus den Gitterfenstern zu den Frauen herunterließen, die damit schwanger werden wollten, um aus dem Gefängnis zu kommen. In Hoheneck saß der Schock aber schließlich noch tiefer. Du versuchst, das alles irgendwie verarbeiten, auch weil du bisher gemeint hast: Im Sozialismus gibt es keine Mörderinnen und Schwerverbrecherinnen. Und dann wirst du damit direkt konfrontiert. Gott sei Dank haben wir – fünf, sechs Frauen, politische Häftlinge – zusammengehalten.

In Hoheneck wurdest Du auch zur Arbeit verpflichtet.

Edda Schönherz: In der Aufnahmezelle saß der Neuzugang sechs Wochen lang, dann wurden Kommandos eingeteilt. Hoheneck hatte die Fabrikation von Damenstrümpfen – Marke „Ester“, die in der DDR sechzehn DDR-Mark kosteten, im Westen am Wühltisch 99 Pfennig. Ich war aber bei „Elmo“, der Herstellung von Elektromotoren für Kaffeemühlen, Waschmaschinen und Kühlschränke. Kupferdrähte mussten mit der Hand gewickelt, gelötet und geschweißt werden. Viele Frauen hatten vom Wickeln völlig deformierte Hände.

Wie groß war die Verzweiflung?

Edda Schönherz: Die breitete sich vor allem unter den Kriminellen aus. Unter mir war eine, die hat sich an den Matratzenfedern aufgehängt. In der Gesundheitsabteilung waren Frauen, die ganze Bestecke oder Scheren geschluckt hatten, damit sie auf diese Station kamen. Einmal habe ich eine Trage mit einer toten Frau vor der Station gesehen. Wie ich später erfuhr, haben sie die Frau nicht behandelt und sie einfach sterben lassen.

Unter den Politischen herrschte diese Art von Verzweiflung eher nicht.

Du hast Hoheneck überlebt, musstest in der DDR auch noch einiges durchmachen. Du hast aber Deine Kinder wiedergehabt.

Edda Schönherz: Natürlich machst du dir als Mutter Gedanken, wie deine Kinder das aufgefasst haben werden. Werden sie Verständnis dafür gehabt haben, dass ihre Mutter drei Jahre im Gefängnis war, dass sie sie drei Jahre nicht sehen durften? Und werden sie verstehen, dass ich das auch für sie getan habe? Aber glaube mir, Blut ist dicker als Wasser. Das Vertrauen war sofort wieder da. Wir haben noch zwei Jahre in der DDR bleiben müssen – mit der Begründung, wie ich später erfuhr, dass wir Geheimnisträger gewesen seien. Ich war aber keine Geheimnisträgerin, die wollten mich nur in meinem Beruf fertigmachen. Und das ist ihnen Gott sei Dank nicht gelungen.

Dann warst Du doch noch einmal 22 Jahre Moderatorin beim Bayerischen Rundfunk.

Edda Schönherz: Wir sind am 12. Dezember 1979 ausgereist, und ich habe mich sofort bei fünf Sendern beworben. Drei Sender haben sofort zugesagt, darunter der Bayerische Rundfunk. München hat mir sehr gut gefallen, und ich habe gehofft, du bist dort weit genug weg von der DDR und sicher. Trugschluss, wie sich herausstellte.

Ist Dir die Stasi also bis nach Bayern gefolgt?

Edda Schönherz: Als ich dann beim Bayerischen Fernsehen war, glaubte ich, den Klauen der Stasi entronnen zu sein, aber das war ein Trugschluss. Bis Ende 1987 wurde ich im Bayerischen Rundfunk vom MfS observiert. 1990 wurden zwei Stasi-Mitarbeiter enttarnt, unter anderem der Produktionsleiter, Herr Nippel! Ich war immer in bester Gesellschaft!

Unsere Gesprächsreihe bezieht sich auch auf dreißig Jahre deutsche Einheit. Wie fällt Dein Blick zurück aus? Wo, denkst Du, kann noch mehr an der Demokratie gearbeitet werden? Was zeigt etwa die Wahl der umstrittenen neuen Verfassungsrichterin in Mecklenburg-Vorpommern?

Edda Schönherz: Was da geschehen ist, ist unglaublich. Das liegt eben daran, dass unsere jungen Politiker nicht hundertprozentig über die Geschichte ihres Landes Bescheid wissen, und insbesondere nicht über die Zeit von 1945 bis 1989, als das Land geteilt war, als es zwei völlig konträre Systeme gab. Da muss etwas getan werden, an den Schulen, in der Ausbildung – das ist wichtig. Ich selbst kann zurückblicken ohne Hass und Zorn, weil ich das erreicht hatte, was ich mir vorgenommen hatte. Sonst hätten sie mein Leben zerstört.

Das Gespräch führte Axel Reitel am 25. Mai 2020 in Berlin-Mariendorf.

Unfreiwillige Verwandte

Über Nachkriegsliteratur und -politik in Deutschland

HANS MAIER
Geboren 1931 in Freiburg (Breisgau), Professor emeritus für Politische Wissenschaft an der Universität München, ehemaliger Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus sowie 1988 bis 1999 Inhaber des Münchener Guardini-Lehrstuhls.

„Es macht alles einen trüben toten Eindruck. Hier ist etwas geschehen, aber jetzt ist es vorbei" – so schrieb Alfred Döblin, als er nach seiner Rückkehr aus der Emigration in den USA im Winter 1945 mit der Bahn durch das zerstörte Deutschland fuhr. Trüb und tot erschien in jenen Zeiten nicht nur das öffentliche Leben, sondern auch die Literatur. Die Jahre nach 1945 boten kaum Anlass für poetische Aufschwünge. In den Trümmern überlebte kein Pathos.

Aus der Not, so empfand ich es damals, als ich die ersten neuen Texte las, war unvermittelt eine Tugend geworden. Die Alltagsrealität stand jetzt im Mittelpunkt der Dichtung. Man wollte eine Literatur „zu ebener Erde", und wer dieser Forderung auswich, wer sich anschickte, einfach weiterzumachen wie früher und sein altes Lied zu singen „auf zerbrochener Leier", der zog sich Ordnungsrufe zu. Wolfdietrich Schnurre wandte sich polemisch an die Adresse der „Harfner": „[…] zerschlagt eure Lieder / verbrennt eure Verse / sagt nackt / was ihr müsst."

Verzicht auf Pathos, auf den „hohen Ton" – das war ein typischer gemeinsamer Zug in der deutschsprachigen Dichtung jener Jahre. Er hat die unmittelbare Nachkriegszeit überdauert und ist bis heute spürbar und wirksam. Speziell im Nachkriegsdeutschland war er eine verständliche Reaktion auf die vorangegangene Nazizeit mit ihrer Emphase, ihren Hymnen und Sprechchören; Joachim Kaiser sprach von der „humanen Verkleinerung der ehemals rauschhaft großen Worte".

Früh regte sich der Wunsch, für den sich langsam regenerierenden literarischen Betrieb geeignete Institutionen zu finden oder neue zu schaffen. Akademien wurden wiedereröffnet oder neu gegründet. Zeitschriften mit politischem, aber auch mit literarischem Inhalt erschienen auf dem Plan. Wer kennt noch Titel wie *Ende und Anfang, Der Ruf,* wer erinnert sich an Alfred Döblins *Das Goldene Tor,* Erich Kästners *Pinguin,* an die frühen Bände von Peter Huchels *Sinn und Form*? Auch Gruppen bildeten sich und schlossen sich zusammen – die bekannteste war und blieb die Gruppe 47. Zwischen Berlin, Mainz, München, Darmstadt als Akademieplätzen entwickelten sich Dialoge, Wettbewerbe, Freundschaften, Rivalitäten, Animositäten. Der literarische Streitstoff lag in der Luft, er schien unerschöpflich zu sein: äußere und innere Emigration, *l'art pour l'art* oder „engagierte" Dichtung, die Bewältigung der Vergangenheit – dazu der Umgang mit den Berühmten, aber nicht Unumstrittenen, an denen sich die Geister schieden: Bertolt Brecht und Gottfried Benn, Johannes R. Becher und Ernst Jünger, Thomas Mann und Martin Heidegger.

Das schwierige Verhältnis der vielen, die im „Dritten Reich" im Land geblieben waren, zu den der Hitlerherrschaft entkommenen prominenten Emigrierten – und speziell zu Thomas Mann – ist bekannt. Von München und von Darmstadt aus widersprachen mehrere Autoren Manns heftiger pauschaler Verurteilung der Literatur, die in Deutschland während der Jahre des Nationalsozialismus entstanden war. Umkämpfte Persönlichkeiten – Heidegger, die Brüder Ernst und Friedrich Georg Jünger – kamen erstmals wieder in München in der Akademie der Schönen Künste zu Wort. Doch am Ende kam man speziell in München mit Thomas Mann und mit den Autoren der Emigration dann doch besser zurecht als anderswo. Es lag vermutlich an der trotz aller Anfechtungen nie ganz erloschenen München-Liebe Thomas Manns, und vielleicht lag es auch an Emil Preetorius, einem der Münchner Akademiepräsidenten, der dem Dichter bei seinem Besuch in München 1949 die Wege ebnete und der in seinem Umgang mit dem alten Freund über die eigene, wenig rühmliche Zeichnung als „Sixtus Kridwiß" in Manns *Doktor Faustus* souverän hinwegsah.

Mit dem literarischen Leben hatte auch das politische Leben aufs Neue begonnen. Der in München lebende Schriftsteller Wolfgang Koeppen nahm 1953 in seinem Roman *Das Treibhaus* die neue westdeutsche Hauptstadt und ihr manchmal hektisches politisches Treiben in den Blick – atmosphärisch dicht, mit fesselnden Schilderungen, aber doch mit einem eigentümlich bedrückenden, heute befremdlich wirkenden Wagner-Sound. Ein Beispiel: Hinter den Wänden des Bundestages taucht bei Koeppen der Rheinstrom auf, im Rheinstrom erscheinen die Rheintöchter, und sie sinnen Dunkles. Selbst der Nibelungenexpress der neu erstandenen Bundesbahn erinnert Koeppens Romanfigur Keetenheuve an die Brandmale der Vergangenheit: „Basel, Dortmund, Zwerg Alberich und die Schlote des Reviers; Kurswagen Wien Passau, Fememörder Hagen hatte sich's bequem

gemacht; Kurswagen Rom München, der Purpur der Kardinäle lugte durch die Ritzen verhangener Fenster; Kurswagen Hoek van Holland London, die Götterdämmerung der Exporteure, die Furcht vor dem Frieden. Wagalaweia rollten die Räder."

Die deutsche Politik brauchte einige Zeit, bis sie zur Normalität zurückfand – die deutsche Literatur freilich auch. In vielen Nachkriegsbüchern überwiegt die alte Neigung zur Abrechnung, zum Prinzipiellen, zum Gericht über Zeit und Welt. Das dokumentiert sich in Buchtiteln wie *Die Geschlagenen* (Hans-Werner Richter, 1949), *Die Schuldlosen* (Hermann Broch, 1950), *Nein. Die Welt der Angeklagten* (Walter Jens, 1950). Überall stößt man auf einen parabelhaften, moralistischen Umgang mit der realen Politik, die ja damals, abgesehen von gemeindlichen und landespolitischen Übungsfeldern, den Deutschen noch verschlossen war. Wie sagte der junge, jäh berühmt gewordene Wolfgang Borchert über die literarische Situation nach 1945? „Zu guter Grammatik fehlt uns die Geduld."

„MEHLWÜRMER" REGIEREN WESTDEUTSCHLAND

Weder Heinrich Böll noch Günter Grass konnten mit der im Aufbau befindlichen Adenauer-Ära viel anfangen. Böll, in Zeiten des „Ahlener Programms" der CDU nicht fern, äußerte sich später immer kritischer zu Konrad Adenauer und seiner Partei – am Ende gänzlich verbittert und unversöhnlich. Und dies, obwohl er die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft" (Helmut Schelsky), die sich in diesen Jahren zu entwickeln begann, wie kein anderer geschildert hat: Wohnen, Essen und Kleidung, Verkehrsmittel und Reisewege, Physiognomien und Tonfälle, Freuden und Frust des Alltags. Dagegen sind Günter Grass – sonst ein Meister novellistischer Zeichnung *(Katz und Maus, Das Treffen von Telgte)* – zur frühen Bundesrepublik nur karikaturhaft überhöhte verwischte Bilder eingefallen. In seinem Roman *Hundejahre* (1963) treten zwar Berthold Beitz, Herbert Quandt und die Familie Brenninkmeyer (C&A) als Zeitgenossen leibhaftig auf, sonst aber herrschen großflächige Abstraktion und überdimensionale Metaphorik: „Mehlwürmer", Symbole für das bundesrepublikanische Management, bringen Gesetzentwürfe ein, planen Stahlkombinate, regieren Westdeutschland.

Unter den prominenten Schriftstellern der Adenauer-Ära gibt es kaum einen, der einmal ein gutes Wort über den Kanzler verloren hätte. Die Ausnahme ist Hermann Lenz; doch der schildert vorsichtshalber gleich mit, wie das behutsame Lob des Bundeskanzlers im Mund seines Alter Ego, der Romanfigur Eugen Rapp, auf Stuttgarter Künstlerkollegen wirkte: „‚Sie, da krieg ich Angst vor Ihnen! Jetzt können Sie sagen, was Sie wollen, jetzt ist's aus!' schrie er und wiederholte: ‚Er lobt den Adenauer!' und rannte aus dem Zimmer" (Hermann Lenz, *Der Fremdling,* 1988, S. 45). Zwischen dem Alten in Bonn und den Schreibenden im Land war offenbar kein Bund zu flechten.

War aber die Zeit von Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Fritz Schäffer, Ludwig Erhard in ihrer politischen Gesamttendenz (Lastenausgleich, Eingliederung der Vertriebenen, dynamische Rente, europäische Integration, NATO-Beitritt) wirklich nur „Restauration" – und damit die große Antithese zum angeblichen Aufbruch der

Nachkriegsliteratur in die Zukunft? Oder hatten Nachkriegspolitik und Nachkriegsliteratur mehr gemeinsam, als man damals gesehen hat oder zugeben wollte?

PRODUKTE DER ERNÜCHTERUNG

Nachkriegspolitik und Nachkriegsliteratur, ich sagte es schon, teilten eine charakteristische Eigenschaft miteinander: Beide waren Produkte der Ernüchterung. Beide entbehrten des „hohen Tons". Nicht nur die Gruppe 47 mied diesen Ton, versagte sich das Pathos, den „hohen Stil" – auch Adenauer mied ihn. Gewiss, er war die Zentralfigur, er gab der Nachkriegspolitik die Richtung vor, jedoch ganz ohne den Aplomb vergangener Zeiten – mit karger Geste und dürrem Wort. Ästhetisch „in Politik zu schwelgen" (Friedrich Schlegel) war seine Sache nicht. Er hielt es lieber mit dem schmucklosen Geschäftsstil des Juristen. War er damit vom *stilus humilis* der Nachkriegsliteratur so weit entfernt? Man hat über die „tausend Worte Adenauers" gespottet, hat in seinen Reden und Schriftsätzen phantasievolle Beweglichkeit und literarischen Glanz vermisst. Aber wie kann man von der politischen Rede der Zeit einen üppigen Faltenwurf verlangen, wenn die Literatur selbst bescheidene Alltagskleidung trägt und sich jeden Schmuck versagt?

Erstaunliche Parallelen finden sich auch zwischen der sich bald herausbildenden föderalistischen Grundstruktur der Bundesrepublik Deutschland und der auffälligen Gebundenheit der Nachkriegsliteratur an Landschaften, Orte, Städte, Dörfer. In der Literatur entwickelte sich ein heimatnaher Realismus mit dokumentarischen Zügen, auch wenn es teils eine „verlorene Heimat" war – im Ostpreußen von Siegfried Lenz, im Rostock Walter Kempowskis, im Hamburg Hans Erich Nossacks, im Stuttgart von Hermann Lenz, im München Wolfgang Koeppens *(Tauben im Gras)*, in den Bodenseelandschaften Martin Walsers – nicht zu reden von Grass' Danzig und Bölls Köln. Vielleicht werden spätere Zeiten – ganz ohne Ironie – die Nachkriegsliteratur der Bundesrepublik auch als einen Neuaufgang der Heimatdichtung bilanzieren. Auch die Renaissance eines Theaters, das naturalistisch Sprechen, Stammeln, Auftrumpfen, Trotz und Verstummen einfacher Menschen in abgelegenen Regionen nachzeichnet, wie bei Martin Sperr, Franz Xaver Kroetz, Rainer Werner Fassbinder (und schon bei der „Mutter" dieser Literatur, der großen Marieluise Fleißer), deutet in diese Richtung.

Ich will damit die Unterschiede, die Spannungen und Konflikte zwischen der Literatur und der Politik dieser Zeit nicht verwischen – ich will nur sagen, dass es sich lohnt, einmal nicht nur auf die Gegensätzlichkeiten zu blicken, sondern auch auf die Übereinstimmungen, selbst wenn sie zu Lebzeiten oft unbemerkt blieben oder bewusst verdrängt wurden. Schließlich waren Nachkriegsliteratur und Nachkriegspolitik Erscheinungen derselben Epoche. Sie hatten dieselben Wurzeln, dieselben Hintergründe. In vielem erscheinen sie mir heute, wenn man zurückblickt und abwägt, als unfreiwillige Verwandte.

Halbwissen und Utopie

Pikettys voluminöse Studie argumentiert auf defizitärer Faktenbasis

WOLFGANG TISCHNER
Geboren 1967 in Berlin, Abteilungsleiter Publikationen/Bibliothek, Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Thomas Piketty: Kapital und Ideologie, Verlag C. H. Beck, München 2020 (in französischer Sprache 2019 erschienen), 1312 Seiten, 39,95 Euro.

Gute Fortsetzungen sind selten, und das Sequel des Buches *Das Kapital im 21. Jahrhundert* bildet leider keine Ausnahme. Der in Paris lehrende Thomas Piketty, gehypt als „Rockstar" unter den Ökonomen, versucht in einem Band von über 1300 Seiten, wie vollmundig ankündigt, „eine so noch niemals geschriebene Globalgeschichte der sozialen Ungleichheit und ihrer Ursachen, eine unnachsichtige Kritik der zeitgenössischen Politik und zugleich de[n] kühne[n] Entwurf eines neuen und gerechteren ökonomischen Systems" zu liefern. Allerdings können die Ergebnisse nicht überzeugen.

Der Autor nimmt also die Geschichte der Ungleichheit und ihrer ideologischen Legitimation in den Blick, das Ganze weltweit und für die letzten Jahrhunderte. Daran schließt er sehr konkrete Diskussionsvorschläge für ein neues Steuersystem an, das zu einer ausgeglicheneren Vermögensverteilung führen soll – angesichts steigender Vermögensunterschiede sowohl in der westlichen Welt als auch in Schwellenländern ein zweifellos brennend aktuelles Thema und ein berechtigtes Anliegen. Als solches hat der Band eine überwiegend sehr wohlwollende Aufnahme bei Rezensionen in der Tagespresse gefunden.

Wie bereits der erste Band beeindruckt die zweite, bewusst als Fortsetzung seines Theoriegebäudes deklarierte neue Studie mit ihrem Umfang und einer erstaunlichen Menge von Grafiken und Tabellen – insgesamt 169 nach Zählung des Rezensenten. Diese Datenfülle, die Piketty aus einem quantitativ arbeitenden, kollaborativen Projekt, der *World Inequality Database* („Bericht zur weltweiten Ungleichheit"), zieht, beeindruckt durch ihre Masse. Auf diesen Daten baut er seine Beweisführung auf, mit ihr erschlägt er die Leser und etwaige Kritiker. Gleichzeitig aber steht und fällt damit auch seine Argumentation. Grund genug, sich die Datengrundlage genauer anzusehen, umso mehr, als – euphemistisch formuliert – schon die Datenbasis des ersten Bandes qualitativ dürftig war.

Um es klar zu sagen: Das ist beim vorliegenden Band nicht anders. Piketty ist kein Wirtschaftshistoriker und hat von historischer Quellenkunde offenbar kaum eine Ahnung. Als normaler Mensch kann man ohne diese Kenntnisse in der Regel gut leben, schreibt aber auch keine Bücher, die mit historischer Statistik argumentieren. Der Autor tut dies, und es geht schief. Dabei passieren hanebüchene Fehler, und es ist erstaunlich, dass der Beck-Verlag, der für wissenschaftliche Publikationen bisher eine gute Adresse war, solche Versäumnisse hat durchgehen lassen.

UNHISTORISCHE HERANGEHENSWEISE

Symptomatisch ist etwa die Abbildung 0.2 (S. 37), die einen Gleichklang zwischen demographischer Entwicklung und Kaufkraft pro Kopf weltweit suggeriert. Valide historische Statistiken für westliche Länder liegen erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts vor, und dort ist dieser Zusammenhang tatsächlich zu beobachten. Aber Pikettys Statistik beginnt im Jahre 1700, mit einer Pro-Kopf-Kaufkraft von etwa 75 Euro pro Monat. Nun würde den Rezensenten ein Beleg über die Größe der Weltbevölkerung im Jahre 1700 wirklich brennend interessieren. Für dieses Datum liegen für die europäischen Staaten einigermaßen fundierte Schätzungen vor, die Steuerlisten, Haushaltszählungen et cetera substantiiert hochrechnen. Für Afrika und Asien gibt es außerhalb Chinas und Japans jedoch nur wenig Anhaltspunkte; Neuseeland, der pazifische Raum und Australien sind den Europäern noch kaum bekannt, geschweige denn statistisch erfasst, auch der Großteil beider Amerikas nicht.

Von den beiden dargestellten Datensätzen – Bevölkerung und Sozialprodukt – liegt der eine damit nicht einmal

näherungsweise auf historisch gesicherter Grundlage vor. Der andere, das Sozialprodukt, ist noch schwieriger zu berechnen, da ein vermutlich großer Teil der Weltbevölkerung um 1700 überhaupt kein Geld im Wirtschaftsleben benutzt hat. Es ist schlicht nicht möglich, das Sozialprodukt eines an der Subsistenzgrenze lebenden Aborigines-Stammes zu ermitteln; gleiches gilt für auf Tauschwirtschaft basierende afrikanische, teilweise durchaus staatlich organisierte Gesellschaften oder aber auch den Großteil der zeitgenössischen indigenen Gemeinschaften in Nord- und Lateinamerika. Hierbei ist das nicht unbedeutende methodische Problem, heutige Währungen wie den Euro in historische Kaufkraft umzurechnen, noch völlig außer Acht gelassen. Daher erweist sich die Grafik zumindest für die Hälfte des dargestellten Zeitraums als nutzlos. Sie suggeriert Wissenschaftlichkeit, während sie in Wirklichkeit als Fiktion nur dazu dient, die Thesen des Autors zu bestätigen.

Allerdings betreffen die Quellenprobleme nicht nur die historische Statistik, sondern einfachste Grundlagen wissenschaftlicher Genauigkeit und Sorgfalt. Einen breiten Raum nimmt etwa die Abschaffung der Sklaverei ein, bei der Piketty sich darüber echauffiert, dass sie mehrfach mit einer Entschädigung für die Sklavenhalter, nicht aber die ehemaligen Sklaven selbst verbunden war. So selbstverständlich seine Empörung von einem heutigen Standpunkt aus auch scheint, da es unserem Moralverständnis entspricht, so sehr demonstriert diese Wertung die unhistorische Herangehensweise des Autors, der heutige Vorstellungen an die Vergangenheit anlegt. Der Historiker Leopold von Ranke war mit seinem Diktum, dass „jede Epoche … unmittelbar zu Gott“ sei, also an ihren eigenen Wertvorstellungen gemessen werden müsse, schon weiter.

Völlig zutreffend wird die Abschaffung der Sklaverei in den USA juristisch mit dem 13. Amendment der US-Verfassung sowie praktisch mit der Kapitulation der Südstaaten im Frühsommer 1865 verbunden. Die illustrierende Grafik freilich (6.4, S. 299), die die weltweite Sklavenpopulation darstellen soll, zeigt noch für 1870 etwa zwei Millionen Sklaven in den Südstaaten der USA – was schlicht falsch ist. Es gibt noch etliche vergleichbare Recherchefehler.

Bei einem wissenschaftlichen Werk, das mit einem derartigen Anspruch daherkommt, wäre ein Sachregister ebenso obligatorisch gewesen wie eine Liste der genutzten Literatur.

„DÜSSELDORFER LEITSÄTZE“ WERDEN ZUR SPD-POLITIK

Die geschilderten Beispiele zeigen, dass die Argumentation Pikettys auf einer unzureichenden Faktenbasis und einer oftmals unhistorischen Herangehensweise beruht. Eine Geschichte der Ungleichheit ist das nicht, sondern eher eine Aneinanderreihung von Momentaufnahmen zur weltweiten Gesellschaftsgeschichte der letzten zweihundert Jahre. Geschildert werden neben der französischen Geschichte, die sehr breiten Raum einnimmt, Entwicklungen in Indien, den USA und Schweden – Letzteres angeblich ein sozialdemokratisches Musterland. Dabei wird auch der Begriff der „trifunktionalen“ Gesellschaft überdehnt (S. 80 ff.), ohne dass sich dabei ein besonderes analytisches Potenzial dieser auf einer Gesellschaftskonzeption des

11. Jahrhunderts aufruhenden Terminologie zeigt. Neben dem statistischen ist daher auch das theoretische Rüstzeug eher dürftig: Beispielsweise fehlt eine Definition dessen, was Piketty unter „Kapital“ versteht. Ebenfalls vermisst man bei aller Faktenhuberei eine solide Übersicht zu einer Ideengeschichte des Eigentums, die Piketty dann in Bezug zur Kapitalbildung setzen könnte.

Gerade wenn man eine Geschichte des Eigentums und seiner ideologischen Rechtfertigung schreiben möchte, wären Kenntnisse der Katholischen Soziallehre und ihrer politischen Umsetzung, die in Europa im Rahmen katholischer beziehungsweise christlich-demokratischer Parteien stattfand, von weit größerer Relevanz als etwa die Hindugesellschaft. Damit soll hier nicht einer europazentrischen Perspektive das Wort geredet werden, jedoch ist die moderne kapitalistische Gesellschaft nun einmal weltweit von europäischen Vorstellungen geprägt worden – sei es durch Adam Smith oder Karl Marx. Die Katholische Soziallehre mit ihrem angestrebten Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital wiederum ist dabei der vielleicht interessanteste Sonderweg, der einzige ernst zu nehmende „dritte Weg“ zwischen Manchesterkapitalismus und sozialistischen Ansätzen. Da Piketty sich aber rein an sozialistischen Idealen orientiert und sich seitenlang an der Akademisierung der Sozialdemokratie abarbeitet, nimmt er Geschichte nur durch diese Brille war. In seiner Perspektive ist die Soziale Marktwirtschaft auf Druck der Sozialdemokraten (SPD) von der CDU eingeführt worden: „Ihr Einfluss [der der SPD] … ging so weit, dass die Christdemokraten (CDU), die ohne Unterbrechung von 1949 bis 1966 regierten, offiziell die ‚soziale Marktwirtschaft‘ auf ihre Fahnen schrieben, was *de facto* die Anerkennung der zentralen Rolle der sozialen Sicherungssysteme und eine gewisse Machtteilung zwischen Aktionären und Gewerkschaften bedeutete“ (S. 613). Dabei handelt es sich auch nicht, wie man zunächst zugunsten des Autors vermuten möchte, um einen Übersetzungsfehler, sondern es steht inhaltlich gleichlautend im französischen Original (dort S. 569). Aus einem gegen die damals wirtschaftspolitisch marxistische SPD im Bundestagswahlkampf 1949 gerichteten Programm, den „Düsseldorfer Leitsätzen“, die erstmals in der politischen Sphäre den griffigen Terminus „Soziale Marktwirtschaft“ benutzten und entscheidend zum Wahlsieg der Union beitrugen, wird bei Piketty SPD-Politik. Der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher würde sich vermutlich im Grabe umdrehen.

DICHOTOMISCHES GESCHICHTSBILD

Piketty kann kein Deutsch, und das macht sich überall dort, wo von Deutschland die Rede ist, durch grobe Schnitzer bemerkbar. Verblüffend ist, dass die meines Wissens prozentual größte Umschichtung privaten Eigentums, die jemals ein demokratisch regierter Staat vorgenommen hat, in einer Studie zur Geschichte des Eigentums nur am Rande Erwähnung findet. Freilich würde der von einer CDU-geführten Regierung beschlossene Lastenausgleich 1952 in der Bundesrepublik, bei dem nominal die Hälfte des westdeutschen Volksvermögens mit Stand 1948 umverteilt wurde, auch nicht mit Pikettys

dichotomischem Geschichtsbild zu vereinbaren sein, nach dem eine gerechte Verteilung des Eigentums immer nur ein Ziel sozialdemokratischer Parteien war und alle anderen politischen Strömungen dem Kapital dienten. Konsequenterweise wird deshalb fälschlich behauptet, dass der Lastenausgleich auch der Sanierung des Staatshaushalts gedient habe (S. 557, frz. S. 517).

120000 EURO FÜR JEDEN 25-JÄHRIGEN

Bleiben noch die Entwürfe eines Steuersystems, die der Autor vorschlägt. Er plädiert durchaus konsequent für eine progressive Einkommens- und Vermögenssteuer, die in der Spitze jeweils bis zu neunzig Prozent betragen soll (S. 1206). Unerklärt wie bei allen sozialistischen Autoren bleibt jedoch, wie bei einem solchen Steuersystem Unternehmen entstehen sollen. Erfolgreiche Unternehmen, das zeigen die Wirtschaftsgeschichte des Ostblocks und das heutige China sehr klar, entstehen nur, wenn eine oder mehrere Unternehmerpersönlichkeiten sie entwickeln. Abgesehen von Rohstoffförderern und Rüstungsfirmen mit garantierten Abnehmern sind fast alle erfolgreichen Firmen dort nachsozialistische Neugründungen. Mit solch konfiskatorischen Steuersätzen würden aber Firmen schon früh in ihrer Wachstumsphase enteignet, die unternehmerische Motivation für einen Steve Jobs oder Bill Gates würde gegen null tendieren.

Aus Gründen der Gerechtigkeit darf auch eine Erbschaftssteuer nicht fehlen. Sicherlich ist hier die Kritik Pikettys berechtigt, wenn er die Spreizung und zunehmende Konzentration von Vermögen beschreibt. Als Ausweg schlägt er allerdings vor, aus den Einnahmen einer progressiven Erbschaftssteuer jedem 25-Jährigen einmalig sechzig Prozent eines Durchschnittsvermögens auszuzahlen, also in Frankreich zurzeit etwa 120000 Euro (S. 1207). Wieso es gerechter sein soll, wenn einerseits leistungslos durch Erbschaft erworbenes Vermögen kritisiert wird und dementsprechend eingezogen werden kann, andererseits aber jedermann ebenfalls leistungslos mit dieser Staatserbschaft bedacht werden soll, erschließt sich nicht. Die von Piketty antizipierten positiven Folgen, etwa die Möglichkeit für jedermann, mit dem Geld ein Unternehmen zu gründen, sind meines Erachtens blauäugig. Ein Zyniker sollte bei der Einführung einer solchen Geldverteilungsaktion Aktien von Sportwagenherstellern kaufen, die vermutlich am meisten von einem plötzlichen Geldsegen für 25-Jährige profitieren würden.

Was bleibt? Thomas Pikettys Arbeit ist trotz des Umfangs durchaus angenehm zu lesen, dennoch kann sie aufgrund der gezeigten grundsätzlichen wissenschaftlichen Defizite nur als Denkanstoß dienen. Sie ist über weite Strecken eine Kompilation anderer Forschungsleistungen. Die steuer- und vermögenspolitischen Vorschläge sind interessant, aber sicherlich so nicht sinnvoll umsetzbar.

GREVEN VERLAG KÖLN
Einfach schöne Bücher

»Ein radikales Buch über die wahren Wurzeln der Bundesrepublik Deutschland«
(Denis Scheck)

Christian Feyerabend (Text)
Roland Breitschuh (Fotografien)
Adenauer - Der Garten und sein Gärtner
200 Seiten mit 179 Abbildungen
Leinengebunden mit Schutzumschlag und Buchbinde
30,- Euro
ISBN 978-3-7743-0926-5
Herausgegeben von der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus

Konrad Adenauer war im Herzen ein Grüner – jedenfalls in seinem Garten. Wie in seinem grünen Refugium agierte er auch in der Politik: Für beides braucht man »Jeduld, Jeduld, Jeduld!«
Der opulente Bildband mit bezaubernden Fotos und Informationen zum öffentlich zugänglichen Garten und Geschichten zu seinem berühmten Gärtner, schließt die vielleicht letzte große Lücke der Adenauer-Literatur – sein Verhältnis zur Natur, und setzt dem Kanzlerparadies in Rhöndorf ein literarisches Denkmal.

www.greven-verlag.de

Seit März 2020 lässt die Konrad-Adenauer-Stiftung eine repräsentative Erhebung durchführen, um Veränderungen im Meinungsklima während der Coronakrise zu analysieren. Die Erhebung findet wöchentlich statt und bietet Daten für ein *Krisenbarometer.* Am 11. Juni 2020 erschien bereits die sechste Folge.

Im April 2020 erschien der von Michael Borchard und Judith Michel herausgegebene Band *Erinnerungsorte der Christlichen Demokratie in Deutschland*. Die Publikation rückt bis heute bekannte, bereits in Vergessenheit geratene und auch weitgehend unbekannte Orte, die für Wegmarken in der Geschichte der CDU stehen, in den Fokus.

Am 27. Mai 2020 widmete sich eine Veranstaltung der bevorstehenden *deutschen EU-Ratspräsidentschaft*. Bundeskanzlerin Angela Merkel gab in ihrer live zugeschalteten Keynote eine Übersicht über die außen- und sicherheitspolitische Agenda der Ratspräsidentschaft. Im Anschluss diskutierte der Stiftungsvorsitzende Norbert Lammert mit der französischen Botschafterin Anne-Marie Descôtes, Mikko Huotari, Direktor des *Mercator Institute for China Studies,* und Johann Wadephul, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Im Juni 2020 erschien die Studie *Wirtschaft ist Heimat. Regionaler Strukturwandel in Biografien und Erwartungen der Bevölkerung*. Darin geht Jochen Roose der Frage nach, wie die Menschen mit Strukturwandel umgehen und was dieser für ihr Leben bedeutet. Er vergleicht das Ruhrgebiet, das Saarland, die Region Chemnitz und die Lausitz unter anderem mit Blick auf die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, die erwartete Wirtschaftsentwicklung und Erwartungen an Politik mit dem Rest Deutschlands.

Vom 16. bis 18. Juni 2020 fand die 8. „Adenauer-Konferenz“ zur *Rolle Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik* statt. Zur Eröffnung diskutierten der Stiftungsvorsitzende, Norbert Lammert, mit der Bundesverteidigungsministerin und Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Annegret Kramp-Karrenbauer, und Jana Puglierin, Leiterin des Berliner Büros des European Council on Foreign Relations, über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die deutsche Verteidigungspolitik.

PERSONALIA

Im Juni 2020 übernimmt Thomas Volk die Leitung des Regionalprojekts Politischer Dialog und Regionale Integration im südlichen Mittelmeer mit Sitz in Tunis. Miriam Fischer leitet ab Juli 2020 das Länderprojekt Malaysia. Caroline Kanter ist ab August 2020 für das Länderprojekt Frankreich zuständig. Nino Galetti übernimmt im September 2020 die Leitung des Länderprojekts Italien.

AUSBLICK

Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2020
zum Thema

Öffentlich

—

Scharniere zwischen privat und Staat

Mit Beiträgen unter anderen von Ralf Konersmann, Yvonne Magwas, Barbara Pfetsch und Georg Schütte.

IMPRESSUM

Nr. 563, Juli/August 2020, 65. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG

KONRAD ADENAUER STIFTUNG

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung
Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 81
E.Cilker@fromm-os.de

Herstellung
Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung
Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen
Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

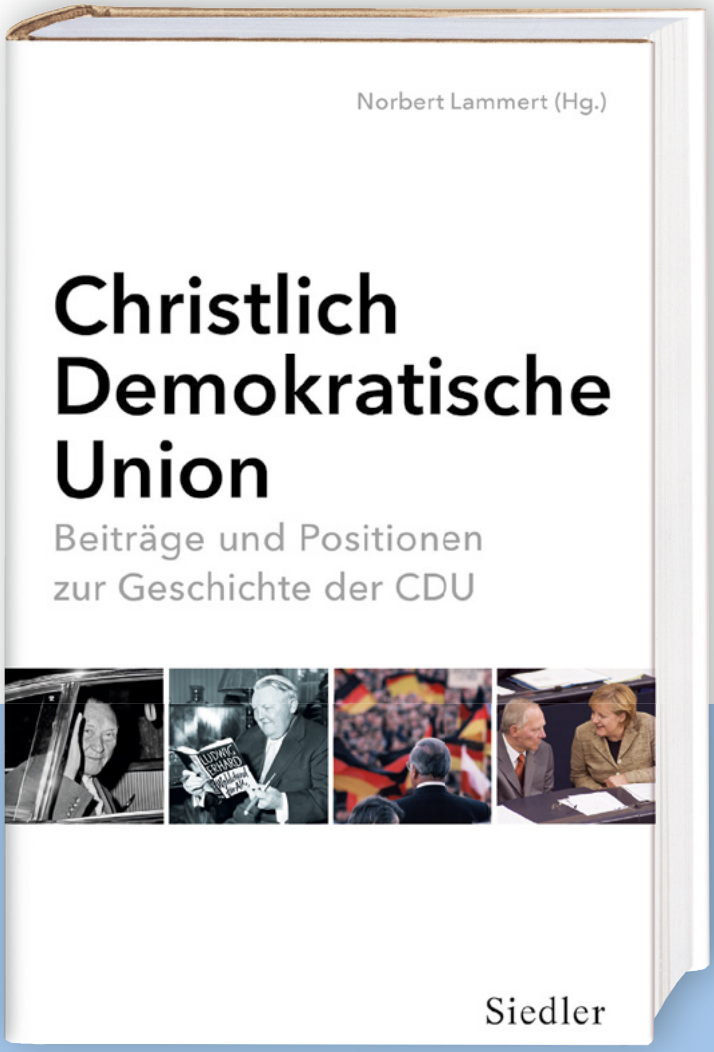
Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/11834-2007-1001

„UNZÄHLIGE GESCHICHTEN DER GEKREUZIGTEN“ (FRANZISKUS)

Auch in diesem Jahr hat Papst Franziskus am Karfreitagsabend den traditionellen Kreuzweg in Erinnerung an die Leiden Jesu gebetet – jedoch wegen der Pandemie fast allein, ohne die sonst üblichen Tausenden Gläubigen. Eine in die Liturgie eigens eingeführte elfte Karfreitagsfürbitte lenkte das Gedenken auf die Opfer der weltweiten Katastrophe.

Bei aller Freude und Erleichterung über Lockerungen im alltäglichen Leben und aller Notwendigkeit, entschlossen mit den weitreichenden Folgen der Pandemie umzugehen, muss auch Zeit für Trauer und Mitgefühl bleiben.

Foto: © REUTERS / Yara Nardi
TPX IMAGES OF THE DAY



Hardcover mit Schutzumschlag, 840 Seiten mit zahlreichen farbigen Abbildungen, 30,00 €

ISBN: 978-3-8275-0138-7

Erscheint im August 2020

Die Christlich-Demokratische Union, nach der Kapitulation Deutschlands 1945 gegründet, hat als interkonfessionelle Volkspartei das deutsche Parteiengefüge grundlegend verändert. Sie ist zweifellos die erfolgreichste Partei in der bundesdeutschen Geschichte und stellte bis heute über fünfzig Jahre lang den deutschen Kanzler bzw. die Kanzlerin. Die Essays im vorliegenden Sammelband widmen sich der Geschichte der CDU aus ganz verschiedenen, mitunter kontroversen Blickwinkeln und von divergierenden Standpunkten aus. Dabei geht es nicht nur um ihre historische Rolle in der deutschen Geschichte – ebenso werden ihre politisch-weltanschaulichen Fundamente beleuchtet, ihr Umgang mit der Vergangenheit infolge der doppelten Diktaturerfahrung durch die NS-Zeit und die SED-Herrschaft und nicht zuletzt ihr Beitrag zur Überwindung der deutschen Teilung und zur Integration Europas.

Siedler
www.siedler-verlag.de